Einzelverkaufspreis: 1 Mark 50 icl. 5,5% MwSt

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 176 7. MAI 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

Seite 1 : Offener Brief an die Russell Peace Foundation / Schülerfestival: Phantasie an die Macht / Schafft zwei, drei, vier, viele ländliche Büchervertriebe / Demonstration gegen das Atomkraftwerk Rehlingen / Landesweite Demonstration gegen Atomkraftwerke / Juragruppentreffen im Juni /

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90
postscheckkonto
gerd kever
nr. 360811-606
6000 frankfurt 90

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

OFFENER BRIEF DER ZEITUNGSPROJEKTE UND INITIATIVEN AN DIE RUSSELL-PEACE-FOUNDATION

FRANKFURT 24. April

„Am 23./24. April haben sich in Frankfurt Delegierte von 45 Zeitungen und Zeitungsinitiativen getroffen, um über die Möglichkeiten von Zusammenarbeit zu diskutieren angesichts zunehmender Zensur in den bürgerlichen Medien und wachsender Repression gegen fortschrittliche Journalisten in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Dabei ist besonders die bevorstehende Ausweitung des Radikalenerlasses auf Mitarbeiter in öffentlich-rechtlich organisierten Medien hervorzuheben. Die versammelten Zeitungsprojekte sind in dem Kampf um eine Öffentlichkeit, die sich gegen Zensur durch staatlichen Druck oder ökonomische Erpressung wendet und breiten Kreisen der Bevölkerung eine Artikulationsmöglichkeit verschafft, von großer Bedeutung. Von dort ausgehend besteht nach Meinung aller Versammelten ein großes Interesse an der Durchführung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD.

Angesichts der Schwierigkeiten, die sich bei der Vorbereitung auf westdeutscher Seite ergeben haben, möchten wir betonen, daß radikaldemokratische und liberale Kräfte bereits so geschwächt oder eingeschüchtert sind, daß mit der Durchführung eines Russell-Tribunals nicht länger gewartet werden darf, weil damit die Möglichkeit einer solch wichtigen Veranstaltung in Frage gestellt wird. Wir fordern die Russell-Peace-Foundation auf, mit der Durchführung eines Russell-Tribunals im Herbst 1977 zu beginnen.
Verabschiedet auf dem Abschlußplenum, Frankfurt, am 24. April 1977"

SCHÜLERFESTIVAL: FANTASIE AN DIE MACHT!

LUDWIGSHAFEN 3. Mai

Am 12. Mai findet im Haus der Jugend in Ludwigshafen von 15.00 bis 22.00 Uhr das 1. Ludwigshafener Schülerfestival statt. Es gibt Infostände: Situation an Ludwigshafener Schulen, Studium, Bundeswehr, Dritte Welt, Kernkraftwerke, Alternatives ... Außerdem machen wir 'nen Flohmarkt, wo jeder seinen Krempel verkaufen kann. Es werden Filme und Dias gezeigt. Musik gibt's von Thorin Eichenschild, Bohrmaschine Bornheim, X-Quadrat und anderen. Das ganze steht unter dem Motto „Die Fantasie an die Macht". Eintritt 99 Pfennige. Deshalb auf zum Schülerfestival!

**Kontaktadresse: Frieder Rein, Wöhlerstraße 18
6700 Ludwigshafen**

SCHAFFT 2, 3, 4, VIELE LÄNDLICHE BÜCHERVERTRIEBE

MARSBERG 3. Mai

„Neben dem Oldenburger Münzenbergvertrieb (ID 172/73) gibt es jetzt auch in der Gegend Hochsauerland/ Waldecksches Land einen Buchvertrieb, der daran arbeitet, die Gänge des Maulwurfs in die Provinz vorzugraben. Wir vertreiben die Informationsdürre aus dem Raum Hamm – Arnsberg – Höxter – Frankenberg mit den bewährten Mitteln linker und alternativer Literatur und bemühen uns darüber hinaus, eine Infrastruktur/Kommunikation zwischen den hier lokal vereinzelten Initiativen zu schaffen."

**IRMINSUL Situationsmehlvertrieb für Bücher und Schriften
Borntosten 19, 3538 Marsberg**

DEMONSTRATION GEGEN DAS ATOMKRAFTWERK REHLING

AUGSBURG 27. April

Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke und die Lech-Elektrizitätswerke wollen in Rehling bei Augsburg ein Atomkraftwerk bauen. Die Bundesregierung und die bayrische Staatsregierung planen noch weitere Atomkraftwerke.

Die Bürgerinitiativen im Raum Augsburg rufen auf zu einer friedlichen Demonstration am 14. Mai.
Treffpunkt: 11 Uhr, Augsburg, Am Plärrer
13 Uhr Kundgebung auf dem Rathausplatz

LANDESWEITE DEMONSTRATION GEGEN ATOMKRAFTWERKE

STUTTGART 2. Mai

Die gewaltfreie Bürgerinitiative Stuttgart – Umweltschutz gegen Atomenergie – veranstaltet am 14. Mai in Stuttgart zusammen mit Gruppen aus ganz Württemberg eine landesweite Demonstration mit Kundgebung gegen Atomkraftwerke. In einem Aufruf zur Demonstration (11.00 Uhr ab Marienplatz) und Kundgebung (13.00 Uhr Marktplatz) heißt es:

„Die Bürger dieses Landes haben mit ihrem Widerstand gegen die Atomenergie unbestreitbare Erfolge erzielt. Sie haben bewiesen, daß es sich lohnt, sich zu wehren, daß es sich lohnt, zu kämpfen. Dabei kommt es auf jeden Einzelnen an! Wir verteidigen unser unveräußerliches Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Wir wollen nicht unsere Lebensgrundlagen durch die rücksichtslosen Interessen der Atomindustrie und das Atomprogramm der Bundesregierung und der Landesregierung zerstören lassen! Darum fordern wir:

GENEHMIGUNGSSTOP, BAUSTOP, BETRIEBSSTOP, SCHLUSS MIT DEM STOMPROGRAMM, INTENSIVE FÖRDERUNG UND NUTZUNG DER VORHANDENEN UND UMWELTFREUNDLICHEN ENERGIEALTERNATIVEN, KEINE ATOMKRAFTWERKE IN DER BUNDESREPUBLIK UND AUCH NICHT ANDERSWO

Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit der Durchsetzung der Atomenergie angetan wird, solange gewaltfreien Widerstand entgegenzusetzen, bis unsere Forderungen erfüllt sind! ... "

**Kontakt: Gewaltfreie Bürgerinitiative Stuttgart
– Umweltschutz gegen Atomenergie –
Weinbergweg 7, 7015 Korntal
Telefon 0711 / 83 41 03**

Spenden bitte auf Sonderkonto AKW Nein-Demo, Landesgirokasse Stuttgart, Konto-Nr. 5892581

JURAGRUPPENTREFFEN IM JUNI

Der Arbeitskreis kritischer Juristen an der Universität des Saarlandes (AKKJ) führt das bundesweite Treffen fortschrittlicher Juragruppen am Wochenende 23./24. 7.77. durch. (siehe ID 169). „Unterkunft und Essen wird von uns organisiert (für das Essen wird eine Umlage erhoben). Interessierte Gruppen oder Einzelpersonen können sich noch anmelden bei der unter angegebenen Adresse. Von unserer Seite bleiben die Themenvorschläge bestehen, wie sie in ID Nr. 169 S.1 abgedruckt sind. Jeder der teilnehmen möchte, sollte sich schon etwas auf die Themen vorbereiten. Näheres kann er bei uns erfahren. **AKKJ Uni des Saarlandes, 66 Saarbrücken, Bau 14**



Auch in Kassel gingen die Hexen in der Walpurgisnacht auf die Straße.

walpurgisnacht

FRANKFURT
5. Mai

'Männer nehmt euch in ACHT,
jetzt gehört den Frauen die Nacht'

'Schließt euch fest zusammen,
wehrt euch, leistet Widerstand
gegen alle Chauvis hier im Land'

Daß die Frauen sich die Nacht zurückerobern, auf die Straße gehen können, ohne von Männern angemacht, vergewaltigt, mißhandelt zu werden, war das Ziel unserer Demonstration in der Walpurgisnacht.

Nachdem uns das Recht, nachts gemeinsam auf die Straße zu gehen ('Nachts ist die Frau nicht gern alleine, darum gehn wir heute im Vereine, angemacht wird heute aber keine, eben drum und außerdem und sowieso'), von den Behörden zuerst streitig gemacht worden war - wir sollten am Tag demonstrieren - und der Frauenasta als Veranstalterin sich mit den Papiertigern rumgeärgert hatte, durften wir dann doch mit behördlichem 'Segen' ab 21 Uhr durch die Stadt ziehen.

Und diesen behördlichen Segen sollten wir so schnell nicht wieder loswerden. Die Polizisten spielten sich anfangs zu Beschützern von uns Frauen auf, mit nachsichtigen Grinsen und 'Aber meine Damen, wir wollen doch schön friedlich sein'.

Gleich zu Beginn der Demonstration konnten sie ihre Rolle mit Bravour spielen. Ein Mann war beim Anblick der Frauendemonstration durchgedreht und hatte mit Blumentöpfen aus dem dritten Stock geschmissen. Eine Frau wurde dabei verletzt. Wir fühlten uns ganz schön unsicher gegen diese Gewalttat. Die einen wollten weiter/endlich losziehen, die anderen das Haus stürmen, das dann von den Bullen geschützt wurde. Schließlich setzte sich durch, daß die 2.000 Frauen (später waren es über 3.000) vor besagtem Haus stehen blieben, bis der Werfer gefunden wurde. (Lautsprecherdurchsager der Bullen: 'Wir werden alles tun, um den Täter zu ermitteln').

Das war der Beginn. Aber eigentlich hatte unsere Walpurgisnacht schon Stunden vorher und sehr schön angefangen. Frauen trafen sich zum Anmalen, Verkleiden, Farbeier und Mehlbeutel produzieren. Wir haben uns gegenseitig in wunderschöne, bunte, glitzernde Hexen verwandelt. Als wir mit dem Auto zum Treffpunkt am Schweizer Platz kamen, standen dort schon andere Frauen mit Fackeln, Taschenlampen, Topfdeckeln, Reisigbesen, Tuten, Tröten, Trillerpfeifen. Der Zug ging durch Sachsenhausen, wo viele Apfelweinkneipen sind. Beim Trillern, pfeifen und singen schwappte die Stimmung über. Wir merkten wie viele wir sind, fühlten unsere gemeinsame Stärke und unsere anfängliche Unsicherheit verschwand.

Und die Leute am Straßenrand: Manche lachten, blieben stehen, freuten sich, andere hasteten schnell in die Seitenstraßen. Aus allen Fenstern guckten die Anwohner und staunten. Aber das Erstaunen über den exotisch bunten Hexenzug war nicht alles. Daß unsere Kraft auch nach außen spürbar war, zeigte sich am Verhalten von Typen, die kippten reihenweise vom Bordstein und flippten aus. Und dann wurden Frauen auch bespuckt, beschimpft und angegriffen. Aber für diesmal waren wir nicht hilflos. Jedesmal, wenn eine von uns belelligt wurde, blieb die ganze Demo stehen. Der Typ war mit uns allen konfrontiert.

Mich hat verunsichert, daß die Bullen permanent versuchten, ihre Beschützerrolle aufrecht zu erhalten und sich zwischen uns und die aggressiven Typen stellten. Wir wehrten uns mit Mehltüten und staubten alle Sprücheklopper, die ihre verklemmte Potenzmeierei bedroht sahen, ordentlich ein (und ab). Daß die Bullen dabei auch was abkriegten, hat ihnen gar nichts geschadet. Die hielten sich an die Dienstvorschriften und einer stellte eine zerplatzte Mehltüte als 'corpus delicti' sicher, nachdem er sie über die Rübe gekriegt hatte. Ganz schön schwer, ein halbes Pfund zerstäubtes Mehl sicherzustellen.

Die Demo entwickelte sich zu einer Mischung aus Ketten und Spaziergängerinnen, die zwischen den Passanten tanzten, den Typen mit ihren Reisigbesen übers Maul fuhren und mit den Frauen am Straßenrand redeten.

Und dann sind wir über den Main gezogen und haben den Hauptbahnhof erobert. Das hieß im Bullensprechfunk 'Die Demonstration ist von ihrer vorgeschriebenen Route abgewichen' (Panik bei den Bullen, als tausende lachender, schreiender Frauen einfach an ihnen vorbeirannten und sie auf dem Bahnhofsvorplatz stehenließen). Im Hauptbahnhof haben wir die Erfahrung gemacht, daß der eine einfach umwerfende Akustik hat (so einen ohrenbetäubend schönen Lärm konnten wir machen). Ja, und dann wars langsam auch mit der Beschützerrolle der Bullen vorbei, sie fingen an, uns - na endlich - ernst zu nehmen. Die ersten Wasserwerfer tauchten auf.
Und dann weiter ins Frankfurter Bahnhofsviertel, wohin sich sonst weder am Tag noch bei Nacht eine Frau wagen kann. Wir füllten die engen Straßen zwischen den Sex-Bars, PornoKinos, und schrien: 'Frauen kommt raus, laßt die Zuhälter zu Haus'. Anfängliche Ängste, die Nutten könnten sich gestört fühlen, seien wütend, konnten wir vergessen. Viele von ihnen ließen für eine Weile ihre 'Kunden' Kunden sein und kamen an die Fenster. Sie winkten, klatschten, lachten, manche machten eine Faust. Hier, wo sich der Warencharakter der Frau in dieser Gesellschaft am deutlichsten darstellt, schien alle Konkurrenz zwischen Frauen wie weggeblasen. Fragte eine Genossin: 'Ja eigentlich, die machen doch aus sich selber ein Geschäft. Ich weiß nicht, soll man mit denen solidarisch sein?' Hier wurde in Gesprächen klar: Freiwillig verkauft sich keine Frau, weder die Prostituierte im Bahnhofsviertel für das bißchen Geld, das ihr der Zuhälter läßt, noch die heimliche Prostituierte, die sich in der Ehe für Unterkunft, Verpflegung und Altersversorgung ('Sicherheit') verkauft.

Wohl eine Stunde haben wir in den Straßen des Bahnhofsviertels gestanden, sind umhergerannt, haben geredet, gerufen, gesungen. Und den Typen, den Zuhältern und den Käufern der Ware Frau, ging es ganz schön schlecht dabei. Farbbeutel klatschten ihnen um die Ohren, Mehlwolken hüllten sie ein, wenn ein Knallfrosch ihnen zwischen die Füße hüpfte wurden sie ganz blaß vor Schreck. Da halfen auch keine Sprüche wie: 'Die müßte man alle mal ordentlich durchficken, damit sie wieder n o r m a l werden.' Tausend Trillerpfeifen gellten in ihren Ohren. Und ich hab mir erzählen lassen, daß Frauen einem Typen die Hosenträger langgezogen haben.

Na ja, und nach dem Bahnhofsviertel hatten die Bullen beträchtlich aufgerüstet. Sie haben wohl gemerkt, daß sie mit ihren Sprüchen nicht weiterkamen ('Jetzt wollen wir mal schön den vorgeschriebenen Weg gehen, ja! Hoppla, hoppla aber meine Damen'). Sie sahen jetzt wieder aus wie richtige Bullen mit Helmen, Schilden und all dem Klimbim, und nicht mehr wie die guten Onkels in den grünen Uniformen.

Auf dem Weg zum Grüneburgpark, wo die Hexennacht weitergefeiert wurde, trennten sich die Frauen, die in anderen Stadtteile heimfahren mußten. Wir waren viele in den Straßenbahnen. In unserer sangen wir jetzt statt 'Gemeinsam sind wir stark', 'Gemeinsam fahrn wir schwarz'.

Mir wärs in dieser Nacht allerdings unheimlich gewesen, hätte ich allein nach Hause gehen müssen und wäre dabei vielleicht zwei oder drei Typen begegnet, die vorher mit unserer Demo konfrontiert worden sind. Die Frauen, mit denen ich zusammen war, haben beschlossen, daß jede Frau, die nachts irgendwohin will, eine Trillerpfeife mitnimmt und ordentlich reinbläst, wenn ihr wer krumm kommt. Jede Frau weiß dann, da wird eine Frau bedroht. Und ich weiß, wenn mich noch mal auf der Gräfstraße son fetter Mercedesfahrer anmacht, schrei ich ihn nicht bloß zusammen wie das letzte Mal, dann tret ich ihm eine Beule in den Kühler oder sonstwohin.

Daß sich die Frauen, die auf der Demo waren und sich jetzt irgendwo treffen, seit Tagen so verständnisinnig, liebevoll und vergnügt anlächeln, wird noch lange anhalten. Wir haben zumindest einen Hauch unseres Ziels erreicht, nämlich daß sich Frauen stark, solidarisch und miteinander verbunden fühlten, daß, wie eine Genossin hinterher sagte, auf dieser Demo 'Frauen gesund geworden sind'.

Der totale Absturz war die Berichterstattung am nächsten Tag in den bürgerlichen Medien. Im Fernsehen haben sie nur gesagt, wir hätten Passanten (!), die meinen wahrscheinlich die Anmachertypen, belästigt und Autos beschädigt (son paar Zuhälterschlitten haben schon ne Beule abgekriegt). Aber s[...] haben die nichts kapiert.



HEXEN IN MÜNCHEN

An unserer Demo beteiligten sich etwa 1.000 Frauen. Es gab einen Fackelzug von der Stadtmitte bis ins Münchner Vergnügungsviertel. Wir liefen etwa zwei Stunden mit vielen Fackeln als Hexen verkleidet, mit weiß geschminkten Gesicht[...] auf Besen reitend, mit Rasseln, Pfeifen, Topfdeckeln. Veranstalterin war das Frauenzentrum. Die Rede, die bei der Abschlußkundgebung gehalten wurde, konnte man leider nur schlecht verstehen. Zum Schluß wurde noch das Stück von der 'Terroristin Karla' von einer Münchner Theatergruppe gespielt. Das ist ein ziemlich lustiges Spiel: Karla mit Hausverwalter, Karla wird gefilzt, Karla auf der Flucht, Karla vor dem Richter usw. Am Rande bei der Abschlußkundgebung: Eine Menge Halbstarke, die meinten, die Frauen müßten bloß mal richtig durchgefickt werden und 'die wollens ja nicht anders'.

WALPURGISNACHT IN BERLIN

Auch in Berlin eroberten sich ca. 3.000 Frauen am 30. April mit einer Demo die Nacht zurück. Streckenweise kam ein unheimlich gutes Gefühl von Befreiung und Stärke auf, das Gefühl, durch die große Anzahl einfach alles machen zu können, wovor wir sonst Angst haben. Die Bullen hatten die Frauen als 'harmlos' angesehen und ließen uns allein. Deshalb gingen auch in den belebtesten Gegenden Scheiben von Sex-Shops zu Bruch und Wände wurden mit Parolen verschönert, ohne daß jemand eingriff. Einige pöbelnde Autofahrer hats dann kräftig mit einem Farbei erwischt, ein Mercedes wurde auch etwas 'umgeformt'. Vor einer Kneipe dann für uns der ungewöhnliche Anblick: Eine ganze Schar von Männern ergriff vor den Frauen die Flucht und verschwand in der Kneipe, als einige

auf einen von ihnen, der blöde Sprüche gemacht hatte, losgingen. Als zum Schluß die Bullen auftauchten, wußten sie sich kaum zu verhalten. Ihnen blieb nichts anderes übrig als auch uns nach dem Ende der Demo: den Ku-damm zu räumen. Blöd bloß, daß wieder einmal einige Typen sich auch nach der zunächst höflichen Aufforderung nicht kapieren wollten, daß eine Frauen-Demo eine FRAUEN–Demo ist.

BEHÖRDEN SABOTIEREN FRAUEN–DEMO

SAARBRÜCKEN Die Saarbrücker Frauengruppe wollte wie andere Frauengruppen am 30. April eine Nachtdemonstration zum Thema 'Vergewaltigung' machen. Bei der Anmeldung der Demo machte man uns zur Auflage, die Ordnerinnen mit Namen und Adresse anzugeben. Auf unseren Einwand, daß das bisher nicht üblich gewesen sei, wurden uns Paragraphen genannt, und wir wurden für weitere Fragen an einen Juristen im Saarbrücker Rathaus verwiesen, der uns den Wortlaut der betreffenden Paragraphen vorenthielt. Wir wandten uns an einen Rechtsanwalt, und durch dessen Nachforschungen erfuhren wir, daß diese Paragraphen nicht eindeutig sind. Wir entschlossen uns dann, gegen diese Auflage eine einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht zu erwirken. Wir hatten Erfolg und konnten unsere Demo bei großem Polizeiaufgebot durchführen.

Bei der DGB-Demonstration zum 1. Mai erfuhren wir, daß die Namen der Ordner bei der Verwaltungspolizei angegeben wurden, und der DGB das schon lange so handhabt. Unseres Wissens wurden bei anderen Demos (Fahrpreise, Bafög, §218.) nie Namen und Adressen der Ordner von der Polizei verlangt. Wir sehen in der Forderung der Polizei eine Verschärfung des Demonstrationsrechts, und wir sind nicht bereit, dem Verfassungsschutz unsere Namen fix und fertig zu servieren.

Wir bitten Gruppen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Frauengruppe Saarbrücken
Cecilienstr.. 29
66 Saarbrücken

NACHTDEMONSTRATION IN BOCHUM

In der Walpurgisnacht trafen sich in Bochum ca. 200 Frauen, um sich die Nacht zurückzuerobern. Viele als Hexen verkleidet, mit Fackeln, Liedern, Musikinstrumenten und Transparenten zogen wir durch die Stadt.

Die am Straßenrand stehenden Frauen reagierten auf unsere Parolen: 'Wir sind nicht süß, wir sind sauer, wir brauchen keine Fleischbeschauer - Frauen, Frauen, laßt euch nicht verhauen und euch nicht die Nächte klauen - Ausgangssperre bei Dunkelheit, das ist das Los der Weiblichkeit' durchweg betroffen, während die Männer uns fassungslos anstarrten!

Die Sexshops und Kinos in der Innenstadt beklebten wir mit großen Plakaten: Geschlossen wegen Frauenfeindlichkeit! Nachdem die Demo offiziell aufgelöst war, ging der Hexentanz erst richtig los: auf dem zentralen Bochumer Platz machten wir Musik, sangen, tanzten und verbrannten Symbole der Weiblichkeit.

Die Bullen standen dem ganzen Treiben ziemlich ratlos gegenüber, ihre Bemühungen, uns vom Platz zu vertreiben (sie versuchten, die Identität einzelner Hexen festzustellen) schlug fehl. Nachdem wir ihnen klargemacht hatten, daß dies ein Frauenfest sei ('Wir sind nicht süß, wir sind sauer . . . !), zogen sie endlich ab.

Nachdem das Feuerchen abgebrannt war, zogen viele von uns noch in eine Kneipe, um dort weiterzufeiern. Als die anwesenden Männer merkten, daß sie zu diesem Fest offensichtlich nicht erwünscht waren, wurden sie wahnsinnig aggressiv, ließen blöde Sprüche los und schlugen teilweise ziemlich brutal auf die Frauen ein. Abgesehen von dem schlechten Ausgang des Abends hat die Nacht-Demo mit anschließendem Tanz jedoch sehr viel Spaß gemacht.



HANAU

Auch die Hanauer Frauengruppe hat sich an der bundesweiten Aktion gegen das „Ausgangsverbot für Frauen bei Einbruch der Dunkelheit" in der sogenannten 'Walpurgisnacht' beteiligt.

Wir, das waren ca. 15 Frauen aus der Hanauer Frauengruppe, versuchten von 20.00 Uhr bis 22.30 Uhr uns unser Recht auf einen Abendspaziergang ohne den üblichen männlichen Begleitschutz zu nehmen.

An Frauen, die wir unterwegs trafen verteilten wir Flugblätter, in denen wir auf die ständige Gewalt gegen Frauen hinwiesen.

Auf unserem Rückweg zum Frauenzentrum, erlebten wir direkt neben dem Stadtkrankenhaus — inzwischen waren es ca. 20 Frauen — was es heißt, ohnmächtig Männern ausgeliefert zu sein. Drei junge Männer pöbelten uns an. Daraufhin versuchten wir, mit ihnen zu reden. Wahllos zuzuschlagen und zu treten war ihre männliche Antwort. Obwohl in der Überzahl, waren wir vor Angst und Schrecken nicht fähig, uns zu wehren. Kein Passant/Passantin reagierte auf unsere Hilferufe *„Wir wollen in Ruhe spazierengehen!"*

Nachdem die Typen ihre Stärke an einigen von uns bewiesen hatten, zogen sie weiter. Daß sie drei Frauen, die sich verbal gegen die Angriffe zu wehren suchten, brutal zusammenschlugen und auf die hilflos am Boden liegenden eintraten, kann für uns als Konsequenz nur heißen, sich ernsthaft um Selbstverteidigung zu kümmern — nicht nur verbal!

FRAUENLITERATUR-TREFF IN HAMBURG

HAMBURG
Mai 77

Frauen berichten über ihren Literatur-Kongreß:

„Am Wochenende 22./24.4. veranstaltete die Frauengruppe Germanistik mit einigen anderen Germ.-Studentinnen in Hamburg ein Treffen zum Thema 'Frauenliteratur', zu dem alle Frauen und auch interessierte Männer aus der BRD mit einem Flugblatt eingeladen worden waren. Es kamen ca. 200 Frauen, die sich im Laufe des Wochenendes ungefähr auf die Hälfte reduzierten. Es wurden unveröffentlichte Texte von 'nicht-prominenten' Frauen vorgelesen, die z.T. leider übergewichtig nach sprachlichen Gesichtspunkten und zu wenig inhaltlich besprochen wurden. Unsere Kritik als Veranstalter: Wir hätten die Texte nach Inhalt und Form vorher genauer auswählen müssen, wir sind zu pluralistisch und liberalistisch vorgegangen nach dem Motto: Es ist überhaupt schon toll, wenn Frauen etwas Geschriebenes vorlesen.

Am Samstag wurde zu verschiedenen Themen der Frauenliteratur (Arbeit/Politik, Sexualität/Liebe, Mutterschaft, Frauen über 35, Prostitution) gearbeitet, die Texte mit eigenen Erfahrungen konfrontiert und teilweise über ihre Verwendung und Form gesprochen.

Am Sonntag setzten wir uns nach Bereichen zusammen, in denen wir Frauenpolitik machen oder machen wollen. Hier kam es z.T. zu einem sehr konkreten Erfahrungsaustausch, teilweise auch mit praktischen Konsequenzen (eine Schreibgruppe, Gesprächskreis, Frauen über 35 wollen sich treffen, Gewerkschafts- und VHS-Frauen traten in Kontakt). In der Gruppe Stadtteil, VHS und Gewerkschaft wurde nach dem ersten Erfahrungsaustausch das Problem 'Frauen unterdrücken Frauen' diskutiert. Aus den berichteten Erlebnissen wurde deutlich, daß Frausein heute noch nicht unbedingt mit Solidarität gegen jede Unterdrückung einhergeht, daß man sich auch überlegen muß, was gegen Unterdrückung durch Frauen zu tun ist.

Der Hauptkonflikt entstand durch die Beteiligung von Männern. Die Veranstalterinnen vertraten den Kompromißvorschlag, es könne gemischte und reine Frauengruppen geben. Für die Lesungen am Freitagabend sollten die Männer allerdings ganz rausgehen. Einige Frauen weigerten sich, überhaupt über diese Frage zu diskutieren. Die Anwesenheit von zwei Männern auf dem Fest am Samstagabend führte dann zu einer Kontroverse, die nicht gelöst werden konnte. Insgesamt arbeiteten nach Freitagabend ca. sechs Männer mit. Im Plenum sprach nicht ein einziger Mann.

Gut war, daß auf dem Treffen die Widersprüche, die innerhalb der Frauenbewegung bestehen, nicht unter den Tisch gekehrt wurden. Es wurde deutlich, daß die Einheit, die über die Abgrenzung zum Mann hergestellt wird, eine scheinbare ist. Ausserdem wurde klar, daß es sehr unterschiedliche Vorstellungen über den Gebrauch der Texte und über den Umgang mit Kritik an Schreibprodukten von Frauen gibt. Sie reichen von der Vorstellung, die Kritik an sprachlichen und formalen Momenten als männliches Dogma überhaupt betrachtet und anhand der Texte allein über Erfahrungen sprechen will, bis zu einer Haltung gegenüber Frauentexten, die zunächst deren Brauchbarkeit für den literarischen Markt betrachtet.

Es wurde deutlich, daß Diskussionen im Plenum mit so vielen Frauen einen solidarischen und produktiven Kritik-Umgang erschweren; in den Arbeitsgruppen war das viel besser möglich. Die AG-Protokolle und vorgelesenen Texte werden von einer Gruppe zusammengestellt."

SPIRATE ROUGE: „SOLDATEN: UNTERSTÜTZT DEN STREIK DER MÜLLARBEITER VON PARIS!"

SPEYER 3. Mai **Trotz massiver Verhaftungen (13 Soldaten)** arbeitet das Soldatenkomitee in Speyer weiter. In einer Sonderausgabe ihrer Zeitung „Spirate Rouge" fordert es zur Unterstützung des Streiks der Pariser Müllarbeiter auf.

„Seit zwei Wochen streiken die Pariser Müllarbeiter. Die Armee bricht diesen Streik.
Die Arbeiter haben folgende Forderungen:

- *100 Franc Lohnerhöhungen für alle!*
- *50 Franc Frühschichtzulage!*
- *Fünf Arbeitstage in der Woche!*
- *Einstellung von zusätzlichen 1500 Müllarbeitern!*

Der neue Bürgermeister Girac hat die Forderungen zurückgewiesen und nur 2 Franc je Tag angeboten. Seit Montag, 2. Mai, ist die Armee im Einsatz. (...)

Nach Auskunft des Französischen Hauptquartiers in Baden-Baden sind „Spezialisten" nach Frankreich geschickt worden. Zahl und Einheiten wurden verweigert. Wir wissen aber, sie kommen aus Rastatt, Breisach, Karlsruhe, Baden-Baden und Speyer. Den Soldaten wurden 30 Franc je Tag Entlohnung versprochen.

Ein Vertrauensmann der CGT sagte: „Dieser Armeeeinsatz kostet mehr als die Erfüllung der Forderungen".
Weigern wir uns, diesen Streik zu brechen!
Verlangsamen wir die Arbeit!
Nein zur Armee, die Streiks bricht!
Soldaten, auch in Uniform bleiben wir Arbeiter!"

Komitee zur Unterstützung französischer Sodaten in Speyer.

DEMONSTRATION HOLLÄNDISCHER SOLDATEN IN DER BRD

HAMBURG 30. April 800 holländische Soldaten demonstrierten zwei Stunden durch die Hamburger Innenstadt. Am 30. April waren sie von drei Standorten in der BRD (Langmanshof, Hohne und Wehdorf) zusammengekommen, um ihre Forderungen nach mehr Freizeit und gegen Kürzung der Auslandszulage öffentlich zu machen. Diese Demonstration wurde vom VVDM (Verband dienstpflichtiger Militärs) organisiert, die unter den 4000 Soldaten, die in der BRD stationiert sind, 3000 Mitglieder zählt.

Die Forderungen:

1. Gleiche Freizeit wie die in den Niederlanden stationierten Soldaten!

Während die Wehrpflichtigen dort 100 freie Tage haben, erhalten sie hier nur 78 Tage, die durch den weiten Anfahrweg noch verkürzt werden.

2. Erhöhung der Auslandszulage auf 20% des Grundsolds!

Die Zulage beträgt im Moment 15% des Grundsolds von 800 Gulden brutto und soll zunächst auf 10% und dann auf 5% gekürzt werden.

Die Demonstration wurde auch von deutschen Soldaten (in Zivil) unterstützt, was die Holländer begeistert begrüßten. Bei einer Versammlung im Anschluß an die Demonstration berichtete das Executivmitglied des VVDM, Tom Linders, daß er vor wenigen Wochen bei der Einreise in die BRD beim Grenzübergang aus dem Zug geholt und ihm dann die Einreise mit der Begründung „Einfuhr kommunistischer Literatur in die BRD" verweigert worden sei. Erst nach Intervention der Holländischen Regierung konnte er einen Tag später über die Grenze.
Diese Maßnahme erscheint nicht mehr so absurd, wenn man erfährt, daß der CDU-Abgeordnete Sauer das Verbot der VVDM für die Bundesrepublik fordert mit der Begründung der drohenden „Ansteckungsgefahr".

Über die Demonstration in Haburg gibt es einen 16mm Farbfilm.
Kontakt: Max Watts, Tel. 06223/3316

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

STELLUNGNAHME ZU DEN OSTERSPAZIER-GÄNGEN

KASSEL 29. April Die Initiativgruppe Osterspaziergang Kassel, deren Aufruf zum Osterspazieren im ID 166 veröffentlicht war, schickte uns ihre Stellungnahme dazu, was aus dieser Idee gemacht wurde:

„Die Idee vom Osterspaziergang enstand in der Diskussion der Situation, in der sich die Anti-Atomkraftwerke-Bewegung nach dem Verbot einer Demonstration und Kundgebung auf/vor dem Baupaltz in Brokdorf am 19.2.77 befand. Diese Situation stellte sich uns wie folgt dar:

Nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Brokdorf (und später auch in Grohnde) versuchte die Exekutive mit Hilfe der sogenannten „Öffentlichkeit" die Demonstranten dafür verantwortlich zu machen. Die Logik dieser Kriminalisierungs-Strategie: Wer für solche Gewalt-Szenerie verantwortlich ist, kann nur Terrorist und/oder Krimineller sein; wer Terrorist und/oder Krimineller ist, der will Gewalt! Wenn wir dies als das „äußere Moment" der Situation bezeichnen, in der sich die KKW-Bewegung befand, so können wir als „inneres Moment" folgendes festhalten: Die innere Situation der Bewegung zeichnet(e) sich durch eine wiederkehrende Fixierung auf eine einzige Aktionsform aus: Platzbesichtigung/Platzbesetzung. Es gab in Brokdorf (wie später in Grohnde) keine Alternative. Die Bereitschaft der Kundgebungsteilnehmer reichte jedesmal von „Protest durch Anwesenheit"bis zu gewaltsamer, vorbereiteter Platzbesetzung. Es ist daher eine Illusion, in diesen Fällen von einer einheitlichen und geschlossen handelnden Bewegung zu sprechen. Die Bewegten waren von außen bedroht und von innen verunsichert. Beide Momente belasteten die Bewegung sehr, waren auch für die Resignation verantwortlich und drohten die Bewegung oft zu zerreissen/spalten. Sie verhinderten eine Ausweitung der Betroffenheit und Solidarisierung weiter Bevölkerungsteile. Itzehoe war auch ein Versuch der Konsolidierung und nicht nur ein sozialdemokratisches Integrationsmanöver. Die gewaltfreie Aktion in Grohnde am 19.2. war der praktizierte Ausbruch aus dem staatlicherseits inszenierten „Planspiel"!

Ein Ausweg aus dieser Einbahnstraße, durch den sich die Situation wieder aktiv und offensiv gestalten ließ, erschien uns dringend notwendig. Auch wir fahren ungern in den Bürgerkrieg! Der Ausweg durfte nicht nur ein formaler sein, es war kein rein strategisches Problem zu lösen. Wenn, wie die militärische Festung Grohnde und der dortige Einsatz der staatlichen „Ordnungskräfte" trotz Blumen an die Polizisten Wochen davor zeigt, die staatlichen Institutionen in ihrem Handeln uns Demonstranten gegenüber nicht bereit sind auf Gewaltanwendung (incl. vorsätzlicher Körperverletzung) zu verzichten, sondern sich und die Bevölkerung jedesmal von vorne herein darauf einstimmen, so sollten wir wenigstens überall und gleichzeitig anwesend sein. Die Ereignisse in Grohnde zeigen die Falschheit der Argumente, mit denen versucht wird, Demonstranten die Verantwortung für Gewaltanwendung von Polizei und Bundesgrenzschutz aufzuladen und von Argumenten, die von einer Spirale der Gewaltanwendung (gegenseitiges Aufschaukeln) ähnlich der ominösen Lohn-Preis-Spirale ausgehen. Diese Falschheit sollte dann wenigstens überall, wo KKW's geplant, im Bau oder fertig sind, deutlich werden. Deshalb waren dezentrale Aktionen notwendig. Als Frage daran schließt sich an: Was können das für dezentrale Aktionen sein. Es war ja nicht die Absicht überall nun die Sackgasse zu wiederholen! Die Dezentralität alleine gewährleistet noch nicht die Beseitigung des oben beschriebenen „inneren Moments der Bewegung". Auch bei der friedlichen Aktion in Grohnde waren Leute dabei, die gern eine Woche auf dem Platz geblieben wären und solche, die dies keine Stunde lang wollten. Was also hatten wir anderes zu tun, statt wieder



Photo: Osterspaziergang in Kalkar

stumpfsinnig vor die KZ-Zäune zu rennen? Wie hatten wir gegen wirkende Isolierungstendenzen einzuschreiten? Wir mußten etwas dafür tun, unsere Betroffenheit von den Gefahren atomarer Technologie für andere erfahrbarer und besser nachvollziehbar zum Ausdruck zu bringen. Unsere Ratlosigkeit in diesem Punkt ist für uns ein Zeichen für nicht vorhandenes Lernen aus der Geschichte. Wir haben große Schwierigkeiten aus der eigenen Geschichte zu lernen. Es hatte doch schon einmal in der Bundesrepublik eine Bewegung gegen Atomwaffen etc. gegeben, die Ostermarsch-Bewegung. Damals waren viele Menschen betroffen von den Gefahren atomarer Waffen, viel mehr als heute. Wo sind sie geblieben? Was haben sie damals gemacht, was machen sie heute? Was können wir von ihnen lernen? Was hat sich geändert? So kamen wir auf die Idee einen Aufruf zum Osterspaziergang 1977 zu verfassen und zu verschicken. Wir hatten uns erhofft, daß überall dort, wo Osterspaziergänge vorbereitet werden, Versuche eines solchen nicht mechanisch anknüpfenden Lernens aus der Geschichte gemacht würden. Ein Lernen, dessen Ergebnis Aktionsformen sein sollten, die klar zum Ausdruck bringen, daß uns die Gewaltfrage nicht untereinander und gegenüber der restlichen Gesellschaft isolieren darf, daß sie uns vom Staat aufgezwungen wird. Uns geht es nicht um abstrakte Gewalt. Uns geht es „gegen" die gewaltsame Zerstörung unserer Lebensbedingungen und um Alternativen zur Energieversorgung.

Was ist nun tatsächlich passiert in den Osterfeiertagen? Dort, wo das oben beschriebene „Lernziel" annähernd erreicht wurde, wie in Grohnde — dort wurden Ostereier, Blumen und Aufkleber an Autofahrer verteilt — leitete die Polizei den Verkehr um mit der Begründung, die auch im Fernsehen zu hören war: Dies sei notwendig, die KKW-Gegner spielten verrückt! Hier ist jeder Kommentar klar und damit überflüssig. Allgemein ist die Idee einer neuen Aktionsform

begrüßt worden. Doch, was damit erreicht werden sollte, ist nicht durchgedrungen. Mehr als Insider-Feste bei kaltem Wetter sind nicht daraus geworden. An einigen Stellen in der Bundesrepublik fanden Spaziergänge und Feste statt, an denen insgesamt vielleicht 10 000 – 12 000 Menschen teilnahmen (weniger als bei den Zentralen Veranstaltungen!). Die Polizei und der Bundesgrenzschutz observierten alles mit grossem Aufgebot. Viele Plätze, wie der beim Schnellen Brüter in Kalkar am Niederrhein, waren hermetisch abgeriegelt in einem Umkreis von 3 bis 5 km. Wo jedoch wurde tatsächlich bezug genommen auf die Anti-Atomwaffen-Bewegung der 50er und 60er Jahre, z.B. mit Filmen, Beiträgen von Aktiven aus der Zeit etc.? Wo wurde die Öffentlichkeit verbreitert? Osterspaziergang ist nicht Ostermarsch! Die Unterscheidung ist keine Wortklauberei! Hier geht es nicht um ein historisches Kostümfest. Mit dem Wort Spaziergang wird der militaristischen Welt eine eindeutige Absage erteilt! Widerstandsformen und Protestaktionen lassen sich durch staatliche Maßnahmen immer verhindern und/oder verbieten. In diesem Punkt besteht keinerlei Illusion. Die Zielrichtung solcher Aktionen jedoch wird in absurder Weise deutlich, wenn sie sich gegen Spaziergänger richten. Eine solche Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen. So hat der Osterspaziergang 1977 dazu geführt, daß einige Hundertschaften der Polizei und des Bundesgrenzschutzes die Osterfeiertage damit verbrachten, Zäune und Betonklötze vor Spaziergängern zu schützen. Von einem Lernen aus der eigenen Geschichte war jedoch nichts zu sehen. Expertentum in Sachen KKW ersetzte massenhafte Betroffenheit!"

Initiativgruppe Osterspaziergang Kassel
c/o Asta GHK
Wilhelmshöher Allee 73
3500 Kassel

ZUM KAMPF FÜR DIE STILLEGUNG DES KKW FESSENHEIM

FREIBURG 27. April Nach Inbetriebnahme des KKW Fessenheim (auf der elsässischen Rheinseite, etwa 20 km südöstlich von Freiburg) am 7. März, die fast zwei Jahre wegen dauernder Störfälle bei Probeläufen aufgeschoben worden war, konzentriert sich der Kampf der Bevölkerung links und rechts des Oberrheins auf das Problem, wie seine Wiederstillegung erreicht werden kann. Über eine Reihe von Aktionen berichtet die AKW-nein-Gruppe Freiburg (siehe auch ID 145 / 146 / 147 / 167 / 168 / 169 / 175):

Am 17. und 28. März wurden im Elsaß Hochspannungsmasten für den Fessenheimer Atomstrom beschädigt oder fielen plötzlich um. „Die Behörden vermuten, daß der Anschlag von Gegnern des Baus von Kernkraftwerken verübt wurde." (Badische Zeitung, 31.3.77).

In der Nacht vom 26. auf den 27. März setzten elsässische KKW-Gegner in vier Nachbargemeinden von Fessenheim die Feuerwehrsirenen in Betrieb und gaben anschließend bekannt, daß die Sicherheitsvorkehrungen des französischen Katastrophenschutzplans noch immer nicht veröffentlicht seien. Am 30. März wurde in Heiteren ein halbfertiger Hochspannungsmast besetzt. (siehe ID 175).

Am 17. April hießen plötzlich fast alle Orte im Elsaß und im Markgräfler Land (südl. von Freiburg), ebenso Freiburg und viele Kaiserstuhldörfer „FESSENHEIM". In der Nacht zuvor hatten überalls „unbekannte Täter" die Ortsschilder und Richtungsanzeiger überklebt. Auf den Plakaten stand in großen Buchstaben FESSENHEIM sowie folgender Text in französisch und deutsch:

„Was tun, wohin bei einem schweren Unfall im Atomkraftwerk Fessenheim ? Eine Strahlenwolke würde sich in der ganzen Rheinebene verbreiten. Niemand könnte der Vergiftung entkommen. Hunderttausende von Todesopfern wären zu beklagen. Die Veröffentlichung des im Katastrophenalarmplans enthaltenen Schutz- und Verhaltensmaßnahmen läßt seit Monaten auf sich warten. Warum ? Nach den Ereignissen in Seveso kann eine solche Haltung nur als kriminell erscheinen. Damit es alle wissen !"



DIE GEMEINDE MENGEN bei Freiburg war in „Fessenheim" umgetauft worden.

Im Kurort Bad Krotzingen wurde kürzlich ein Schild mit folgendem Text aufgestellt: „Neu in Bad Krotzingen: kostenlose künstliche radioaktive Bestrahlung. Täglich 0 - 24 Uhr. Ab 1977 vom Atomkraftwerk Fessenheim/Elsaß."

DER SPANDAUER FORST BLEIBT STEHN! GIBT's DAFÜR EIN ATOMKRAFTWERK?

BERLIN 3. Mai Die Pläne des Berliner Senats für den Bau eines Riesenkohlekraftwerks 30-60.000 Bäume am Oberjägerweg in Spandau zu fällen, werden jetzt wohl endgültig in den Schreibtischen verschwinden. Am 2. Mai entschied das Oberverwaltungsgericht, daß der geplante Bauplatz nicht gerodet werden darf. Das OVG bestätigte damit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts, gegen das die BEWAG Einspruch eingelegt hatte.

Diese Entscheidung des OVG bezieht sich zwar nur darauf, daß nicht gerodet werden darf bis endgültige Bebauungspläne vorliegen (um mit der Rodung keine vollendeten Tatsachen zu schaffen) doch zog das Gericht in seiner Urteilsbegründung den Bau eines Kraftwerks generell in Frage, wenn dafür ein großes Stück Natur kaputt gemacht würde. Auf das Argument der Bewag und des Senats, das Kraftwerk sei für die Erhaltung von Arbeitsplätzen erforderlich,erwiderte das Gericht mit kaum erwarteter Klarheit: Auch ein Wald, der 800 Tonnen Sauerstoff pro Tag produziert sei volkswirtschaftlich wichtig. Planungsfehler der Verwaltung dürften keinen Druck schaffen und Bürgerbeteiligung umgehen.
Die Entscheidung des OVG besagt jedoch nicht, das dieses luftverpestende Riesenkraftwerk nicht an einem anderen Standort gebaut werden kann. Daß die Berliner so ein Kraftwerk gar nicht wollen und gar nicht brauchen, wurde kaum berücksichtigt.

Für den Fall einer Negativentscheidung des OVG hatte die Bürgerinitiative zu einer verstärkten Besetzung des seit November faktisch besetzten Waldes in den einzelnen Stadtteilen aufgerufen.

EIN ATOMKRAFTWERK IN BERLIN?

Bei den Diskussionen und Protesten gegen das geplante Kraftwerk im Spandauer Forst kam noch etwas anderes ans Tageslicht: der Berliner Senat und die Bewag haben schon seit langem eine geheime Studie in Auftrag gegeben über die Möglichkeit eines AKW in Berlin. Während die Politiker sich offiziell von diesen Plänen distanzieren, weil ein AKW in Ballungsräumen wie Berlin 'problematisch' sei (warum wohl?) profilierte sich Gewerkschaftsboß Sickert in aller Öffentlichkeit als AKW-Befürworter. Vor klatschenden CDU-Parteifreunden spricht er von der Notwendigkeit eines AKW für die Berliner Wirtschaft. Die Begründung dafür kann man in einem Interview mit der Jugendzeitschrift 'Blickpunkt' lesen. Dort erklärt Sickert, wenn es aus Umweltschutzgründen nicht mehr möglich sei, Berlin durch Kohlekraftwerke zu versorgen 'müßte man als verantwortlicher Politiker überlegen, ob es in Berlin unter Umständen auch möglich wäre . . Kernenergie zu installieren.' (Sickert verwendet dabei übrigens immer die Bezeichnung 'Kernkraftwerk' das Wort* könnte doch viele Bürger 'schockieren' ob die Umbenennung auch die Gefahr mildert?)

*Atom

Weiter tischt DGB-Chef Sickert dann wieder das Ammenmärchen von der Arbeitsplätze sichernden Atomenergie auf und hat dabei noch die Frechheit anzuführen, daß BMW doch gerade 1.000 neue Arbeitsplätze in Berlin geschaffen hätte. Daß die"Spinne" in Zehlendorf gerade 700 Leute entläßt hat er anscheinend dabei vergessen. Das Schärfste sind jedoch Sickerts dann folgende Aussagen über Bürgerinitiativen. Er wendet sich gegen die politisch Verantwortlichen, 'die in der letzten Zeit immer mehr 'weich' wurden'. 'Unser Appell ging an die Politiker, wenn Dinge für die Stadt und für das Land notwendig sind, sich nun nicht dauernd auf die Meinung von Bürgerinitiativen einzulassen und Verzögerungen hinzunehmen, sondern sich mit den relevanten Gruppen der Gesellschaft, das sind Gewerkschaften und das sind Kirchen (!), das sind politische Parteien, auseinanderzusetzen und dann das für richtig Erkannte durchzusetzen. Uns interessiert also nicht die Bürgerinitiative selbst, die kann agieren wann, wo und wie sie will (!) Wir sind der Meinung, daß verantwortliche Politiker nun nicht jedesmal, wenn irgendwo eine Bürgerinitiative, ganz gleich aus welchen Gründen auftritt, von ihrer politischen Haltung abrücken. Und das machen wir den Parteien zum Vorwurf, daß sie das in der letzten Zeit zu oft und zu häufig tun und dabei nicht mehr zu politischen Entscheidungen fähig sind.' Liest man das Sickert - Interview, dann scheint es nur noch eine Frage der Zeit, wann es den Unvereinbarkeitsbeschluß für Bürgerinitiativmitglieder gibt.

JUGENDZENTRUM BESETZT

KÖNIGSTEIN 3. Mai *Bericht aus dem Königsteiner Jugendzentrum:* Königsteiner Jugendliche besetzen seit 30. April ihr Jugendzentrum in der Adelheidstr.2. Diese Besetzung ist das letzte Mittel im langen Kampf gegen die von der Stadt geplante Schließung. Zum 30. April kündigte die Stadt den Vertrag mit den Jugendlichen. Von Anfang an mußte um das JUZ gekämpft werden. (siehe ID 119)

Im Mai 1972 fing die Initiativgruppe „Verein Jugendzentrum" Verhandlungen mit der Stadt an, und es dauerte bis Juni 74, bis wir unser Haus bekamen. Dieses Haus ist für ein JUZ ideal geeignet: Stadtmitte, drei Stockwerke mit jeweils 3000 qm^2 und Keller. Zu unserer Überraschung schlug uns die Stadt vor, das JUZ selbst zu verwalten, um sich aber mit diesem Schritt jeglicher Verantwortung zu entziehen. Wir arbeiteten Formen der Selbstverwaltung aus. Die Jugendlichen wählten einen fünfköpfigen Vorstand, der mit einem Vertreter der Stadt besetzt wurde; dieser sollte die Verwaltungsarbeit übernehmen. Die inhaltliche Gestaltung wurde von einem Aktionskomitee gemacht. Die Arbeit lief sehr gut: die mit über 60%iger CDU-Mehrheit regierte Stadt unterstützte das JUZ mit 6000.- Mark im Monat. Diese Unterstützung wurde ein Jahr später gestrichen, da die Jugendlichen anfingen, sich politisch zu engagieren. Sie gründeten z.B. ein Chile-Komitee, ein Frauenzentrum und gaben eine Zeitung „Der Bohrer" heraus, die z.B. Terror an den Königsteiner Schulen und körperliche Gewalt gegen Schüler konsequent angriff. Der damals tätige Geschäftsführer wurde nicht mehr bezahlt und mußte nach zwei Monaten kündigen. Die Arbeit lief in eigener Regie trotzdem weiter: das JUZ erlebte seine Blütezeit. Es mehrten sich aber Verleumdung und Kriminalisierung der Jugendlichen, die die kalte Beseitigung der fortschrittlichen Kräfte in Königstein zum Ziel hatten. Allen voran Ortspolizeivorsteher Kussl und Bürgermeister Weber. Schon im Februar 75 sagten uns Polizeibeamte: „Wir machen Euch den Laden schon dicht."

Am 1. Februar 76 wurde das JUZ durch Polizeieinsatz geschlossen. Die Polizei verwüstete alle Räume. Handwerker mußten Strom, Wasser und Heizung abstellen. Daraufhin besetzten am 27. März 150 Jugendliche aus Königstein das Haus. Einer wurde später an einer Bushaltestelle verhaftet. Am 29. März wurde das JUZ nochmals geräumt und die Jugendlichen von der Kripo bedroht. Sie überprüften alle Schreibmaschinen und verrammelten das Haus. Später wurden alle Leitungen und Geräte abgebaut. Daraufhin strengten wir eine einstweilige Verfügung an. Da wir das JUZ offenhalten wollten, stimmten wir einem gerichtlichen Vergleich mit folgenden Inhalten zu:
– Das JUZ wird an drei Tagen in der Woche von 17 bis 21 Uhr geöffnet
– Die Stadt Königstein verpflichtet sich, innerhalb von 6 Wochen das Haus zu renovieren.
– Beide Parteien (JUZ, Stadt) treten sofort in Verhandlungen.
– Die Stadt verpflichtet sich, die Stelle eines Geschäftsführers oder eines Sozialarbeiters auszuschreiben.

Die Stadt ging fadenscheinig darauf ein, brach aber dann folgende Punkte: Die Renovierung wurde nicht durchgeführt, es wurden stattdessen die Möbel gestohlen und vernichtet. Die Stelle des Sozialarbeiters wurde nicht ausgeschrieben. Das Haus wurde ohne Angabe von Gründen nicht geöffnet. Verhandhandlungen zwischen JUZ und Stadt kamen anfangs in Gang, wurden dann aber von der Stadt blockiert.

Eine neue Satzung wurde ausgearbeitet, die die paritätische Besetzung eines Hausbeirats mit Jugendlichen und Politikern vorsah. Die Jugendlichen wählten ihre Vertreter, während auf Antrag der CDU dieser Punkt von der Tagesordnung von der Stadtverordnetenversammlung gefegt wurde. Bei den letzten Treffen offenbahrte die Stadt ihr wahres Gesicht: Stadtrat Fuchs (CDU): „Die Verhandlungen waren von Anfang an aussichtslos, weil wir kein Jugendzentrum mehr wollten. Wir haben andere Pläne, nämlich ein Vereinshaus für alle, in dem ihr einmal in der Woche einen Raum haben könnt." Da das JUZ immer noch nicht geöffnet wurde, legten wir noch eine einstweilige Verfügung ein, und durch einen Gerichtsvollzieher mußte das Haus geöffnet werden. Die Schlüsselgewalt wurde wurde der Wach- und Schließgesellschaft übergeben. Das Haus wurde nun von den Jugendlichen renoviert, sie besorgten neue

Möbel und gestalteten wenigstens die Räume, in die sie durften. Kurz darauf kündigte die Stadt den Mietvertrag:

Wir wollen unser JUZ aber behalten, um nicht auf der Strasse zu landen und fordern deshalb:
– Wiederaufnahme des Mietvertrags und der Zuschüsse
– Ganztägige und alltägliche Öffnung
– Benutzung aller Räume
– Renovierung durch die Stadt

Wenn ihr uns unterstützen wollt, und das ist sehr nötig, dann schreibt wenigstens Eure Meinung zu der Sache an folgende Adressen:
An den Magistrat der Stadt Königstein,z.Hd. von Herrn Bürgermeister Antonius Weber, Rathaus, 6240 Königstein / Taunus
An die Redaktion der Taunus-Zeitung.z.Hd. von Frau Ingebrog Riedel, Hauptstr. 41, 6240 Königstein / Taunus;
Kontakt: JUZ Königstein, Adelheidstr. 2, 6240 Königstein.

HAUSBESETZUNG GESCHEITERT

SCHWÄBISCH GMÜND
3.Mai

Am Samstagmorgen, 16.4.77 haben 30 Gmünder Jugendliche von der ‚Schmalzgrube' (seitheriges Jugendzentrum mit nur 1 großem Raum) die ehemalige Gewerbeschule besetzt. Obwohl die Gewerbeschule durch ihre Räumlichkeiten für ein Jugendzentrum hervorragend geeignet ist, weigert sich die Stadt beharrlich, dieses Gebäude als JZ auszuweisen und versucht, die Jugendlichen durch ihre Hinhaltetaktik zu zermürben.
Als die Polizei gerade mit einem Einbruch in einem benachbarten Ort beschäftigt war, stiegen die Jugendlichen durch ein kaputtes Fenster in das Haus ein und verbarrikadierten sich mit Schulbänken. 3 Stunden später war das Gelände von den Bullen hermetisch abgeriegelt worden. Als die Stadt Strafanzeige stellte und die Bullen die Räumung androhten, wurde die Besetzung beendet. Die Namen der Besetzer wurden festgehalten. Sie erhielten Anzeigen wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung.

CDU ZELTET MIT

FRANKFURT
2. Mai

Am 27. bis 30. Mai findet das alljährige Pfingstzeltlager auf dem Gelände des Jugendzentrums Ronneburg statt. Ein politisches Programm, das von verschiedenen Jugendinitiativen und -organisationen zusammengestellt wurde mit den Themen: **Kernenergie, Kriegsdienstverweigerung, Berufsverbote, Bildungsurlaube für Jugendliche** wurde vom Kreistag , vor allem der CDU-Fraktion unter Landrat Rüger verhindert. Stattdessen gibts ein Programm „wie es sich die CDU für die Jugend vorstellt" mit Beatgymnastik für Jedermann, Rockkonzert im Mondschein, Wettkampfgymnastik und natürlich Diskussion mit Bundespolitikern über Jugendpolitik. Die vorbereitenden Initiativgruppen schreiben dazu:
„Das Pfingst-Treffen ist deit Jahren politisch von außerordentlicher Bedeutung für unseren Kreis. Hier kommen die verschiedensten Organisationen und Gruppen, aber auch sehr viele nicht organisierte Jugendliche zusammen, wodurch Möglichkeiten der Knüpfung von Kontakten und der Zusammenarbeit entstehen. Das ist für eine weitere politische Arbeit in unserem Kreis sehr wichtig. Deshalb wollen wir, das sind mehrere Jugendinitiativen, Organisationen und engagierte Gruppen, uns die Praxis des Kreistags nicht gefallen lassen und überlegen uns, was wir der Verdummungsmaschinerie entgegensetzen können (z.B. ein Gegenprogramm). Wir laden alle Gruppen ein, die Interesse haben, das Pfingsttreffen mitzugestalten. Die Kontaktadresse: **Herwig Putsche, Thomas-Münzer-Str. 3, 645 Hanau 1**

TREFFEN DER JUGENDZENTREN

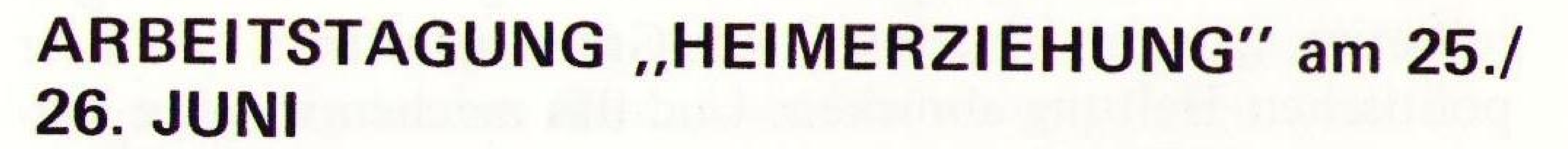
FRANKFURT
2. Mai

Am Freitag und Samstag, 22. und 23. April, trafen sich in Frankfurt Vertreter regionaler Zusammenschlüsse von Jugendzentren zu einem Erfahrungsaustausch. Diese Zusammenschlüsse haben sich seit etwa zwei Jahren auf Kreis- und Regionalebene gebildet. Denn nur auf dieser Ebene ist eine ständige Kommunikation und gegenseitige Hilfe bei Aktionen usw. möglich.

Auf dem Treffen wurde beschlossen, bundesweit eine monatliche Wandzeitung herauszugeben. Sie wird von den regionalen Zusammenschlüssen gemeinsam erarbeitet und verteilt. Die Wandzeitung soll vor allem kurze Berichte aus der Jugendzentrumsbewegung enthalten. Außerdem sollen Termine von Seminaren, Treffen und Festen, die auch überregional interessant sind, und Besprechungen von Publikationen, Filmen und anderen Medien, die Jugendzentren betreffen, veröffentlicht werden. Beiträge sind an Tiedeke Heilmann (Adresse siehe unten) zu richten. Die erste Ausgabe dieser Wandzeitung erscheint im Juni für die Sommermonate. Redaktionsschluß ist der 20. Mai 1977.

Vom 9. bis 11. September findet im Bessunger Forst bei Darmstadt wieder ein Treffen statt. Regionale Zusammenschlüsse, die von diesem Treffen nichts wußten oder nicht kommen konnten, können Näheres bei Wolfgang Hätscher (Adresse siehe unten) erfahren. Bei diesem Treffen soll unter anderem auch die Erfahrungen mit der Wandzeitung diskutiert und eventuell eine neue hergestellt werden. Des weiteren soll jetzt versucht werden, regionale Zusammenschlüsse dort zu fördern, wo es zwar einzelne Jugendzentren, aber keine Zusammenarbeit gibt. Dabei muß sich die Struktur der Zusammenarbeit aus den Verhältnissen ergeben. Die bestehenden Dachverbände haben schon verschiedene Formen in ihrer Aktivität entwickelt: Seminare, Zeitungen, zentrale und dezentrale Treffen, Filmring, Büros usw.

JZ Provinz Lüneburger Heide, c/o Tiedeke Heilmann, 3141 Barnstedt Nr. 25
Koordinationsgruppe Jugendzentren Hessen, c/o Wolfgang Hätscher, Bergerstraße 142, 6000 Frankfurt 60



ARBEITSTAGUNG „HEIMERZIEHUNG" am 25./26. JUNI

KÖLN
3. Mai

Das Redaktionskollektiv „Info Sozialarbeit" im sozialistischen Büro veranstaltet am 25./26 Juni eine Arbeitstagung zur Heimerziehung im Kölner Lehrerzentrum. Die Veranstalter schreiben dazu:

Wir wollen dazu beitragen, daß die Diskussion über Heimerziehung wieder aufgenommen wird, die nach der Heimkampagne Ende der sechziger Jahre wieder abgerissen ist. – Geredet wird über Heime nur noch von Professoren und Verbandsfunktionären, während die Erzieher und Sozialarbeiter vereinzelt und zunehmend isoliert resignieren. Die ehemals versprochenen Reformen sind weitgehend ausgeblieben. Neue repräsentative Gebäude haben nichts an den überkommenen inneren Strukturen geändert. An die Öffentlichkeit kommen nur noch spektakuläre Auseinandersetzungen und Heimschließungen und Entlassungen von Kollegen. Ausgespart bleiben die konkreten Arbeitsbedingungen, denen die Erzieher und Sozialarbeiter in ihrem Berufsallatag ausgesetzt sind. Die permanente Überforderung und psychische Überlastung angesichts der berechtigten aber kaum zu befriedigenden Ansprüche und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und die Ohnmacht ge-

genüber den institutionellen Strukturen führen dazu, daß die Kollegen oft nach zwei bis drei Jahren aufreibender Sysiphusarbeit die Einrichtungen wieder verlassen.

Die wenigen Modelleinrichtungen haben in erster Linie Alibicharakter als Aushängeschilder der Verbände, liefern Stoff für neue Fachbücher, aber keine Handhabe zur Verbesserung der allgemeinen Situation in der überwiegenden Mehrzahl der Heime. Um Möglichkeiten zu diskutieren, aus dieser Sackgasse herauszukommen und gemeinsam handlungsfähig zu werden, müssen Erzieher und Sozialarbeiter ihre Sache selber in die Hand nehmen. Wir meinen, daß eine solche Diskussion hautnah an der täglichen Erfahrung ansetzen sollte und z.B. folgende Problemkreise aufgreifen müsste:

- Erfahrungsaustausch über Stellenpläne, Dienstpläne, hierarchische Einstufungen, Überstunden, Nachtdienst etc.
- Möglichkeiten des Austauschs unter den Kollegen am Arbeitsplatz, pädagogische Konzepte, Fortbildung, Supervision.
- Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit und der neuen Volljährigkeitsregelung auf die Jugendlichen und die pädagogische Arbeit.
- psychische Belastungen aus dem Spannungsfeld zwischen der eigenen Lohnerziehersituation und der solidarischen Betroffenheit gegenüber den Kindern und Jugendlichen.
- Möglichkeiten gewerkschaftlicher Organisierung in Betriebsgruppen.

Wir halten es für sinnvoll, wenn auch Berater aus Jugendwohngemeinschaften an der Tagung teilnehmen. Für den Herbst planen wir ein Info mit dem Schwerpunktthema „Heimerziehung". Um rechtzeitig einen Überblick zu bekommen und eventuell noch Material zu verschicken, bitten wir die interessierten Gruppen und Einzelkämpfer sich anzumelden bei: **Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach**

GEGEN DEN UNGEHORSAM WISSENSCHAFTLICHER ASSISTENTEN

LÜNEBURG 27. April Auf einer Sitzung der Abteilungskonferenz der Pädagogischen Hochschule Lüneburg wurde eine Anweisung des Kanzlers der PH Niedersachsen, Hesse, bekannt, mit der er die Assistenten zu einem anständigen Lehrbetrieb ermahnen will. Kanzler Hesse hat sich schon in den Auseinandersetzungen um die Prüfungen an der PH einen schlechten Namen gemacht. Nun hat er die Assistenten in folgenden Punkten ermahnt:

- Die von ihnen durchgeführten Lehrveranstaltungen haben pünktlich mit Semesterbeginn anzufangen und erst zu Semesterschluß beendet zu sein.
- Ausgefallene Lehrveranstaltungen sind nachzuholen.
- Bei dem Antrag auf Lehrveranstaltungen ist sicherzustellen, daß diese allgemeinem Interesse entsprechen und auch selbständig durchgeführt werden.
- Semesterferien sind keine Ferien und müssen von den Assistenten selbverständlich zur Forschung etc. genutzt werden.

Bei Zuwiderhandlungen sollen den Assistenten die einhundert Mark, die sie über das normale Lehrergehalt hinaus erhalten, jeweils für den Monat, in dem sie ungehorsam waren, gestrichen werden.

KALLETAL: EIN JAHR SPÄTER IST IMMER NOCH EIN DRITTEL OHNE ARBEIT

MÜNSTER 2. Mai Der zweite Teil der Dokumentation über die Niederlage bei Kalletal ist jetzt erschienen.

Neben zusammenfassenden und nachdenklichen Artikeln über die damalige Vorgehensweise, neben Fotos über den Niedergang des Werks und einer Zusammenstellung von Zeitungsartikeln enthält die Dokumentation auch ein Interview mit Peter Keller, Vorstandsmitglied der Mannesmann AG, der Arbeitsdirektor ist.

„Interviewer: *Und Herr Keller ist Arbeitnehmervertreter — eigentlich?*

P.K.: *Nein.*

Interviewer: *Aber Sie sind doch auch Arbeitsdirektor?*

P.K.: *Als Arbeitsdirektor — ja. Aber ich bin Vorstandsmitglied der Mannesmann AG. Ein Vorstandsmitglied kann niemanden anders vertreten.*

Interviewer: *Ja, aber Sie sind doch auch von der Gewerkschaft, ja?*

P.K.: *Ja.*

Interviewer: *Dann müssen Sie doch auch die Interessen der Arbeitnehmer vertreten?*

P.K.: *Vertreten — aber nicht wahrnehmen. Die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer erfolgt durch die Gewerkschaft. Sie erfolgt durch den Betriebsrat. Ich bin, wenn Sie so wollen, der Personalvorstand des Gesamtunternehmens.*

(...)

Interviewer: *Sind Sie denn nicht auch den Kollegen gegenüber... den Gewerkschaften...*

P.K.: *Ich bin verantwortlich meinem Aufsichtsrat.*

Interviewer: *Aber nicht auch denjeniger, die sie wählen? Die, die auch Vertrauen zu Ihnen haben... das waren doch eigentlich die Gewerkschaften?*

P.K.: *Wollen Sie eine polemische Diskussion über Mitbestimmung? Dann bin ich gerne dazu bereit — oder wollen wir uns über die Angelegenheiten des Werkes Kalldorf unterhalten — dann bin ich dazu auch bereit. Nur wüßte ich gerne: W a s nun?"*

Bezugsangaben bei der Bezirksleitung der IG Metall in Münster.

„DIE FREUDE ZUR WAFFE MACHEN", DER ARBEITSKAMPF BEI VOLVO 76

DIETZENBACH 2. Mai Von Anfang Mai bis Juli des letzten Jahres erkämpfte sich die Belegschaft der Volvo-Dietzenbach ein „Spitzenergebnis" von effektiv 175 DM für alle und setzte auch andere weitgehende Forderungen durch. Aber nicht nur das Ergebnis dieses Arbeitskampfes war erstaunlich, sondern auch die Form der Auseinandersetzung selbst, wie sie von der Belegschaft entwickelt und durchgeführt wurde.

Ein Jahr später sind diese wertvollen Erfahrungen und Berichte zusammengefaßt in einer Dokumentation erschienen. In einem „Nachwort.... als Vorwort für künftige Arbeitskämpfe" steht u.a. geschrieben: *„Daß immer spürbar blieb, wie es den Beteiligten Spaß machte, für ihre Sache zu kämpfen, daß die Aktionen selbst von der Freude daran geprägt waren, daß sie sich so sehr von den traditionellen Formen der Auseinandersetzung unterschieden, nichts vom Sozialpartnergeplänkel*

wissen wollten, das führte zur Hilflosigkeit derer, die darauf reagieren, damit umgehen mußten. Die eingeübten Gegenmaßnahmen, die heimlichen Klüngelversuche hinter dem Rücken der Belegschaft, das Aufstellen von Wachposten vor dem Betrieb während des Festes, erwiesen sich als wirkungslos, stiessen ins Leere, Drohungen und Angebote versiegten. Niemand konnte klüngeln, wo eine Belegschaft immer wieder klar und unmißverständlich sagte, worum es ihr ging, und auch immer wieder bereit war, deutlich zu machen, daß sie kein Stück zurückweichen werde, keine Kompromisse akzeptieren würde. Niemand wurde durch zusätzliches Wachpersonal gestört, dem man Zigaretten und Bier anbieten konnte, vor einem Betrieb in den gar keiner mehr wollte, wenn draußen die Würstchen und das Bier einfach besser schmeckten, als der Kantinenfraß drinnen. Keine der Aktionen hielt sich an die üblichen Regeln, denn die waren ja nicht zwischen den Volvo-Leuten und der Unternehmensleitung abgesprochen, sondern zwischen imaginären Partnern, die plötzlich keine Geltung mehr erlangten.

Die Unternehmensleitung war zu keiner Zeit fähig, sich auf die Spontaneität und Freude, aber auch nicht, sich auf die Kompromißlosigkeit der Aktionen einzustellen. Auch die gesetzlich vorgesehenen Reglementierungen griffen ins Leere, wo ein Kampf genau da stattfand, wo er nicht vorgesehen war, vor dem eigentlichen Ritual des Kampfes.

Zwar ging es immer um das Geld, aber irgendwann sehr schnell auch immer mehr um die Formen des Kämpfens, des Lebens, um das Miteinander-Reden und Miteinander-Machen. „Wir wollten die eingefahrenen Bahnen verlassen. Wir wollten zeigen, daß Kämpfen Leben ist und Leben Kämpfen", hieß es dann. Und da es ums Leben ging, um das Aufbrechen der Trennung zwischen Leben und Arbeiten, denn das war es ja, was denen da oben so viel Angst machte, was sie so ins Leere stoßen ließ, da ging es in den Diskussionen auch später nicht mehr um die Frage der Besitzverhältnisse allein, nicht mehr um das „Wem gehört der Betrieb", denn der sähe vielleicht noch genauso aus, wenn er uns gehörte. Die neue Frage lautete: Wer ist der Betrieb? Sind das die toten Gegenstände, oder ist das die Belegschaft? " "

Das buch ist für 4,- DM gegen Vorauszahlung auf das Sonderkonto **Nr. 1760679101 der Bank für Gemeinwirtschaft in: 6057 Dietzenbach** zu beziehen.
Redaktionskollektiv: **‚Arbeit und Leben', Schäfergasse 15, 6057 Dietzenbach**

SPD-STADTVORSTAND BEHINDERT BERUFSVERBOTE-KOMITEE

KAISERSLAUTERN Mai 1977 — *Ein Mitglied des Berufsverbote-Komitees Kaiserslautern schickte uns den folgenden Bericht:*

„Das seit über einem Jahr bestehende „Kaiserslauterer Komitee zur Verteidigung der Grundrechte — gegen Berufsverbote", das unter anderem das zweite „Hambacher Fest" am 23. 10. 1976 mitinitiierte, plant zusammen mit 13 weiteren rheinland-pfälzischen Berufsverbote-Komitees für den 14. 5. 1977 einen Aktionstag gegen Berufsverbote in Kaiserslautern (Pfalz). Unter dem Motto „Mit der Verfassung von 1947 gegen die Berufsverbote von 1977" (am 18. 5. 1977 ist der 30. Jahrestag der Verfassung von Rheinland-Pfalz) sollen Info-Stände, Straßentheater und Plakatträger sowie eine Kundgebung über die Praxis der Berufsverbote informieren und die Diskrepanz zur Landesverfassung aufweisen. Für den Abend ist eine Kulturveranstaltung in der Städtischen „Fruchthalle" (größter städtischer Saal in Kaiserslautern) geplant, an der sich D. Süverkrüp, Lutz Görner, die Theatergruppe des Demokratischen Kulturbundes Mainz und andere zu dem Thema „Daß Furcht in Widerstand sich wandelt" beteiligen.

Diese Veranstaltung nun sollte vom SPD-Stadtvorstand behindert werden: entgegen dem sonst üblichen Verfahren (OB Hans Jung, SPD, entscheidet allein über die Vergabe der Fruchthalle) wurde diesmal der ganze Stadtvorstand bemüht, der einer Vergabe der Halle nur bei der Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 10.000,-- DM zustimmte. Bei anderen Veranstaltungen — US-Blasorchester, DGB, Strauß-Reden, Abschlußbälle von Tanzschulen wird selbstverständlich keine Kaution verlangt. Durch diese Maßnahme sollte versucht werden, die öffentlichkeitswirksame Veranstaltung auf formalem Weg durch die städtische Verwaltung abzublocken und so durch die Hintertür die Berufsverbote zu unterstützen. Zudem wird hier wieder einmal deutlich, welche Rolle die SPD — trotz ihrer vordergründigen Distanzierungen von den Bespitzelungen — bei der weiteren Arbeit am „Modell Deutschland" wirklich spielt. Das Komitee hat sich nun entschlossen, durch eine größere Aktion die Kaution aufzubringen."

OBERLANDESGERICHT MISSACHTET URTEIL DES VERWALTUNGSGERICHTS

KARLSRUHE 2.Mai — Der Präsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe hat im Dezember 1976 die Bewerbung Michael Empells — der sich bereits seit Jahren erfolglos um die Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst bewirbt — mit der Begründung abgewiesen, er sei ‚Sympathiesant des SPK', gehöre dem ‚Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD' an und sei von ‚rechts- und justizfeindlicher Gesinnung'. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat den Präsidenten des Oberlandesgerichts durch eine Einstweilige Anordnung am 30.3.77 zur Einstellung Michael Empells bis spätestens 15.4.77 verpflichtet und seine Entscheidung im wesentlichen mit dem Grundrecht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte begründet. Das Oberlandesgericht legte ein Rechtsmittel ein und kündigte zugleich an, die Entscheidung des Verwaltungsgerichts einfach nicht zu beachten. In einer Stellungnahme schrieb es u.a.:

„Die Betrachtung darf hier nicht auf die Frage der Verfassungstreue während der Ausbildung verengt werden, sondern muß sich darauf erstrecken, ob die Eingliederung ein Risiko für die Ordnung und Sicherheit des Dienstbetriebs der Ausbildungsstelle mit sich bringt. Aus den weiter oben dargelegten Gründen müssen wir eine solche Gefährdung dringend befürchten. Dieses Risiko ist durch die vom Verwaltungsgericht angeordnete Gestaltung des Ausbildungsverhältnisses (gemeint ist die Ausbildung außerhalb des Beamtenverhältnisses) nicht beherrschbar. Deshalb lehnen wir ausdrücklich jede Verantwortung für den Fall ab, daß wir zur Aufnahme des Antragstellers in den juristischen Vorbereitungsdienst weiter verpflichtet bleiben... Abschließend weisen wir darauf hin, daß wir bei einer Einstellung des Antragstellers außerhalb der festgesetzten Einstellungstermine einen ordnungsgemäßen Ausbildungsgang nicht gewährleisten können, da die Einführungslehrgänge bereits abgeschlossen sind und die praktische Stationsausbildung begonnen hat. Auch im Hinblick darauf erscheint die Einstellung zu dem vom Verwaltungsgericht angeordneten Zeitpunkt als nicht sachgerecht."

Im übrigen schreckte das OLG vor den absurdesten ‚Argumenten' gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts nicht zurück. So verneinte es die — für eine Einstweilige Anordnung notwendige — Eilbedürftigkeit damit, daß sich Michael Empell seit Jahren bewerbe und es auf eine besondere Eile jetzt schon nicht mehr ankomme:

„Der Schaden, den das Verwaltungsgericht durch den Erlaß der Einstweiligen Anordnung verhindern will, ist bereits in einem solchen Maße eingetreten, daß die mit einer weiteren Verzögerung etwa verbundenen zusätzlichen Nachteile die Dringlichkeit der Einstweiligen Anordnung nicht hinreichend belegen."

In der mündlichen Verhandlung am 19.4.77 erklärte ein Vertreter des OLG dem Verwaltungsgericht schließlich: ganz gleich, ob das Verwaltungsgericht seine Entscheidung aufrechterhalte oder nicht, werde das OLG Michael Empell nicht einstellen. Das Verwaltungsgericht hat darauf erneut das OLG zur Einstellung verpflichtet. Zugleich hat es die Zwangsvollstreckung eingeleitet: es hat ein Zwangsgeld zu dem gesetzlich festgelegten Höchstbetrag von DM 2000,- angedroht und dem OLG eine Frist bis 25.4.77 gesetzt, innerhalb deren es Michael Empell einstellen muß, wenn es der Zahlung des Zwangsgeldes entgehen will. Der Präsident des OLG, der Michael Empell „rechts- und justizfeindliche Gesinnung" und „Verfassungsfeindlichkeit" vorwirft, verhält sich selbst verfassungswidrig. Seine Weigerung, dem Urteil des Verwaltungsgerichts nachzukommen, verstößt gegen das Verfassungsprinzip der Bindung der Exekutive an Gesetz und Recht.

ZUCHTHAUS WERL: 50 GEFANGENE IM HUNGERSTREIK

WERL 1. Mai *Im ID 172/173 berichteten wir über den Hungerstreik von damals 15 Gefangenen für die Abschaffung der Isolations-Station B I. Die Gefangenen hatten den Hungerstreik abgebrochen, als einer ihrer Mitgefangenen von B I in den „Normal"vollzug von B I zurückverlegt wurde. Am 1. Mai sind nun mindestens 50 Gefangene erneut in den Hungerstreik getreten. Auf einem Flugblatt informieren sie über die Hintergründe:*

„Wir, Gefangene im Zuchthaus Werl (JVA), protestieren gegen die Isolations- und Strafstation B I und fordern:

- Abschaffung von BI
- daß unsere kranken Kollegen in Krankenhäuser kommen
- Abschaffung der in Werl exzessiv verhängten Arreststrafen
- Abschaffung der Absonderung der Gefangenen, Abschaffung jeder Form von Isolationshaft.

Sonderstation BI: Die „Psychiatrische Abteilung" des Zuchthauses Werl dient als Isolier- und Strafstation für:

- „Querulanten", auch „nicht Gruppenfähige" genannt.
- stark Fluchtverdächtige
- „selbst"-mordgefährdete Gefangene,
- Geisteskranke.

Hier werden unbequeme und kranke Gefangene diszipliniert und „sediert" (so sagen die Psychiater für: abgespritzt, „ruhiggestellt").

Der Gefangene Hans Latnörg war fast ein Jahrzehnt in BI. Er ist schizophren (sagen die Psychiater). *Weil das Bett im Landeskrankenhaus Eikelborn am Tag 25 Mark mehr kostet, wurde er in BI „verwahrt" und abgespritzt.* Niemand half ihm. Niemand kümmerte sich um ihn. Zuletzt war er auf 45 Kilo abgemagert, aß sehr selten und war nicht mehr in der Lage, seine Notdurft selbst zu verrichten. Er mußte — das ist wörtlich zu nehmen — in der eigenen Scheiße liegen.

Erst nach einer Petition eines Mitgefangenen kam er im Januar 1977 in das Landeskrankenhaus Eikelborn — wo es ihm nun besser gehen soll. Es geht also, Kranke zu behandeln. Nicht aber in Werl, nicht in BI. In BI befindet sich z.Z. auch der Gefangene Johann Jansen, der im Oktober 1976 in einer Verzweiflungstat den Leiter der JVA Rheinbach mit einem Messer angriff. Begriff man seine Tat als SOS-Ruf? Nein. Er wird lediglich in einer „Spezialzelle verwahrt" und kaputtgemacht. Die Spezialzellen in BI sind 22 qm groß. Zum Teil bestehen die Fenster nur aus Glasbausteinen mit 5-Mark großen Löchern: wer darin ist, hat ständig das Gefühl zu ersticken.

In BI kommen auch die konsequenten Arbeitsverweigerer. So die Gefangenen NAZAR, SCHULZ, KLEIN. Ist es nicht Strafe genug, den Einkauf gesperrt zu bekommen — wenn der Essenssatz pro Tag etwa 3 Mark beträgt? (Der eines Polizeihundes beträgt 4.20 Mark.) Ständige Insassen der Isolierstation BI — die vom ganzen Vollzug im Haus I der JVA völlig abgeschnitten sind —, sind sogenannte Psychopathen, die vom Landeskrankenhaus Eickelborn und ähnlichen Anstalten abgeschoben wurden. Der Psychologe Schoplick: „Da gehören die gar nicht hin. Die haben wir von Eicklborn. Da kostet das Bett den Landschaftsverband pro Tag bis zu 25,-- mehr. *Unheilbare Fälle. Denen können wir bei bestem Willen nicht helfen. Die sind hier auf dem toten Gleis. ..*"

Zu diesen Gefangenen gehört beispielsweise unser Kollege Ali Atalay, 40 Jahre, Vater von 4 Kindern, Lebenslänglicher. Er soll 1973 Selbstmordabsichten geäußert haben. Dann fing er an, nachts zu sprechen in seiner Einzelzelle, sich mit dem Lautsprecher zu unterhalten. Zweimal zerschlug er auch das Zellenfenster. Da haben sie ihn in die Isolierstation verschleppt. Da sitzt er nun schon seit 1973. *Da wird er nur „ruhiggestellt", mit einem speziellen Präparat abgespritzt. Jetzt ist er völlig apathisch, hat die Zähne verloren und hält schon freiwillig den Arm zum Spritzen hin...An Atalay wird die „Langzeitwirkung eines Mittels" erprobt (Diplompsychol. Rathert).* Selbst der Imam vom türkischen Konsulat in Essen durfte ihn nicht einmal sehen — entgegen den Bestimmungen der Menschenrechtskonvention und des Strafvollzugsgesetzes.

Andere Gefangene, wie z.B. Klaus Köhler aus Dortmund, sehen Phantome über Werl, sind krankhaft fromm, essen kein Fleisch mehr, trinken nur noch Wasser — und sind denoch gesund genug, in Wind und Wetter im Akkord auf dem „Kabelhof" zu schuften...Wir versichern, daß diese Angaben stimmen. Wir fordern die Öffentlichkeit auf, eine unabhängige Kommission zu bilden, *welche die unsagbaren Zustände in dieser Schreckensabteilung untersucht, und die Schuldigen dafür zur Anklage bringt.* Wir fordern den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Diether Posser auf, BI sofort zu schließen und die Verantwortlichen aus ihren Ämtern zu entfernen.

Alle Welt regt sich darüber auf, was in der Sowjetunion mit sogenannten „Dissidenten" in psychiatrischen Anstalten geschehen sein soll — hier, im Zuchthaus Werl, in Sonderstation BI, werden Gefangene in viel schlimmerer Form „zwangsgespritzt"! *Jeder weiß, daß die „Langzeitwirkung" von derart starken „Beruhigungs-"spritzen darin besteht, daß sie Gehirnzellen zerstören und aus gesunden Menschen Wracks, aus leicht Geisteskranken ständige Wahnsinnige, aus — wegen der Werler Zustände zurecht „Gestörten" — Automaten und Roboter machen.*

Als unser Kollege Manfred Becker eine Petition gegen BI verfasste, versuchte die Anstaltsleitung, die Herren Ihle, Mühle und Co, zunächst, ihn zu bestechen, ihn durch Gewährung von Alltäglichkeiten, die hier in Werl Privilegien sind, zur Zurücknahme der Petition zu bewegen. Das war das Zuckerbrot. Als er sich nicht kaufen ließ und bei seiner Forderung BI muß weg! blieb— wurde er erneut in die Isolierstation BI verschleppt. Als einige Kollegen und er daraufhin einen Hunger streik machten, verwandelte der Anstaltsleiter die Zwangsverlegung in BI in „normalen Arrest" — womit hier sowieso nicht gespart wird. „Die Werler Anstaltsleitung greift laut Parlamentsbericht mit ‚äußerster Härte durch, um jegliche

Unruhe zu verhindern' " (Lüdenscheider Nachrichten, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau vom 30. / 31. März 77).

U n s e r e F o r d e r u n g e n: Schluß mit den Willkürakten in Werl, Schluß mit den Arreststrafen vom Fließband durch die Herren Ihle, Neu, Mühle, Anders, Hübner ! Abschaffung der psychiatrischen Isolierstation BI; Verbringung der Kranken in anständige Krankenhäuser, wo man ihnen helfen kann; Abschaffung der Spezialisolierzellen; Abschaffung der Isolierhaft — für alle Gefangenen!

Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen und die Öffentlichkeit auf die unhaltbaren Mißstände in diesem Zuchthaus aufmerksam zu machen, treten wir am **1. Mai 1977 in einen zunächst auf drei Tage befristeten Hungerstreik!** Wir fordern die Öffentlichkeit auf, unsere Forderungen zu unterstützen. Schreiben Sie an Herrn Posser! Telefonieren Sie mit der Anstaltsleitung! Helfen Sie unserem Kampf für minimale Menschenrechte! Erstatten Sie Anzeige und Strafanträge gegen die Verantwortlichen! Lassen Sie sich nicht mit billigen Entschuldigungen und faulen Lügen abspeisen — bilden Sie eine unabhängige Untersuchungskommission: BI muß weg!
Unsere Kollegen fordern wir auf, nicht länger Angst vor Repressalien zu haben. Einer für alle, alle für einen — S o l i d a r i t ä t !"

Im Hungerstreik gegen BI vom 1. bis 3. Mai: Kurt Balk, Manfred Becker, Dieter Braek, Rudolf Degner, Günther Diesing, Andjelko Djuricic, Jürgen Frowein, Werner Fuchs, G. Geißler, Lothar Gend, Heinz-Jürgen Gironi, Stefan Günther, Rainer Herrfeld, Erdinc Ihtiyar, Manfred Katalowsky, Hussein Kirbar, Jürgen Kördel, Helmut Köster, Rolf Merschjan, Reinhold Michelet, Heinz-Jürgen Neuhaus, Manfred Sass, Jürgen Schoetzke, A. Schulz, Claus-Jürgen Simberger, Herbert Rudolf, Karl-Heinz Thiel, Günther Uhlig, Rolf Völker, John Witt, Peter-Paul Zahl, Peter Zimmermann. — Bei Redaktionsschluß wurde bekannt, daß sich immer mehr Gefangene dem Hungerstreik anschließen; am 28.4.77 waren es insgesamt bereits über 50.
Weitere Informationen:

a. eine ausführliche Dokumentation über Werl kann man beziehen über den „anderen Buchladen", Zülpicherstr. 197, 5000 Köln 41 Tel.: 0221 / 420214
b. Angela Tieger c/o Rotbuch-Verlag, Potsdamerstr. 98, Anne Duden, 1000 Berlin 30, Tel.: 030 / 2611196

Dieses Papier soll informieren; es ist zugleich eine Aufforderung zu Protesterklärungen an die genannten Verantwortlichen;
Justizminister Posser, Martin-Luther-Platz 40, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 8792329
Petitionsausschuss des Landtages NRW, Schwanenspiegel, 4 Düsseldorf
JVA Werl Anstaltsleitung, Langenwiederweg 46, 5760 Werl, Tel.: 02922 / 6031
Der Präsident des Justizvollzugsamtes Hamm, Marker Allee 46, 4700 Hamm, Tel.: 02381 / 21026

Aus Dortmund bekamen wir die Mitteilung, daß fünf der Gefangenen im Hungerstreik nach Hamm, fünf weitere nach Dortmund verlegt wurden. Um wen es sich im einzelnen handelt, ist uns unbekannt. Außerdem teilt die Initiativgruppe P.P.Zahl, Verlag Neue Kritik, Myliusstr. 58, 6 Frankfurt/Main mit, daß P.P.Zahl, der sich auch am Hungerstreik beteiligt, ebenfalls verschubt worden ist:

"Zwie Tage vor Beginn des Hungerstreiks, am 29.4.77, wurde P.P. Zahl in die JVA Bochum gebracht. Bei dieser Aktion informierte man ihn nicht über Ziel und Gründe der Zwangsmaßnahme, gab ihm keine Gelegenheit, Kontakt zu seinen Anwälten oder Angehörigen aufzunehmen.
Schreibmaschine, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen und Briefe wurden zur „Habe genommen".
P.P.Zahl seit dieser Zeit in Isolationshaft."

Bis Redaktionsschluß war nicht sicher zu erfahren, ob der Hungerstreik noch andauert - es ist jedoch angesichts der Repression gegen die Hungerstreikenden anzunehmen.

PETER–PAUL ZAHL
über das reisen in die verbannung

I

laotse „gürtete den schuh"
als er gegangen wurde
seine begleiter:
ein ochs und ein knabe

II

brecht ließ die virginia
kalt werden zwischen den lippen
als er gegangen wurde

ihn begleiteten hier und da
sein sohn die frauen
auch freunde und immer
das rollbild vom zweifler

III

ich dagegen reise komfortabel
und nie allein
wenn ich gegangen werde
hin und her
reise in hand- auch in fußschellen
im hubschrauber oder per bus
im konvoi
für meine sicherheit
sorgen die schützer
des staates mit funk
spezialausbildung und mpi's

IV

noch nie
war der dichter
so wertvoll
wie heute

PP's neue Adresse: Peter-Paul Zahl
JVA
Krümmede 3
463 Bochum

ERKLÄRUNGEN ZUM ABBRUCH DES HUNGER–STREIKS

STAMMHEIM 30. April „In den letzten Tagen sind alle Versuche, den Hungerstreik von zuletzt über 100 Gefangenen durch Zwangsernährung — in Hamburg-Holstenglacis mit äußerster Brutalität — zu brechen, gescheitert. Nachdem die Gefängnisärzte in Stammheim und die zugezogenen Anästhesisten sich gestern geweigert haben, Psychodrogen bzw. Zwangsnarkosen gegen die Gefangenen einzusetzen, teilt der Gefängnisdirektor in Stammheim uns heute, am 30. April 77 um 12 Uhr, die „verbindliche Erklärung des Justizministeriums" mit, daß „unter Berücksichtigung der Forderungen der medizinischen Gutachter sofort eine Konzentration politischer — d.h. Gefangeneer nach § 129 — auch aus anderen Bundesländern in Stammheim und eine Vergrößerung des Haftraums in die Wege geleitet wird."

Die Entscheidung geht auf einen Kabinettsbeschluß zurück.

Damit wird die zentrale Forderung des Hungerstreiks erfüllt. Die Gefangenen aus der RAF beenden den Streik.

„Wer keine Angst vor Vierteilung hat, zieht den Kaiser vom Pferd."

Gudrun Ensslin
für die Gefangenen der RAF"

WESTBERLIN 1. Mai — Im Auftrag seines Mandanten Till Meyer teilt der Rechtsanwalt Müllerhoff, Westberlin, mit:

„Mein Mandant und seine fünf Mitbeschuldigten haben den Hungerstreik am 1.5.1977 unterbrochen. Sie erklären dazu:

„Die Landesregierung von Baden-Württemberg und die Konferenz der Länderjustizminister hat zugesagt, daß die Forderung der seit vier Wochen im Hungerstreik gegen die Vernichtungshaft befindlichen über 70 politischen Gefangenen in der BRD und West-Berlin nach Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 bis 20 Gefangenen erfüllt werden (...).
Auf Grund dieser Zusage brechen wir mit dem heutigen Tage den Hungerstreik ab, und erklären,
daß wir innerhalb kürzester Zeit von den zuständigen Behörden und Gerichten konkrete Vorstellungen über Ablauf und Form der Zusammenlegung und Aufhebung der Isolation erwarten.
Weiter erklären wir, daß wir sofort den unbefristeten Hungerstreik wieder aufnehmen, wenn sich die Zusage als Trick herausstellt, um den Hungerstreik zu brechen, und die Forderungen nicht erfüllt werden.

West-Berlin, den 1.Mai 1977
für die Gefangenen aus der Bewegung 2. Juni"

Rechtsanwalt"

Nach unseren Informationen laufen momentan Verhandlungen zwischen den Landesregierungen über die Einrichtung von Zentren für politische Gefangene innerhalb der Haftanstalten. Im Gespräch ist, daß in Stammheim, Hamburg und evtl. West-berlin Bedingungen geschaffen werden, 15 - 29 politische Gefangene in speziell gesicherten Trakten zu konzentrieren.

ISOLATIONSHAFT AUFGEHOBEN' PSYCHIATRISIERUNG GEHT WEITER

WERL 2. Mai — „Nach fast 17 Jahren Knast, davon die letzten 11 Monate in Isolationshaft, kann der Gefangene Günther Manfred Hanisch seit dem 26. April wieder mit anderen Gefangenen zusammenkommen.

Der Versuch der zwangsweisen Psychiatrisierung von Günther, der letztendlichen Ausradierung seiner Persönlichkeit, läuft weiter. (s. ID 175) Begutachtet werden soll Günthers Geisteszustand von Landesmedizinaldirektor Dr. W. Schneller, Leiter des Landeskrankenhauses Eickelborn.

In Eickelborn war es auch, wo Jürgen Bartsch zu Tode narkotisiert wurde. Und Eickelborn hat eine geschlossene Abteilung zur Unterbringung „krimineller Wahnsinniger" — wo man wohl meint, den Widerstand Günthers brechen zu können.

Unterstützt Günther, schreibt ihm!!

Günther Hanisch, 3578 Schwalmstadt, Paradeplatz 5

Wer weiß was über Dr. Schneller und Eickelborn? Bitte schreibt es an:
Hanisch-Unterstützungsgruppe, Grabenstr. 11. 6200 Wiesbaden

Protest nimmt entgegen:
Dr. W. Schneller im Westfälischen Landeskrankenhaus Eickelborn in 4780 Lippstadt 16 oder
Dr. W. Schneller, Lessingstr. 55, 4780 Lippstadt
Tel. 02941/60211"

DEM KNAST AUFS DACH GESTIEGEN

WESTBERLIN 2. Mai — Pressemitteilung des Rechtsanwalts Matthias Zieger:

„Am Sonntag, den 1.5.77, stiegen unser Mandant Bernd Brzozowski und zwei Mitgefangene der Strafanstalt Tegel, Jürgen Ische und Gert Brall, auf das Dach des Hauses III der JVA Tegel. Sie kündigten an, daß sie keine Gewalt wollen, daß sie jedoch lebend nur wieder vom Dach herunterkommen wollten, wenn folgendes gewährleistet sei:

1. Rückverlegung der drei Mitgefangenen Sontag, Drowski und Neuendorf nach Tegel. Diese drei Gefangenen waren nach Moabit gebracht worden, weil man sie für die in Tegel erschienene, unzensierte Gefangenenzeitung „Durchblick" verantwortlich machte. Sie befinden sich seit 26 Tagen im Hungerstreik und haben einen Durststreik angekündigt, der in den nächsten Tagen beginnen soll.

2. Bekanntgabe ihrer 55 Punkte umfassenden Forderungen zu einem humanen Strafvollzug, in Verwirklichung des seit dem 1.1.1977 geltenden Strafvollzugsgesetzes, in den Massenmedien.

3. Ein Gespräch mit Senator Baumann über diese Forderungen.

4. Die Zusage, wegen der Dachbesteigung nicht gemaßregelt zu werden.

Nachdem der Leiter des Hauses III, Herr Maier, sein Ehrenwort gegeben hatte, daß Herr Brzozowski nach einem Gespräch mit dem zur Vermittlung erschienen Anwalt wieder ungehindert auf das Dach gehen dürfe, wurde in einem Gespräch geklärt, daß nicht ein sofortiges Gespräch mit Senator Baumann, sondern ein Gespräch mit einem größeren Kreis von Gefangenen in 4-6 Wochen verlangt werde.

Obwohl damit die Gefangenen letzlich von nichts anderem als ihrem Petitionsrecht Gebrauch machen wollten und die Rückverlegung der drei nach Moabit verbrachten Gefangenen sowieso ins Auge gefaßt war, hat der Senator für Justiz trotz mehrerer Telephonate zwischen seinen Mitarbeitern und mir jedes Einlenken abgelehnt. Auch das Ehrenwort wurde gebrochen und Herr Brzozowski nicht wieder auf das Dach gelassen. Er drohte daraufhin, eine Glühbirne zu zerbeißen und herunterzuschlucken.

Im Haus III brachten viele Gefangene, die die Vorverhandlungen gehört hatten, ihre Empörung zum Ausdruck.

Alle Verantwortlichen wurden von mir darauf hingewiesen, daß es nicht möglich war, außer der Präzisierung der Gesprächsforderung die drei beteiligten Gefangenen dazu zu bringen, das Vorhaben fallen zu lassen. Herr Brzozowski äußerte im Namen auch der beiden anderen Gefangenen, daß niemand Selbstmord begehen wolle. Wenn die Forderungen nicht erfüllt würden, dann würde das nicht nur sie, sondern auch die drei Gefangenen in Moabit in den Tod treiben und evtl. Tumult auch bei anderen Gefangenen in der Haftanstalt herbeiführen.

Ich bot gegen 16.30 h noch einmal meine Vermittlung in einem Telephonat mit einer Mitarbeiterin des Senators für Justiz an. Es wurde gesagt, es werde nicht mehr verhandelt.

In einem Großeinsatz von Feuerwehr und Polizei wurden die beiden Gefangenen gewaltsam vom Dach heruntergeholt. Darüber, wie ihr Gesundheitszustand und der des Herrn Brzozowski ist, wurde mir die Auskunft verweigert.

Es wurde die Gefahr in Kauf genommen, daß Menschen umkommen, obwohl die Forderungen offensichtlich gerechtfertigt waren. Darüber hinaus ist in der Zukunft jede Möglichkeit, in einer ähnlichen Konfliktlage unter Einschaltung der Anwälte zu verhandeln und eine ungefährliche Konfliktlösung herbeizuführen, durch den Wortbruch der Anstaltsleitung ganz erheblich eingeschränkt. Es scheint, daß dies dem Wunsch geopfert wurde, hier auch um einen hohen Preis exemplarisch Härte zu demonstrieren."

ERKLÄRUNG DER LEUTE, DIE SICH AUF DEM DACH DES TEGELER KNASTES BEFINDEN

„Gewaltlose Aktion im Namen aller Mitgefangenen:
(Brutale Gewalt geht fast nur von „Euch" aus, die Ihr derartige Gefängnisse braucht)

Gefordert und akzeptiert werden als unmittelbare Verhandlungspersonen ein von uns zu benennender Anwalt.
Dieser ist zu informieren und herbeizuholen.

Diese Dachbesteigung ist eine gewaltlose Aktion im Namen und Interesse aller unserer Mitgefangenen. Es ist dies keine politische Aktion, sondern eine spontane, emotionelle Handlung, weil wir angesichts der alles verdrehenden mächtigen Massen- und Meinungsmedien keine andere Möglichkeit mehr sehen, um mit der Wahrheit, was hinter Berlin's Gefängnismauern nicht stimmt/zum Himmel stinkt an das Ohr der Öffentlichkeit zu gelangen:

Unsere minimalsten und berechtigten/unwiderruflichen Forderungen folgen — sie resultieren aus tiefer Sorge und Beunruhigung um das Leben von drei unserer Mitgefangenen, die widerrechtlich in die uns allen nur zu gut bekannt und berüchtigte Untersuchungshaftanstalt (UHA) verschleppt worden sind. Wir, die wir oben stehen, kennen diese UHA — haben wir und viele unserer Kollegen am eigenen Leib erfahren. Aufgerüttelt und beunruhigt sind wir und viele von uns zusätzlich, die wir die erschütternde Radiosendung über den „freiwilligen" Tod und Protestschrei unseres Kollegen Horst Rakow gehört haben:

Hinzu kommen UHA betreffend unumstößliche makabre Fakten.

1975	6	„selbst"gemordete Kollegen
1976	13	„selbst"gemordete Kollegen

Wir fragen und wir rufen laut, wieviele sollen es 1977 werden?

1. Unabweichliche Minimalforderung:
Unverzügliche Rückverlegung in die JVA Tegel der widerrechtlich zwangsverlegten Kollegen Hans Sontag, Charlie Neuendorf und Uwe Drowski, deren ganzes Verbrechen darin bestand, sich selbstlos für die Interessen aller ihrer Mitgefangenen einzusetzen!

2. Unabweichliche Minimalforderung:
Als letzter Mann dieser Justiz ist Herr JVA Senator Baumann zu informieren und herbeizuholen, weil wir ihm die berechtigten ca. 50 Unterforderungen, die gleichzeitig lange angestauten Protest beinhalten/Mißstände aufdecken, die gravierend und entlarvend sind für dieses verkommene Gefängnissystem, einbringen wollen: wir wollen also für alle so ziemlich alles vorbringen und Herrn Baumann antworten hören, wie sich die Justiz und der Senat eine kurzfristige Lösung dieser menschenunwürdigen Zustände denken. Dieses hat zu geschehen zu einem kurzfristigen Termin zwischen einer von uns auszuwählenden größeren Gefangenendelegation und Herrn Baumann selbst.

3. Unabweichliche Minimalforderung:
Wenn wir dieses Dach lebend verlassen — keine Bestrafung oder Repressalien von Seiten verschiedener uns bestens bekannter Beamten — unbehelligte Rückführung in unsere Zellen.

4. Minimalforderung:
Bekanntmachung und Veröffentlichung unserer 53 Unterforderungen in den einschlägigen Massenmedien wie Presse, Funk und Fernsehen."

FRANKFURT: KRONZEUGE FIEL UM

PROZESS GEGEN ROBERT JAROWOY UND WERNFRIED REIMERS

FRANKFURT 26. April — Am 26.4.1977 — dem 11. Verhandlungstag von Robert und Wernfried — begann die Beweisaufnahme. Der Vorsitzende Richter Schäfer erkundigte sich vorsichtig bei den Gutachtern, ob die beschränkte Verhandlungsfähigkeit von 4 Stunden pro Woche nach wie vor beibehalten werden müsse. Die Gutachter konnten dem Gericht nichts Erfreuliches mitteilen, Robert sei sogar mittlerweile „psychisch weitaus labiler" als zu Prozeßbeginn.

Auch die vorangegangenen Verhandlungstage boten nichts Erfreuliches. Kurz gesagt: alle Anträge der Verteidigung wurden abgewiesen. Es gäbe keine Anhaltspunkte, daß Gespräche zwischen Mandanten und Verteidigern abgehört worden seien. Den Anwälten wird kein Tonbandgerät zur Verfügung gestellt. Die Bedrohung der Zuschauer durch Maschinenpistolen sei wegen der Aufrechterhaltung der Sicherheit notwendig. Die Zusammenlegung von Robert und Wernfried in der Mittagspause sei auch nicht möglich, da Personalmangel bestünde und die Zelle außerdem nicht ausreichend vergittert sei. Um das zu ändern, müsse ein Gerüst an der Außenmauer der Hammelsgasse aufgestellt werden. Der Antrag wegen Behinderung der Verteidigung (R. Kern wollte Robert in Preungesheim besuchen und wurde erst zu ihm gelassen, nachdem ein anderer Anwalt seinen Besuch beendet hatte) wurde vom Gericht als eine „Panne" der Anstaltsleitung in Preungesheim hingestellt.

Robert erklärte am 10. Verhandlungstag noch, daß er nicht in der Lage sei, eine Erklärung zur Person abzugeben, da er unter starken Konzentrationsstörungen leiden würde, die auf die Haftdauer (36 Monate) und die Haftbedingungen (20 Monate Isolation) zurückzuführen seien. Er könne nichts schriftlich ausarbeiten, und aus dem Stegreif was Mündliches vortragen wolle er nicht, da die Verteidigung keinTonabdgerät genehmigt bekommen habe. Dadurch seien seine Ausführungen nicht überprüfbar — das könne zu Auslegungsschwierigkeiten führen. Wernfried schloß sich dem an.

Am 11. Verhandlungstag nun begann die Vernehmung von Harry Schäfer. Schäfer wurde bei der Aktion Winterreise verhaftet und gehört — laut Anklage — zu den „Gesinnungsgenossen" von Robert und Wernfried. Er soll mit Robert gemeinsam einen Parkplatzwächter in Bonn überfallen haben. Schäfer war deswegen „gesondert verfolgt" und bereits angeklagt worden, und hat sein Strafverfahren hinter sich. Er hat Bewährung bekommen und der Anklagepunkt „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" wurde wieder fallengelassen.
In einem Brief schreibt er, daß ihm nach seiner Verhaftung im November 74 das Angebot gemacht worden wäre, als ‚Kronzeuge' aufzutreten. Das habe er abgelehnt. Im Januar 75 allerdings zeigte er sich aussagebereit, und belastete jetzt Robert und Wernfried. Mit seiner Aussagebereitschaft änderten sich auch seine damaligen Haftbedingungen, die Isolationshaft wurde aufgehoben.

Auf die Fragen der Verteidigung, wie es zu diesen Aussagen kam, erklärte er: „aus freien Stücken". Was ihn dazu bewogen hätte: „Das weiß ich nicht mehr." Ob ihm was versprochen worden wäre: „Nein". Und auf die Frage, ob er sich etwas davon versprochen hätte, gab er keine Antwort mehr. Da aber Schäfer selbst ausgesagt hat, daß ihm früher mal Versprechungen gemacht worden seien, versucht die Verteidigung nun herauszukriegen, ob nicht eine Verbindung zwischen den Versprechungen/geänderten Haftbedingungen und seiner Aussagefreudigkeit besteht.

Auch bei der erneuten Vernehmung von H.Schäfer – nicht zu verwechseln mit Herrn Richter Schäfer – am 3.5.77 zeigte sich, daß der ‚Kronzeuge' erhebliche Gedächtnislücken hatte. So konnte er sich nicht erinnern, ob ihm Straffreiheit zugesichert wurde, wenn er aussage. Dann plötzlich erinnerte er sich, daß ihm ganz am Anfang seiner Haft, als er die Kronzeugen-Offerte erhielt, auch Straffreiheit zugesichert worden war. Diese sogenannten Gedächtnislücken hatte er insgesamt 19 mal.

Rechtsanwalt Pfaff beantragte, den Zeugen nicht mehr zu vernehmen, da für ihn ein Vernehmungsverbot bestünde. Alle Versprechungen, die ihm im Zusammenhang mit der Offerte gemacht worden seien, wären auch eingelöst worden. Der Rechtsanwalt wies auf die Eigenartigkeit hin, daß dem Zeugen von der Polizei ein Rechtsvertreter ‚gestellt' wurde. So konnte dieser Rechtsanwalt – Herr Huth – seinen Mandanten ohne Prozeßvollmacht ungehindert im Knast besuchen.

Dieser Antrag auf Vernehmungsverbot wurde natürlich vom Gericht abgelehnt; und die Vernehmung ging weiter.

Der Vositzende Richter Schäfer kam dann auf die sogenannte kriminelle Vereinigung zu sprechen: „Erzählen Sie doch mal, welches Ziel und welchen Zweck diese Vereinigung verfolgt hatte. Welcher Art waren die politischen Vorstellungen? "

Die Gedächtnislücke des Zeugen wurde zu einem Gedächtnisschwund – ab jetzt schwieg H. Schäfer konsequent. Der Richter versuchte es von freundlich bis verärgert: „Haben Sie Angst? " – „Warum reden Sie nicht, wissen Sie nichts mehr? " Zwischenzeitlich forderte Rechtsanwalt Pfaff das Gericht auf, seinen abgelehnten Antrag nochmals zu überprüfen.

Das Schweigen von H.Schäfer zog sich über endlose Minuten hin. Dann sah auch das Gericht ein, daß man so nicht weiterkommt. Es wurde eine Pause angeordnet, in der sich ein Arzt um Schäfer kümmern sollte. Der Kronzeuge fiel sogleich in Ohnmacht. Die Hektik im Gerichtssaal spiegelte sich in Richter Schäfers Ausruf wider: „Das habe ich in meiner langjährigen Praxis noch nie erlebt!" Und ein anderer Richter: „Verhandeln wir hier nur mit Schwerkranken? "

Schäfer wurde sofort in ein – laut FAZ vom 4.5.77 ungenanntes – Krankenhaus gebracht. In einem kurzen Disput zwischen Rechtsanwalt und Staatsanwalt bemerkte angewidert ein Anwalt: „Das sei ja wohl das Ergebnis der Ermittlungsarbeit." Und der Staatsanwalt konterte hilflos: „Er verbitte sich das." Dieser Einlage applaudierten wir stürmisch.

Die Verhandlung wurde abgebrochen, da unklar ist, ob der Kronzeuge nächste Woche noch einen Auftritt haben wird, wurden vorsorglich neue Zeugen geladen, deren Darbietungen am: **Dienstag, den 10.Mai 77, 9.15 Uhr; Landgericht Gebäude A, Saal 146** gewürdigt werden können.

PROZESS GEGEN K.-H. ROTH UND ROLAND OTTO

KÖLN
29. April

31. Prozeßtag, am 25. April

Draber eröffnete die Sitzung, indem er ankündigte, er werde am heutigen Verhandlungstag die Sachverständigen hören. Als er von der Verteidigung gefragt wurde, wie er dazu käme und nicht in der Reihenfolge seines Ladungsplanes fortfahre, antwortete Draber, in seinem Ladungsplan seien die Sachverständigen für heute geladen worden, und er könne nicht verstehen, was die Verteidiger zu kritisieren habe. Verteidiger Niepel begründete dann nochmals ausführlich, daß es seit drei Monaten, seit Beginn der Hauptverhandlung, Praxis dieses Gerichts gewesen sei, die Zeugen, die am letzten Verhandlungstag nicht mehr vernommen werden konnten, für den darauffolgenden Verhandlungstag zu laden und für die Verteidigung kein Anlaß bestanden habe, davon auszugehen, daß der Vorsitzende auf einmal von seiner Regelung abweicht. Insofern habe sich die Verteidigung nicht auf die Befragung der Sachverständigen vorbereitet.

Als Draber daraufhin meinte, dies sei unerheblich, kündigte die Verteidigung für nachmittags einen Befangenheitsantrag an, der wie folgt begründet wurde: Die Verteidigung habe erklärt, daß für den Fall, daß die Gutachter vernommen werden sollten, eine ausreichende Verteidigung nicht gewährleistet sei. Mit seiner Feststellung, dies sei für den Fortgang der Hauptverhandlung unerheblich, habe das Gericht seine Befangenheit erneut unter Beweis gestellt. Der Staatsanwalt hielt diesen Befangenheitsantrag für unzulässig, und das Gericht konnte sich zu einer Entscheidung bis zur Unterbrechung der Hauptverhandlung nicht durchringen und kündigte den Beschluß für Mittwochmorgen an.

32. Prozeßtag, am 27. April

Zu Beginn verlaß Draber den Gerichtsbeschluß, der die am Montag gestellten Befangenheitsanträge für unzulässig erklärte, da es der Verteidigung nur darauf ankäme, mit unsinnigen Anträgen das Verfahren zu verzögern. Danach wurde als Sachverständiger der Leiter der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Holweide vernommen. In dieses Krankenhaus war Karl-Heinz Roth nach der Schießerei eingeliefert worden. Er schilderte die Schußverletzungen Roth's, so wie sie seine Oberärzte an diesem Tag festgestellt hätten. Am Anfang sei das wichtigste gewesen, die durch den Lungendurchschuß und den Schock ausgelösten lebensgefährlichen Komplikationen zu beseitigen. Dabei habe man auch den Magen-Darmdurchschuß festgestellt, diesen jedoch erst Stunden später behandelt. Diese Maßnahmen seien nie von ihm selber, sondern von seinen Oberärzten veranlaßt worden.

Von Karl-Heinz Roth auf sein Krankenblatt angesprochen erklärte sich Prof. Dr. Richter bereit, dies Roth zu übergeben, so daß damit zum erstenmal nach zwei Jahren gewährleistet ist, daß sich Roth selber über die an ihm vorgenommenen Operationen informiert, was ja nicht unerheblich für seinen heutigen Zustand ist. Als zweiter Sachverständiger wurde Herr Warnke vom BKA vernommen, der im wesentlichen sein Gutachten referierte, in dem festgestellt wird, daß aus den Waffen von Karl-Heinz Roth und Roland Otto nicht geschossen wurde und daß auch mit beiden Waffen sonst keine Straftaten verübt wurden.

33. Prozeßtag, am 29. April

Zu Beginn wurde der Polizeibeamte Feldkamp vernommen. Dieser berichtete, daß er während der Schießerei bei der Anwohnerin gewesen sei, die die Polizei verständigt und er insofern von der eigentlichen Schießerei nichts mitbekommen habe. Er bestätigte jedoch, daß dann später, als er zum Parkplatz zurückgekommen sei, seine Kollegen davon gesprochen hätten, daß es sich bei den Tätern um „anarchistische Gewalttäter" gehandelt habe. Anschließend gab Draber ein Fernschreiben des Innenministers des Landes NRW bekannt, in dem erklärt wurde, daß das vom Gericht angeforderte Fernschreiben, das den Polizeibeamten der Funkleitstelle vor ihrer Vernehmung gezeigt worden war, nicht ausgehändigt werde, da sonst das Wohl des Landes NRW beeinträchtigt sei. Die Verteidigung beantragte daraufhin eine Unterbrechung, die ihr gewährt wurde.

Nach der Mittagpause gab Verteidiger Hannover eine Erklärung ab, in der er auf die Ungeheuerlichkeit dieses Vorfalls hinwies, das Gericht aufforderte, alle nur möglichen Schritte zu unternehmen, dieses Schreiben, das Aufschlüsse über die Schußabfolge am 9. 5. 1975 und über die Frage geben soll, ob die Beamten vor der Schießerei bereits wußten, daß zwei der überprüften Personen im Computer als Terroristen geführt wurden, zu beschaffen. Hilfsweise stellte die Verteidigung den Antrag, den Innenminister des Landes NRW zu der Frage zu hören, daß dieses Fernschreiben keine Inhalte enthalte, die das Wohl des Landes NRW gefährden. Die Staatsanwaltschaft hielt beide Anträge für unzulässig.

Anschließend wurde der Zeuge Jakobs vernommen. Er ist der Kriminalbeamte der Kölner Polizei, der noch am Tatort die Waffen untersuchte und die Patronen und Hülsen sicherstellte. Seine Vernehmung drehte sich im wesentlichen um die Frage, was oder wer ihn noch in der Nacht der Schießerei veranlaßt habe, in seinem Bericht die Angeklagten als anarchistische Gewalttäter zu bezeichnen. Er erklärte, zum einen handele es sich bei diesem Begriff um eine kriminalistische Kategorie, die heute so üblich sei, und zum zweiten erstrecke sich seine Aussagegenehmigung nicht auf die Frage, wer ihm dies gesagt habe.

Zum Schluß der Verhandlung wurde der Leiter der Kölner Mordkommission vernommen. Als er darauf angesprochen wurde, daß er in seinem Zwischenbericht zwei Wochen nach der Schießerei geschrieben habe, Werner Sauber sei um 2.35 Uhr im Krankenwagen auf dem Weg ins Krankenhaus gestorben – also 70 Minuten nach der Schießerei oder 61 Minuten, nachdem der erste Krankenwagen am Tatort gewesen sei – antwortete er, dies sei ihm bis jetzt nicht aufgefallen. Als die Verteidigung vorhielt, der Totenschein Werner Saubers sei auf 1.20 Uhr ausgestellt – also 5 Minuten vor der Auseinandersetzung – meinte er, dies sei ihm nicht aufgefallen, obwohl er vorher erklärt hatte, beim Abfassen seines Zwischenberichtes habe er eben jenen Totenschein zugrunde gelegt. Auch die Frage, woher er denn nun seine Informationen über den Todeszeitpunkt und den Todesort Werner Saubers bezogen habe, konnte Rübesahm nicht beantworten. Das Gericht erklärte eine Frage Hannovers, ob Rübesahm denn ein Ermittlungsverfahren gegen Roth eingeleitet hätte, wenn dieser einen Polizeibeamten 70 Minuten für 8 km zur nächsten Klinik transportiert hätte, für nicht zulässig!!!!!!!!

Das Unterstützungsbüro wird die Prozeßberichte in Zukunft immer wöchentlich rausgeben, da unsere finanziellen Möglichkeiten nur dies noch zulassen und wir in der augenblicklichen Phase des Prozesses (Gutachter und Sachverständige) auch kaum die Relevanz einer täglichen Berichterstattung erkennen können. Wir weisen nochmals auf unser Spendenkonto hin und sind auch gerne bereit, Journalisten für die von uns verschickten Berichte Quittungen auszustellen, wenn dann eine Bezahlung möglich ist.

Spendenkonten: Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 50 198)
W. Hippe, Konto-Nr. 1051 03287
Postscheckamt Köln (BLZ 370 100 50)
W. Hippe, Sonderkonto Nr. 135816-508

"ANSCHLAG" AUF KNASTARZT

BOCHUM 1. Mai — Aus unbekannter Quelle ging uns die folgende Erklärung zu: „Der Gefängnisarzt der Bochumer Krümmede, Dr. Hoffmann hat jetzt endlich auch sein Fett !. Hoffmann ist dafür verantwortlich, daß der Gesundheitszustand von Karl-Heinz Roth sich, während er im Bochumer Knast war, zunehmend verschlechterte. Hoffmann behauptete, Roth simuliere und unternahm nichts, um dem schließlich mehr toten als lebendigen K.H. Roth zu helfen. Er hatte wohl vor, ihn schlicht krepieren zu lassen. – Andere politische Gefangene, die seiner „ärztlichen Fürsorge" unterlagen, ließ er seine Macht darüber, ihren Gesundheitszustand zu verändern, genauso spüren.

Der Morgen des 1. Mai 77 wird Hoffmann allerdings noch ein Weilchen im Gedächtnis bleiben. Sein hübsches weißes Reihenhäusschen, weist seither an der Hauswand die Parole auf: Freiheit für Karl-Heinz Roth. Auch die aufgeschlitzten Reifen seines Autos sowie die daraufgesprühte Parole: Weg mit § 129a und das Ⓐ auf dem Kühler werden ihm wohl hoffentlich nicht nur den 1. Mai-Sonntag vergällt haben. FREIHEIT FÜR KARL-HEINZ ROTH ! ! "

JUSTIZ UND POLIZEI AUF DER SUCHE NACH KOMMUNIKATION!

LÖRRACH 4. Mai — Nachfolgend ein Bericht über Repression in der Provinz:

„Am 27.4. wurden Mitglieder des „Vereins zur Förderung der Kommunikation e.V." in Lörrach von Hausdurchsuchungen überrascht, die sich sowohl auf die Vereinsräumlichkeiten als auch auf die privaten Räume einiger Mitglieder des Vereins erstreckten. Der Verein, durch seine Zielsetzung ein Forum der Kommunikation, auch der politischen, war den Lörracher verantwortlichen Stellen schon seit seiner Gründung ein Dorn im Auge, hatten nun doch endlich auch oppositionelle oder auch nur besorgte Bürger und Jugendliche die Möglichkeit sich zu treffen, zusammenzuarbeiten. Ein Einbruch im Hotzenwald bei St. Blasien, der in der Nacht vom 25.4. zum 26.4. geschah, diente dann zur Begründung der Durchsuchung. Zwei Personen, die angeblich Pläne für ein Pumpspeicherwerk entwendet haben sollen, verkehren in diesem Kommunikationszentrum. So heißt es dann auch im Durchsuchungsbefehl: 'Hinsichtlich der übrigen Räumlichkeiten handelt es sich um Wohnungen von Personen, die im Verdacht stehen, gemeinsam mit den Beschuldigten einer Gruppe mit politischer Zielsetzung anzugehören, die die entwendeten Gegenstände zur politischen Agitation zu verwenden beabsichtigt. Hinsichtlich der Räume des „Vereins zur Förderung der Kommunikation" besteht der Verdacht, daß sie ebenfalls zur Vorbereitung derartiger Maßnahmen Verwendung finden!'.

Eine Initiativgruppe, die gegen die Energielandschaft Hotzenwald kämpft, wird in Verbindung mit dem Diebstahl der Pläne gebracht, mit dieser wiederum die zwei verdächtigten Personen, mit deren Person wiederum das Kommunikationszentrum. Die zwei Verdächtigten sind jedoch weder Mitglieder der Geho (Gegener einer Energielandschaft Hotzenwald), noch

sind sie aktive Mitglieder des Kommunikationszentrums. Für die Behörden reichte allein die Tatsache aus, daß die Verdächtigten in den Lokalitäten des Kommunikationszentrums verkehrten. Diese doch wohl an den Haaren herbeigezogene Begründung für eine Hausdurchsuchung ist allein schon Hinweis für die beabsichtigte Repression gegen das Kommunikationszentrum und dessen Mitglieder.

Eindeutig jedoch wird die Sache, betrachtet man die Liste der von Hausdurchsuchungen betroffenen Mitglieder. Keines gehört der Geho an, jedes aber ist durch politisches Engagement aufgefallen, sei es im Rahmen der Lörracher Schülerzeitschrift MAGNET, im Rahmen des Umweltschutzes oder im Rahmen sozialer Fragestellung. In einem Fall genügte als Begründung die Mitgliedschaft im Kommunikationszentrum, die Polizisten hatten die Adresse gefunden und notiert.

Um die Absicht der Repression und Einschüchterung zu enthüllen, wurden Gespräche mit den zuständigen Staatsanwälten in Lörrach und in Waldshut, federführende Instanz für das Delikt Diebstahl, geführt. Der leitende Oberstaatsanwalt in Waldshut nannte als Begründung für die Lörracher Durchsuchungen „Querverbindungen zur Geho". Schließlich suche man die Pläne und es sei „naheliegend, in der Geschäftsstelle nachzusehen". Woher weiß der Staatsanwalt in Waldshut von der „politischen Szene" in Lörrach? Doch nur vom Herrn leitenden Staatsanwalt in Lörrach, der in eifriger Amtshilfe und Kollegialität hier einsprang.

Endlich konnte er mal im Kommunikationszentrum nachsehen, schnüffeln und sicherstellen. Der Waldshuter Staatsanwalt wies in einem Telefongespräch darauf hin, daß er nur das Offizialdelikt Diebstahl verfolge, alles andere, auch die Durchsuchung, ginge von Lörrach aus.

Lörrachs Staatsanwaltschaft stellte einen Aufkleber „Gegen die Energielandschaft Hotzenwald", ein drei Jahre altes „Anarchistisches badisches Bulletin", einen „Gewaltfreie Aktion" und ein Exemplar der Schülerzeitung „Magnet II. 77" sicher. Interessant in diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß sechs von acht Durchsuchungen Mitgliedern der Redaktion des "Magnet" galten. Auch das ist wieder ein Hinweis dafür, daß Lörrachs Staatsanwaltschaft den Diebstahl im Hotzenwald als Vorwand ausgenutzt hat, um in Lörrach mal nachzusehen, die politisch bewußten Kräfte zu schikanieren und zu kriminalisieren."

DISSIDENTENBEWACHUNG IN MÜNCHEN

MÜNCHEN
Mai 1977

„Der Staat schützt seine Bürger vor dem Terrorismus — von Kohl noch gefordert, in Bayern bereits Wirklichkeit: seit letzten Donnerstag (28. April) schützt die Münchner Polizei mit ihren schmucken Bussen die Bewohner und Besucher vieler Münchner Wohngemeinschaften. Da stehen sie nun in ihren weißen Autos mit der grünen Taille und sorgen sich um uns. Bleichwangig, mit rotgeränderten Augen fragen sie Tag und Nacht die, die aus der Haustür treten, aus welchem Hause sie treten und ob sie die seien, die sie vorgeben zu sein. Verwundert geben wir auch nach einer knappen Woche noch die ersehnten Antworten, in der Hoffnung, daß die Hüter von Ordnung und Sicherheit von ihrem weisen Zentralcomputer doch bald aus ihrer Langeweile erlöst werden. Über Nacht sind wir aus dem Status des „mit Terroristen sympathisierenden intellektuellen Umfelds" — so SPD-Kanzler Schmidt — durch die CSU zu beschützten Bürgern geworden. Wer würde dies als Provokation auffassen? Wir nicht! Die Ausdauer und Fürsorge der Polizei muß aber bald belohnt werden. Denkt euch wie wir Belohnungen aus! Friede den Hütten — Kampf den Palästen!
Massenhaft Betroffene aus München"

DOKUMENTATION: „HUMANER STRAFVOLLZUG"

HAMBURG
3.Mai

Das „Medienzentrum Fuhlsbüttel" in Hamburg hat eine Dokumentation über die Zustände in der JVA II Fuhlsbüttel („Santa Fu") herausgegeben. Über sich und die Dokumentation schreiben die Herausgeber im Vorwort:
„Wir sind eine Arbeitsgruppe im Medienzentrum Fuhlsbüttel e.V., die es sich zur Aufgabe gemacht hat, für die im Grundgesetz garantierten Rechte gefangener Menschen einzutreten. Diese Dokumentation soll aufzeigen, wie es in Wirklichkeit um den „humanen Strafvollzug" bestellt ist. Als die beiden Insassen der Justizvollzugsanstalt II in Hamburg-Fuhlsbüttel Heinz-Detlef Krieger und Hans Rohrmoser, im Februar 1976 aus Protest gegen die bestehenden Haftbedingungen „Selbst"-mord begingen, wollten sie die Öffentlichkeit alarmieren und die Gefangenen zum Widerstand gegen die Unmenschlichkeit auffordern.

Wir wollen den manipulierten Presseberichten mit Tatsachen und Fakten massiv entgegentreten, um zu beweisen, daß der Strafvollzug in der BRD eine systematische Vernichtung von Menschen bedeutet."

Zu beziehen ist die Dokumentation gegen Vorauskasse von DM 5.- auf das **Konto Hamburger Sparkasse 1057 / 210054, Medienz. Fuhlsbüttel, Stichwort: GEFANGENENSELBSTINITIATIVE oder gegen Zusendung von DM 5.- in Briefmarken beim MEDIENZENTRUM FUHLSBÜTTEL, Fuhlsbütteler Damm 93, 2 Hamburg 63**

VERANSTALTUNGSREIHE „JUSTIZ — KNAST — WIDERSTAND"

AACHEN
4. Mai

In der Woche vom 9.5. - 13.5. finden in Aachen drei Veranstaltungen zu Justizterror und Gefangenenwiderstand statt. Sie sollen u.a. über den Hungerstreik informieren und anhand exemplarischer Fälle die Praktiken der (politischen) Strafverfolgung in der BRD aufzeigen, um damit mal vor allem in Aachen — wo hierzu wenig läuft — eine Basis für solidarische Aktionen zu schaffen.

Am Mo., den 9.5.: Zum Prozeß in Köln gegen Otto — Roth. Mit Armin Golzem, RA und Verteidiger. Und: Videofilm zum Widerstand im Frauenknast Gotteszell (+ Bericht einer Beteiligten)

Am Mi., 11.5.: ATTICA, Dokumentarfilm zum Gefangenenaufstand 1971 im Attica-State-Prison, N.Y.

Am Fr., 13.5.: Die „Linken" und die Gefangenen. Zur Geschichte und zur Methode der Kriminalisierung des GEFANGENENRAT FFM' Mit: Helmut Riedel, RA•FFM und Mitgliedern des GR.
Hier soll auch schwerpunktmäßig auf den Hungerstreik von W.Schlegel für Informationsfreiheit in den Knästen eingegangen werden. (s.ID 175)

Initiativgruppe Gefängnisinformation Aachen."

RAF ZU COUNTERINSURGENCY UND ABHÖRAKTIONEN

STAMMHEIM
April 1977

Kurz vor Ende des Prozesses in Stammheim haben die Gefangenen noch einige Prozeßerklärungen abgegeben. Sie haben — wie meist in diesem Prozeß — die Form eines Antrags, weil, wie sie schreiben, „es sonst nicht möglich gewesen wäre, im Prozeß auch nur einen Satz zu sagen." Die Entscheidung, diese — wie auch andere — Anträge abzudrucken, ist mehr eine Notlösung. Die Gefangenen selbst hatten die Berichterstattung über den Prozeß im ID schon frühzeitig abgelehnt (siehe ID 93); die Anwälte sahen sich nicht in der Lage, für eine kontinuierliche Berichterstattung zu sorgen. Anders als im Otto/Sauber/Roth-Prozeß existierte keine Gruppe, die sich um Öffentlichkeit für diesen Prozeß kümmerte. So blieb nichts, als das uns zugänglich gemachte Material zusammenhanglos zu dem Zeitpunkt abzudrucken, zu dem es uns erreichte. Insofern haben die im folgenden abgedruckten Anträge als Beweisanträge keinerlei Aktualität, wohl aber als Dokument über die Inhalte der RAF-Politik.

„Zur Counterinsurgency

Wir beantragen — übrigens zum ersten Mal — Brandt und Schmidt als Regierungschefs der Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher zu laden zum Beweis, daß

1. die RAF seit 1972 nach einer verfassungswidrigen und verfassungsfeindlichen Konzeption der antisubversiven Kriegsführung verfolgt wird, die technisch, methodisch und organisatorisch dem internationalen Standard der amerikanischen Counterinsurgency entspricht und die

a) die repressive und manipulative 'Immunisierung' (Brandt) der Gesellschaft gegen antikapitalistische Fundamentalopposition bezweckt und die

b) durch eine komplexe Strategie politischer, wirtschaftlicher, militärpolitischer und juristischer Initiativen auf die Integration der Apparate der 'inneren und äußeren Sicherheit' und der staatlichen Datenverarbeitungssysteme der Nato zielt, um die permanente Einmischung der amerikanischen Außenpolitik in die inneren Angelegenheiten der westeuropäischen Länder zu institutionalisieren, die

c) unmittelbar den Zweck hat, die kommunistischen und radikaldemokratischen Widerstandsgruppen zu neutralisieren und zu vernichten, die sich seit dem Zerfall der legalen Vietnamopposition clandestin organisiert und bewaffnet haben, um gegen die amerikanische Strategie gegenüber dem Süden, dem Osten und den Arbeitern Westeuropas, die die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik direkt bestimmt, zu kämpfen.

2. über Counterinsurgency Beratungen mit amerikanischen Regierungsstellen stattgefunden haben und daß in die Entscheidungsabläufe der antisubversiven Aktion
— der Stab des Oberkommandierenden der US-Armee in der Bundesrepublik,
— amerikanische Regierungspolitiker, Diplomaten und Geheimdienstbeamte,
— das NATO-Generalsekretariat in Brüssel und
— das Action Commitee der NATO (AC - 46), in das seit 1971/72 die Führungsebene der Nachrichtendienste der Bundesrepublik integriert ist, und
— das PSV-Referat in der Stabsabteilung III des Führungsstabs der Streitkräfte (FÜS) einbezogen waren; daß

3. amerikanische Spezialeinheiten für Counterinsurgency in der Bundesrepublik operieren, unter anderem die offiziell seit August 1975 als Marineattaches der US-Botschaft in Bad Godesberg zugeteilten Spezialisten für 'Gegenaktionen, z.B. Entführungen', daß

4. über Counterinsurgency im europäischen Rat, in der europäischen Innen- und Justizministerkonferenz und den entsprechenden politischen und militärischen Gremien der NATO ein Konsens hergestellt wurde, an dessen Zustandekommen die Bundesrepublik initiativ beteiligt war; daß

5. a. im Rahmen der Konzeption der antisubversiven Aktion auf Initiative der amerikanischen Regierung und Armee über die Bundesrepublik zuerst bilateral gegenüber westeuropäischen Staaten, dann innerhalb der militärischen und politischen europäischen Metaorganismen - der NATO und der EG - durchgesetzt wurde, Spezialeinheiten aufzustellen, die nach einer einheitlichen Doktrin und nach einheitlichen taktischen und strategischen Gesichtspunkten eingesetzt werden und daß

b. in der Bundesrepublik die Antiterroreinheiten - GSG 9, MEK's, in Baden-Württemberg die OEG's, u.s.w. - und die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bundespolizei in Zusammenarbeit mit amerikanischen Dienststellen konzipiert wurden; daß

6. leitende und ausführende Angehörige dieser Einheiten an amerikanischen Special Warfare Schulen in den USA von der Armee und Geheimdiensten in Strategie und Taktik der antisubversiven Kriegsführung ausgebildet worden sind und daß sie dort in der Anwendung von Techniken der psychologischen Kampfführung geschult wurden, zu denen wissenschaftlich entwickelte Methoden der Manipulation von Massenkommunikation und Meinungsbildung gehören; daß

7. im Rahmen der antisubversiven Aktion Kampagnen in den Massenmedien nach den Strategien der psychologischen Kriegsführung zentral beschlossen und gesteuert werden und das Falschmeldungen wie

a. die RAF hätte geplant, in der Stuttgarter Innenstadt drei Bomben zu zünden (Juni 72)

b. die RAF hätte geplant, während der Fußballweltmeisterschaft Raketenangriffe auf besetzte Fußballstadien durchzuführen (Sommer 74)

c. die RAF hätte geplant, das Trinkwasser einer Großstadt zu vergiften (Sommer 74)

d. die RAF hätte Senfgas gestohlen und geplant, das Gas einzusetzen (Sommer 75)

e. das Kommando Holger Meins hätte das Botschaftsgebäude in Stockholm selbst gesprengt (April 75)

f. es gäbe 'Spannungen' innerhalb der Gruppe der Angeklagten (Feb. 72, und seit Ulrike Meinhofs Tod)

g. die RAF hätte einen Überfall auf einen Kinderspielplatz und die Geiselnahme von Kindern geplant (März 77)

h. die RAF hätte Angriffe auf Kernkraftwerke und den Einsatz nuklearer, chemischer und bakteriologischer Waffen geplant (seit Januar 76)

i. die RAF hätte geplant, den Bodensee mit atomarem Müll zu verseuchen (September 75)
und Provokationen von Nachrichtendiensten wie

j. Sprengstoffanschläge auf Hauptbahnhöfe (Bremen Dez. 74, Hamburg September 75, Nürnberg, Augsburg, München, Köln)

k. Sprengstoff- bzw. Brandanschläge auf die gerichtlich bestellten Zwangsverteidiger Langner in Hamburg (19. Juni 76), Peters in Düsseldorf (16.2.77); auf Langner, um Margit Schillers Aussage gegen den Kronzeugen Müller unmittelbar vor dessen Auftritt in Stammheim zu neutralisieren; auf Peters, um die entscheidenden Beweisanträge der Verteidigung in Düsseldorf zu diskreditieren und als Funktion der exemplarischen Hetzkampagne gegen Croissant;

im Zusammenhang der Fahndung und der Prozesse initiiert worden sind,
um

'diese Gruppen völlig zu entsolidarisieren, sie von all dem zu isolieren, was es sonst an radikalen Meinungen in diesem Lande auch geben mag. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben.'
(Ehmke, als Chef des Kanzleramts Koordinator der Geheimdienste, Bundestag, 7.6.72)

'den Sumpf aus(zu)trocknen - und ich sage es ganz hart - aus dem die Blüten der Baader-Meinhof-Bande emporgestiegen sind.'
(Kohl, Fernsehinterview, 25.4.75)

'. . . eine scharfe, unzweideutige, klare Trennung zwischen den Mitgliedern dieser Bande und der gesamten übrigen Bevölkerung . . . .' zu ziehen.
(Carstens, am 25.4.75 im Bundestag)

'es kommt - ich spreche es aus - auf Infiltration in die Sympathisantengruppen hinein an.'
(Schmidt, Regierungserklärung 13.3.75)

'Aktionen gegen die RAF müssen immer so abgewickelt werden, daß Sympathisantenpositonen a bgedrückt werden.'
(Herold, Chef des BKA während der Innenministerkonferenz, Januar 72)

'die Nervenknoten des Gegners heraus(zu)isolieren und sie dann gezielt mit Maßnahmen an(zu)gehen, sie (zu) paralysieren, (zu) neutralisieren.'
'Herold, Hessenforum, Mai 1975)

und daß

1. Planung und Einsatz dieser Kampagnen den im ISC-Report vom Mai 1975 für den Natobereich festgestellten Richtlinien zur 'Entsolidarisierung, Isolation und Eliminierung' der illegalen Gruppen entspricht.

8. daß innerhalb der antisubversiven Aktion die Justiz nicht nach ihrem im Grundgesetz postulierten Auftrag eingesetzt wird, nicht dritte Gewalt und unabhängig ist, sondern als ein geschlossener Instanenzug handelt, der den Direktiven der Regierung unmittelbar unterliegt und über ein Netz von Sondergerichten und besonderen Abteilungen bei den Staatsanwaltschaften, an deren Aufbau, Personalführung und Indoktrination der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt unmittelbar beteiligt sind, einer umfassenden Planung im Rahmen der Counterinsurgency unterliegt,
daß

9. zu diesem Zweck

a. in der Justizpressekonferenz Karlsruhe ein Netz von Staatsschutzjournalisten institutionalisiert wurde, das die Funktion hat, die Rezeption der Prozesse über eine homogene Berichterstattung zu steuern und

b. versucht wurde, über die Chefredakteurskonferenz die Prozeßberichterstattung nach der Direktive des Generalbundesanwalts, 'daß die Journalisten sich darauf beschränken, Mittler sein zu wollen, zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Bevölkerung'
(Buback in Kennzeichen D, 6.5.75)
zu strukturieren; daß

10. die Vorverurteilung der Gefangenen durch gezielte Falschmeldungen, Indiskretionen, lancierte Gerüchte und die Veröffentlichung von Prozeßakten nach Methoden der psychologischen Kampfführung vorbereitet und gesteuert wurde, daß zu diesem Zweck

11. die Erhebung der Anklage 3 1/2 Jahre verschleppt und das Verfahren gegen die RAF in einzelne Prozesse aufgespalten worden ist, die nach politisch propagandistischen Gesichtspunkten terminiert wurden, und daß

12. in einer koordinierten Maßnahme

a. ein Gesetz zum Ausschluß von Verteidigern, zur Beschränkung der Zahl der Verteidiger auf drei und zum Verbot der Kollektivverteidigung verabschiedet wurde,

b. der Ausschluß Croissants, Groenewolds und Ströbeles aus dem Stammheimer Prozeß von der Bundesanwaltschaft zum 'taktisch günstigsten Zeitpunkt' (Buback) veranlaßt und durchgesetzt wurde,

c. durch eine gezielte Personalpolitik die Ehrengerichte der Anwaltskammern in Hamburg und Frankfurt neu besetzt wurden,

d. Zwangsverteidiger bestellt wurden, an deren Auswahl die Anklagebehörde z.T. unmittelbar beteiligt war,

um eine effektive oder auch nur auf den Prozeß vorbereitete Verteidigung zu verhindern,
und daß

e. Gespräche zwischen Vertrauensverteidigern und Angeklagten und die Kanzleien, Wohnungen und Telefone der Anwälte abgehört worden sind,
um Initiativen der Verteidigung innerhalb und außerhalb des Prozesses unterlaufen zu können und daß nach den Erkenntnissen der abgehörten Gespräche
1. Zeugenaussagen beeinflußt bzw. Entlastungszeugen aus dem Prozeß ferngehalten wurden (Müller, Schiller) und
2. Freunde, Bekannte und Angestellte von Rechtsanwälten von Nachrichtendiensten angesprochen wurden um sie anzuwerben (Wolfgang Pfeiffer, Matascha Zerrer, Ingrid Doctors)
und daß

f. Croissant und Ströbele gezielt verhaftet wurden, um eine Reihe internationaler Pressekonferenzen zu verhindern, die sie organisiert hatten, um die Öffentlichkeit der westeuropäischen Staaten über die Staatsschutzprozesse in der Bundesrepublik und die Verantwortlichkeit der Bundesanwaltschaft für den Tod von Holger Meins und Siegfried Hausner zu informieren,
daß

13. infolge der Beweisnot im Stammheimer Verfahren auf Initiative des Bundeskriminalamts ein Kronzeugengesetz nach Müllers Bedingungen projektiert wurde, das erst mit der Einsicht des Generalbundesanwalts, daß im Rahmen der Staatsschutzjustiz keine Notwendigkeit für eine gesetzliche Regelung besteht, weil es einfacher schien, mit Hilfe nachrichtendienstlicher Mittel ungesetzlich Kronzeugen zu produzieren, wieder verworfen wurde,
daß

14. auf Weisung des Generalbundesanwalts dem Hamburger Gericht die Akte über das Geständnis Müllers vorenthalten und von Bundesjustizminister Vogel mit einem Sperrvermerk versehen wurde, um einen Freispruch Müllers von der

Anklage des Mordes, den er zur Bedingung seiner Aussage in Stammheim gemacht hatte, zu ermöglichen,
daß

15. die Bundesanwaltschaft als die Schaltstelle, die die justiziell - öffentliche Verwertung nachrichtendienstlicher Aktionen mit der Regierungspolitik koordiniert, über die Abhöraktion und ihre wesentlichen Ergebnisse von Anfang an informiert war, und zwar

   a. unmittelbar durch die Berichte des Bundesnachrichtendienstes und des Verfassungsschutz,

   b. durch die Informationspflicht des Bundeskriminalamts, demgegenüber eine Informationspflicht der Landeskriminalämter besteht,

   c. über die Lagebesprechung, die monatlich zwischen dem Generalbundesanwalt und den Leitern der drei westdeutschen Nachrichtendienste stattfindet.

16. im Rahmen der Fahndung und der Vorbereitung öffentlicher Hauptverhandlungen

   a. Gefangene zur Informationsbeschaffung Methoden der psychischen, pharmakologischen und physischen Aussageerpressung unterworfen wurden, daß

   b. Programme der sensorischen Deprivation, der Isolation, der Gruppenisolation, der Streßmanipulation mit dem Ziel eingesetzt wurden, die Angeklagten psychisch und intelektuell zu brechen, daß

   c. diese Programme durch eine vollständige Überwachung jeder Lebensäußerung und aller Kontakte der Gefangenen innerhalb ihrer Zellen, in den Anwalts- und Besuchszellen, aber auch in den Käfigen, in denen sie sich im Freien bewegen können, von Psychiatern und besonders ausgebildeten Staatsschutzbeamten gesteuert und ausgewertet wurden und daß die Konzeption, Auswertung und Weiterentwicklung dieser Programme mit wissenschaftlichen Forschungsprojekten - wie z.B. des Sonderforschungsbereichs 14 der Universität in Hamburg-Eppendorf - abgestimmt wird, daß

   d. beispielsweise die Unterbringung von Ulrike Meinhof und später Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin im Toten Trakt in Köln-Ossendorf von einem Forschungsprojekt an der Hamburger Universitätsklinik begleitet wurde ('Projekt A8 : soziale Interaktion in einer modellhaften inkompatiblen Gruppensituation unter besonderer Berücksichtigung der Aggressivität'), in dem die Lebens- und Interaktionsbedingungen der beiden Gefangenen exakt simuliert wurden,
   daß

   e. im besonderen Ulrike Meinhof wegen ihrer Orientierungsfunktion innerhalb der außerparlamentarischen Opposition seit der Antiatombewegung und wegen ihrer Funktion innerhalb der Gruppe nach ihrer Verhaftung auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft 8 Monate im akustisch isolierten Trakt psychiatrischer Folter unterworfen wurde, um sie zu brechen und zu psychiatrisieren und daß ihr Bewußtsein, als dieses Projekt an ihrem Widerstand und ihren Anwälten scheiterte, durch eine stereotaktische Gehirnoperation zerstört werden sollte,
   daß

17. die Einführung des § 231 a, der es ermöglicht, in Zukunft die Hauptverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten nach einem nichtöffentlichen, sogenannten 'Anhörungstermin' durchzuführen, und
die Sondergesetze § 138 und § 146, die es ermöglichen, Verteidiger auf bloßen Verdacht hin auszuschließen, den Zweck haben, diese Methoden des Staatsschutz nicht öffentlich werden zu lassen; daß

18. Formulierungen wie
'das Äußerste dagegen unternehmen'
'bis an die Grenzen des Rechtsstaats'
'mit allen Mitteln'
'diese Gruppe zu tilgen'
'härtestes Durchgreifen des Staates, der sich in einer Verteidigungsposition nicht scheuen kann, selbst zu töten' (Schmidt, Regierungserklärung 13.3.1975)
die Entscheidung und den Konsens auf höchster Regierungsebene ausdrücken, innerhalb der antisubversiven Aktion Mitglieder illegaler Gruppen im In- und Ausland und Gefangene gezielt und verdeckt zu töten; und daß

19. der Tod von Ulrike Meinhof
Holger Meins
Siegfried Hausner und
Ullrich Wessel
eine Konsequenz dieser Entscheidung ist; daß

20. für die Dramaturgie des Todeszeitpunkts Ulrike Meinhofs maßgebend war,

   a. eine bevorstehende Kommandoaktion zur Befreiung der Stammheimer Gefangenen, über die die Nachrichtendienste informiert waren,

   b. der Austausch der Stammheimer Gefangenen, um den sich die DDR bemüht hatte,

   c. der Druckerstreik,

   d. die unmittelbar davor von den Gefangenen im Prozeß gestellten Beweisanträge und die Zeugenladungen der ehemaligen amerikanischen Geheimdienstmitglieder Agee, Peck, Osborne, Thomas, die
   — die begrenzte Souveränität der Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA,
   — die Durchdringung von Regierung, Parteien und Gewerkschaften durch amerikanische Geheimdienste und
   — die Rolle der Bundesrepublik im Rahmen der amerikanischen Globalstrategie im allgemeinen und im besonderen während des Vietnamkriegs zum Thema hatten,

daß

21. die Entscheidung, neben der gesamten über das BKA und die Sonderkommissionen zentral geführten Polizei, dem BGS, den Spezialeinheiten der Bundeswehr und den Medien auch die Justiz, Teile der amerikanischen Armee (Stgt. Ztg. 30.5.1972 und 3.6.1972 und Stgt. Nachr. 3.6.1972 und 5.6.1972), alle deutschen und amerikanischen Nachrichtendienste und 'alle', oder 'äußerste' nachrichtendienstliche Mittel im Rahmen von international organisierter Counterinsurgency einzusetzen und den Einsatz mit dem 'übergesetzlichen Notstand' zu rechtfertigen, die Maßnahmen der Regierung gegen die Gruppe als eine verdeckte, menschenrechtswidrige Kriegshandlung definiert, gegen die, weil in ihr die Verfassung der Bundesrepublik beseitigt ist, Widerstand legitim ist.

29.3.1977'

Die RAF zu den Abhör-Aktionen im nächsten ID

TERMIN FÜR ANTIFASCHISTEN

WITTLICH
Mai 77

Am 15. Mai findet in Wittlich/Eifel der NPD–Landesparteitag Rheinland-Pfalz statt. Beginn 9 Uhr, Hotel Kaienburg, Oberstr.

KONGRESS KRITISCHE PSYCHOLOGIE

MARBURG
24. April

Vom 13. bis 15. Mai 1977 findet in Marburg ein „Internationaler Kongress Kritische Psychologie" statt. Da Themenstellung und Anspruch der Veranstaltung auf eine alternative Psychologie und Gesellschaftsauffassung abzielen, ist mit weitgehendem Totschweigen in der bundesdeutschen Presse zu rechnen. Besonders aus den Niederlanden und aus Dänemark erfolgte bisher ein starkes Echo. Neben der Auseinandersetzung über „Kritische Psychologie" wird das Bestreben im Mittelpunkt stehen, den ausländischen Kongressteilnehmern einen Einblick in bundesdeutsche Repressionsgegenwart zu vermitteln.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, doch wird aus organisatorischen Gründen darum gebeten. Eine Kongressgebühr wird nicht erhoben, Geldspenden zur Unkostendeckung werden jedoch erbeten (PSchA Ffm. 356348–603, K.-H. Braun). Das Kongressbüro befindet sich im Auditoriengebäude der Philipps-Universität (Biegenstr. 10), wo auch die Veranstaltungen stattfinden. Auf den wichtigsten Zufahrtsstraßen im Stadtbereich finden sich Hinweisschilder mit der Aufschrift „Kongress". Für die Kongressteilnehmer sind bis zum 1. Mai ca. 300 Betten reserviert. Sie müssen beim Fremdenverkehrsamt (Am Markt) bestellt werden. Neben weiteren ca. 300 Schlafplätzen bei Marburger Studenten steht ein großräumiger Schlafsaal zur Verfügung. Weitere Informationen sind durch das Kongressbüro zu erhalten: Kongressbüro „Kritische Psychologie"
c/o Karl-Heinz Braun
Wilhelmstr. 2 a
3550 Marburg

LINKE BÜCHERLISTEN

MARBURG/
OLDENBURG
25. April

Der Buchladen Roter Stern Marburg und die Carl-von-Ossietzky-Buchhandlung Oldenburg haben (getrennt voneinander) den Versuch unternommen, linkes Sortiment inhaltlich systematischer und reflektierter als bisher zu gestalten (vielleicht gibt's da und dort ja noch ähnliche Projekte?). Es wurden thematisch gebundene Literaturlisten herausgegeben. Sie enthalten relevante ausgewählte Beiträge der undogmatischen Linken. Bürgerliche Standardwerke und greifbare und erschwingliche Quellentexte zum jeweiligen Thema wurden mitaufgenommen. Ferner sind DKP-orientierte Positionen miteingearbeitet. Das Ziel der Listen liegt irgendwo zwischen Hilfsmittel beim Einarbeiten in ein wissenschaftliches Themengebiet unter Berücksichtigung linker Literatur, Entscheidungshilfe beim Kauf und Aufbrechen häufig noch vorhandener Käufer-Verkäufer-Beziehung.

Die Carl-von-Ossietzky-Buchhandlung/Münzenberg–Buchversand (Bergstr. 1, 2900 Oldenburg) hat zwei Projekte in Angriff genommen. Einmal die PÄD–INFO–Liste. Das ist ein Informationsdienst, in dem aktuelle pädagogische Neuerscheinungen vorgestellt werden, ferner jeweils Bücher für ein Unterrichtsmodell zusammengestellt sind. Das erste PÄD–INFO ist bereits erschienen, das zweite kommt im Juni. Bestellungen kosten nichts, nur 30 Pfennig Rückporto (in Briefmarken) bitte beilegen. Das PÄD–INFO kann auch abbonniert werden.

Das zweite Oldenburger Projekt sind auf Einzelfragen beschränkte abgeschlossene Listen. Bisher sind 7 solcher Buchlisten erschienen.

1. Theorie und Praxis der Sozialdemokratie (137 Titel ohne Kommentierung, für 50 Pfennig Rückporto erhältlich)
2. Gewerkschaftsbewegung (vergriffen)
3. Antiimperialistischer Kampf in Lateinamerika (vergriffen)
4. Schüler, Schule, Unterricht (vergriffen)
5. Kritische Kinder-, Jugendbuchliteratur und Schallplatten (vergriffen)
6. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft (150 weitgehend kommentierte Titel, im wesentlichen Neuerscheinungen seit Mitte der 60er Jahre, erhältlich gegen 80 Pfennig Rückporto)
7. Biermann und die Folgen (20 kommentierte Aufsätze und Bücher, 50 Pfennig Rückporto)

Die vergriffenen Titel werden bei entsprechender Nachfrage nachgedruckt. Den Oldenburgern ist es möglich, die Listen gegen das beigelegte Rückporto abzugeben, Herstellung, usw. werden durch Anzeigen gedeckt. Im Mai erscheint eine neue Liste zum Thema Anti-KKW-Bewegung und Umweltschutz und rechtzeitig zum 2. Juni wird eine Liste zum Thema Studentenbewegung fertiggestellt werden.

Der Rote Stern Marburg (Am Grün 28, 3550 Marburg) hat bis jetzt drei Listen herausgegeben, eine vierte zum Thema Psychologie und Marxismus wird im Mai folgen. Die Listen sind dreiteilig gegliedert. Im ersten Teil erscheinen Titel in alphabetischer Reihenfolge (ohne Rezension), im zweiten sind die Titel thematisch geordnet und im dritten sind sie chronologisch aufgeteilt. Durch diese Gliederung nach dem Erscheinungsjahr sind die neuesten Positionen in den z.T. rasant geführten Diskussionen schnell auffindbar. Die Auswahl beschränkt sich nicht auf die Verlagsprogramme, sondern auch auf Zeitschriftenaufsätze. Folgende Zeitschriften wurden vollständig ausgewertet: AK Resultate, Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Prokla, Ästhetik und Kommunikation, Das Argument, Blätter für deutsche und internationale Politik, Sozialistische Politik.

Bis jetzt sind erschienen:
Liste Staatstheorie (103 Titel)
Liste Studentenbewegung (135 Titel)
Liste Studentenbewegung (65 Titel)

Da die Marburger Listen ohne Anzeigen laufen, kostet jede DM 1.-, bei größeren Bestellungen (so ab 20 Stück) die Hälfte.



KARL–MARX–UNIVERSITÄT IM BAU

TRIER
5. Mai

Unbekannte erweiterten das offizielle Bauschild am Neubau der Trierer Universität auf ihre Weise und zwar so geschickt, daß erst drei Wochen später den Verantwortlichen auffiel, daß hier ab sofort die „Karl-Marx-Universität Trier" entsteht. Sie ließen das Schild schleunigst entfernen, doch zu spät: in der Öffentlichkeit hatte die Diskussion um die Namensgebung des größten Sohnes der Moselstadt (wer es immer noch nicht weiß: Karl Marx wurde am 5.5.1818 in Trier geboren) schon begonnen, mit Leserbriefen, einer Sendung im Südwestfunk und dem offiziellen Antrag des Uni-Asta.

BRIGITTE SCHULZ UND THOMAS REUTHER — GEFANGENE IN ISRAEL

TEL AVIV/WIESBADEN 4.Mai *Von der Russel—Initiative aus Wiesbaden erhielten wir den Bericht über zwei Deutsche, die seit über einem Jahr in Israel gefangengehalten werden:*

„Seit Anfang 1976 werden zwei deutsche Genossen — Brigitte Schulz und Thomas Reuther — in Israel gefangengehalten. Die Regierung der BRD will davon erst vor wenigen Wochen erfahren haben. Eine glatte Lüge, wie die Vorgeschichte zeigt:

Kurz nach der Aktion in Entebbe, im Juli 76, warf der Ullstein-Verlag das Buch ‚90 Minuten von Entebbe' von William Stevenson auf den Markt. Dort ist auf Seite 35 unter anderem zu lesen, daß eine Gruppe von Genossen aus der Guerilla, die sich Mitte/Ende Januar 76 in Kenia aufhielt, angeblich versucht hatte, „eine landende EL-Al-Maschine im Flughafen von Nairobi niederzuschießen"; daß sie verhaftet und verhört wurden, ebenso wie „ein Mann und eine Frau, die beide deutsch sprachen". Diese seien erst drei Tage später in Nairobi eingetroffen, um zu erfahren, was zuvor geschehen war. „Jomo Kenyatta, der Präsident von Kenia, erklärte sich insgeheim bereit, die fünf verhafteten Terroristen einem Verhör durch Israelis unterziehen zu lassen, was auch am 3.Februar geschah".

Am 6.Juli 76 wurde durch deutsche Tageszeitungen, bezugnehmend auf eine Meldung im britischen ‚Daily Express' eine ähnliche Nachricht verbreitet. Darüber hinaus wurde berichtet: „Die verhafteten fünf Personen sind nach Darstellung der Zeitung am 3.Febraur nach Israel ausgeliefert worden." (Mannheimer Morgen vom 6.7.76)

Anfang August 76 erhielten die Eltern Schulz einen anonymen Brief, in dem ihnen die Verhaftung von Brigitte und Thomas mitgeteilt wurde.
Aufgrund dieser Information schrieben die Eltern von Brigitte am 23.8.76 an die deutsche Botschaft in Kenia und erbaten Nachforschungen über das Schicksal ihrer Tochter und von Thomas Reuther. Unter anderem schrieben sie:
„Ferner wissen wir, daß die Gefangenen bei Verhören gefoltert wurden und dabei stets israelische Geheimdienstbeamte anwesend waren. Diese fünf Inhaftierten standen bei der Aktion von Entebbe auf der Liste der Freizulassenden."

Erst nachdem in einem Schreiben vom 25.10.76 an die Botschaft in Kenia, Amnesty International ebenfalls um Aufklärung der Angelegenheit bat, geruhte der deutsche Botschafter in Kenia am 5.11.76 den Eltern Schulz zu antworten. Nach 2 1/2 Monaten! „Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß unsere Bemühungen um Aufklärung des von Ihnen mit Ihrem Schreiben vom 23.8.76 unterbreiteten Sachverhalts nicht zu einem Ergebnis geführt haben, daß die Annahme rechtfertigte, Ihr Fräulein Tochter und Herr Reuther hätten sich zur in Frage stehenden Zeit in Kenia aufgehalten und seien von den Kenianischen Behörden verhaftet worden... Das Auswärtige Amt und Amnesty International sind über den Inhalt dieses Schreibens informiert..."

Die deutsche Botschaft in Tel-Aviv besaß weiterhin die Dreistigkeit, in einem Antwortbrief auf eine Anfrage der Eltern diesen mitzuteilen, daß „keine Hinweise auf den Aufenthalt von Frau Brigitte Schulz und Herrn Thomas Reuther in Israel vorliegen... Zur Zeit laufen noch länger dauernde Untersuchungen, ob Personen mit diesem Namen in letzter Zeit überhaupt in Israel eingereist sind." (Aus einem Schreiben vom 28.12.76)

Kurze Zeit später dann schrieb die Evangelische Studentengemeinde an Genscher persönlich einen Brief, in dem sie um Aufklärung der Angelegenheit bat. Der Außenminister bestritt jegliches Wissen über die Verhaftungen. Am 29.11.76 aber berichtete die Welt:
„Über das Auftreten deutscher Anarchisten gibt unter anderem ein Bericht deutscher Beobachter in Kenia Auskunft. Erstmals beteiligten sich, wie erst unlängst den offiziellen Stellen zur Kenntnis kam, zu Beginn dieses Jahres mehrere Deutsche an einem Anschlag in Kenia auf eine Maschine der israelischen Fluggesellschaft EL-AL. Sie wurden dort in Haft genommen... Erst nach einiger Zeit stießen die Sicherheitsbehörden auf die Spur eines Mannes in West-Berlin, der dort seit etwa einem Jahr spurlos verschwunden ist, und eines jungen Mädchens... Unter ihnen soll sich die Heidelbergerin Brigitte Sch. befinden..." (gesperrt geschrieben vom Verfasser).

Erneut brachte die Welt am 14.12.76 eine Meldung, in der es unter anderem hieß: „Die Eltern zweier vermißter deutscher Extremisten haben eine israelische Anwältin beauftragt, eines der letzten Geheimnisse im Zusammenhang mit der Geiselaffaire von Entebbe zu lösen. Bei den beiden Vermißten handelt es sich um Brigitte Schulz ... und um Thomas Reuther..."

Am 10.Februar dann erhielt die von den Eltern Schulz bestellte Anwältin endlich Bescheid, daß Brigitte lebt.
Mitte Februar 77 erschien ein Angehöriger der israelischen Botschaft in Bonn bei den Eltern Schulz und Reuther. Er bestätigte die bisherigen Vermutungen der Eltern, daß Brigitte und Thomas in israelischer Haft seien und überbrachte den Eltern eine erste Nachricht von Brigitte. Er bot ihnen an, ihre Angehörigen besuchen zu dürfen, der israelische Staat würde für alle Kosten aufkommen. Außerdem legte er ihnen strengste Geheimhaltung auf. Die Eltern Schulz flogen dann Ende März auf eigene Kosten (ohne strengste Geheimhaltung) nach Israel; Frau Reuther folgte zwei Wochen später nach. Dort hatten sie Gelegenheit zu je zwei bzw. drei Besuchen im Gefängnis. Am 30.3.77 erschienen in Israel in großer Aufmachung Meldungen von der Inhaftierung der Beiden, um der Veröffentlichung „von feindlicher Seite" zuvorzukommen. Daraufhin erklärten die Eltern von Brigitte auf einer Pressekonferenz in Tel-Aviv, daß „Bonn von der ganzen Sache vom ersten Moment an wußte".
Die Bundesregierung war jetzt gezwungen, zu reagieren:
„Die Bundesregierung verwahrte sich am Freitag gegen den Vorwurf der Eltern von Thomas Reuther und Brigitte Schulz, sie habe von Anfang an von dieser Verhaftung gewußt und die Eltern irregeführt. Nach Auskunft des Sprechers im Auswärtigen Amt, Klaus Terfloth, hat Bundesaußenminister Hans-D ietrich Genscher erst am 15.März, also unmittelbar vor seinem Besuch in Jerusalem, vom deutschen Botschafter in Israel von dieser Verhaftung erfahren. Genscher hatte, wie berichtet, den Fall sofort aufgegriffen und in seiner Unterredung mit dem israelischen Außenminister auch „in klarer Form seine Mißbilligung" über diesen Vorgang ausgesprochen". (Frankfurter Rundschau vom 2.4.77) Ein merkwürdiger Protest, wenn er (Genscher) doch, wie im Stern zu lesen ist, den Israelis bei dem Besuch eine Blanko-Vollmacht für die weitere Inhaftierung der beiden Genossen gab.

In der FR vom 7.4.77 ist dann auch eine veränderte Version des Dementis zu lesen: „Die israelische Regierung hat im vergangenen Jahr auf Anfragen der Bundesregierung zunächst bestritten, daß die beiden Deutschen Brigitte Schulz und Thomas Reuther in Israel in Haft seien". Die Zionisten haben dazu eine andere Meinung:
„In Jerusalem wurde mit Verwunderung der Bonner Protest wegen angeblicher Nichtunterrichtung aufgenommen und darauf verwiesen, daß israelische Beamte bereits kurz nach der Überstellung der beiden mit Kenntnis des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik ermittelt hätten." (Spiegel vom 11.4.77)

Daraufhin versuchte sich Bonn mit behaupteten „Informationsmängeln zwischen dem Innen- und Außenministerium" herauszuwinden (Tagesspiegel vom 8.4.77) Doch auch dieser Einwand kann schon allein aus dem Grund nicht durchschlagen, weil der BND dem Bundeskanzleramt untersteht.

In Israel wird die Behandlung der Genossen so kommentiert: „Wer sich der ‚internationalen Bewegung der politischen Attentäter' anschließe, könne auch nicht damit rechnen, von der ‚Moral und dem Anstand der menschlichen Gesellschaft geschützt zu werden'." (FR vom 1.4.77)
Und so hat man sie auch behandelt:
Sie wurden vom israelischen Geheimdienst gefoltert; ihre Auslieferung von Kenia nach Israel geschah klammheimlich; über ein Jahr verbrachten sie in totalter Isolationshaft: nicht einmal ihr Aufenthaltsort wurde ihnen mitgeteilt; der Prozeß soll als Militärgerichtsprozeß über die Bühne gehen — ohne Öffentlichkeit. Zugelassen soll ausschließlich ein Beobachter der BRD-Regierung sein; die Rechtsanwältinnen der beiden, Tsemel und Langer, werden von den israelischen Behörden abgelehnt. „Israel lehne ‚die Vertretung durch politische Aktivisten ab, weil Leute wie Frau Tsemel und Frau Langer aus der Sache eine politische Schau machen. Dabei handelt es sich um Verbrecher, einfach Verbrecher'" (FR vom 13.4.77)

Nach der nunmehr erreichten Öffentlichkeit hat die Bundesregierung jetzt bekanntgegeben, daß sie auf einem zivilen Gerichtsverfahren besteht (FR vom 26.4.) Sie zieht nun die Verurteilung der beiden im rechtsstaatlichen Gewande à la BRD dem offenen Faschismus der Israelis vor.
Denn Militärgerichtsprozesse signalisieren den Zustand des Krieges, die politische Dimension des Kampfes; und daran, daß deutsche Genossen und Genossinnen in palästinensischen Kommandos kämpfen, könnte der Begriff entwickelt werden, daß ‚Normalzustand' in der BRD und Ausnahmezustand in Palästina nur zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Der Kampf der Guerilla würde vermittelt und zur Orientierung.

Wir fordern:

- Zulassung von mindestens einem internationalen Beobachter zum Prozeß, z.B. der Internationalen Juristenkommission
- Zulassung der Anwälte des Vertrauens, Zulassung der Eltern zum Prozeß
- Öffentlichkeit des Prozesses
- Aufhebung der Isolationshaft
- Freiheit für Brigitte, Thomas und die drei anderen palästinensischen Genossen!

BRIEF VON BRIGITTE SCHULZ AN IHRE ELTERN:

Ihr Lieben! Israel, den 21.3.77

Ich habe bis jetzt zwei Briefe von Euch erhalten (25.2. und 4.3.). Sie sind zwar zum Teil geschwärzt, aber trotzdem: wie schön, von Euch zu hören! Solch Briefwechsel ist naturgemäß etwas schierig, ich bin auch sehr eingeschränkt, aber laß sehen, was sich machen läßt!
Dies ist gleichzeitig mein Geburtstagsbrief für Dich, Paps. Ich habe auch ein Geburtstagsgeschenk für Dich. Ich bin nicht mehr unter den Raucheropfern zu finden! Nach all unseren Querelen wird es Dich bestimmt freuen. Daß die Omi tot ist, erschüttert mich und will mir garnicht richtig in den Kopf. Sie war so vielseitig und mehr ein Kumpel als das traditionelle Bild einer Großmutter. Ich werde sie immer so in Erinnerung halten, wie wir sie das letzte Mal gesehen haben: immer noch eine Augenweide, so grazil und voll geistiger Beweglichkeit. Was ist sie von uns allen bewundert worden...

Ich will die Situation hier nicht herunterspielen, doch ist mein unverbesserlicher Optimismus auch hier nicht weg. Er beruht eben nicht auf Illusionen (was Dummheit wäre) sondern auf der einfachen Tatsache, daß jedes Ding zwei Seiten hat. Die Seite, die gegen dich ist, verstehen und bekämpfen; die Seite, die für dich ist, nutzen. Die Kunst besteht darin, sie zu entdecken!

Zumindest scheint ihr Gefängnis auch immer noch als etwas Schmachvolles zu begreifen. Was Wunder! Schließlich ist es seit Urzeiten dem Volke eingeimpft. Selbst ich habe vor nicht allzu langer Zeit gedacht, man würde so eine Art Schimmel ansetzen (Iiiii!!). Welch ein Quatsch! Ich bin nur eine von Millionen. In allen kapitalistisch dominierten Teilen der Welt werden die Gefangenenlager größer, denn das schöne Gespenst des Kommunismus geht um. Das Bewußtsein ändert sich dann auch.

Ich weiß, daß Ihr es nicht einfach habt. So viele Kräfte zehren an Euch. Es gibt da nur eine Lösung: immer Euch selber treu bleiben und niemandem nach dem Munde reden. Auch mir nicht. So wie Ihr es ja auch immer gehalten habt. Ihr könnt und sollt niemandem Konflikte ersparen. Widersprüche sind dazu da, um gelöst zu werden. Daran entwickelt man sich. Sie halten einen auf Trab. Ich erinnere mich da an einen Satz von dir Mutti, von wegen Rücken stärken,wenn man im Knast sitzt. Ich fand das so lieb von dir damals, aber jetzt stört es mich. Ich will Eure Vorwürfe hören und zwar so hart und schonungslos, wie Ihr sie im Kopf habt. Es muß ja nicht unbedingt gleich sein, aber ich stehe weder kurz vor dem Herzinfarkt noch bin ich querschnittgelähmt. Auf mich braucht Ihr jedenfalls keine Rücksicht zu nehmen. Ihr habt natürlich Schwierigkeiten in politischer Hinsicht, klar. Ausgerechnet in Israel! Wir werden uns später in aller Ausführlichkeit darüber unterhalten.

Jetzt nur so viel: Ich bin Kommunistin und das bezieht alles mit ein: Antifaschistin, Internationalistin und Antiimperialistin. Aus der Geschichte ziehen wir die Lehren, die Gegenwart versuchen wir zu begreifen und zu verändern,um die Zukunft zu meistern. Unsere Rücksicht gilt in allererster Linie den zukünftigen Generationen und nicht dem Vergangenen dieser Welt. Die Gehirne scheinen nicht zu empfänglich dafür zu sein, deshalb wiederhole ich es: 10 000 Kinder sterben jeden Tag an den Eigentumsverhältnissen (Hunger), die durch die israelische Politik mit aufrechterhalten werden.
Das ist bloß ein Aspekt, doch sollte es nicht genügen: die bedeutungsvolle Anspielung: ‚Deutsche-Juden" ist absurd, wenn sie auf uns gemünzt ist. Sie entspringt entweder der Ignoranz oder berechneter Effekthascherei. Seit wann macht man die Bolschewiki für die Verbrechen des Zaren verantwortlich, oder Fidel Castro für die eines Battistas? Zwischen uns und den Faschisten aller Art war schon immer eine freie Feuerzone, was man von den Israelis nicht behaupten kann! Aber lassen wir das erst mal. Ich kann mich so in Rage schreiben bei diesem Punkt.

Ihr habt recht, wenn ihr schreibt, daß ich an manche Gespräche mit Euch zurückdenken werde. Ich werde auch aus Fehlern lernen. Ihr habt aber nicht recht, wenn Ihr daraus irgendwelche Vorwürfe gegen Euch selbst ableitet. Eltern können nun mal nicht das Glück ihrer Kinder schmieden und wenn sie es tun, dann machen sie es meistens falsch. Es entsteht so viel mehr Elend durch das Eltern-Kind-Syndrom der Kleinfamilie, des ewigen Behütens, Bewahrens und Lenkens. Und dann von einem Brutkasten in den nächsten.

Wenn du immer abgeschlossen wirst von der Gewalt der Elemente, wirft dich der erste Windhauch um, führt zu tausend Möglichkeiten individuellen passiven Leidens. Ich glaube nun mal daran, sich der feindlichen Umwelt auszusetzen, sich den Wind um die Nase wehen und sich nicht aufhalten zu lassen. Nur so kriegt man das Gefühl, mit allen Ereignissen zurecht zu kommen, überall sich zu Hause zu fühlen. Das ist die Medizin gegen Angst und Abhängigkeit, der Weg zur Freiheit,

der eigenen und die der Völker. Immerzu ein schreckliches Morgen zu erahnen, führt zur Feigheit und Korruptheit heute. Und hat sich Passivität nicht als das größte Übel der Geschichte herausgestellt?

Die Skrupulösität der Linken der zwanziger Jahre in Deutschland, Italien und in den USA machte die Machtübernahme der Faschisten möglich und ist mit 20 Millionen Toten und der Neuformierung des Kapitals quittiert worden. Nun, Ihr wißt, daß es schon wieder anfängt, an allen Ecken zu knallen und daß das seine Gründe hat. Aber wenn du schreibst, Mutti, „Die Probleme werden auch immer größer und unlösbarer..." dann betrachte ich das nicht nur als Unachtsamkeit, sondern als Ausdruck der tiefverwurzelten Passivität, die den größten Teil der Linken und die nicht im Tiefschlaf befindlichen Leute plagt. Sie lehnen sich in den Sessel zurück, stellen sich den Kapitalismus als einen großen Luftballon vor, beobachten interessiert, wie er sich immer weiter aufbläst und warten mit Genugtuung auf den Zeitpunkt, wenn er platzt. Das ist die „Reife-Apfel-Theorie" und das „Bedingungen"-Gerede. Ich kann dem ja mitfühlen, die Idee ist mir selber so lieb. Sie haut bloß nicht hin. Wir übersehen dann, daß die Probleme gelöst werden . Vom Stärkeren. Entweder im Interesse der 99% gegen das 1% oder umgekehrt. Je dicker die Probleme, desto monströser die Lösung, wenn sie schon wieder auf Kosten des Volkes durchgeführt wird.

Aber nun mal zu praktischen Dingen. Ihr müßt mir halt schreiben, was alles so passiert ist im letzten Jahr. Ich habe keine Ahnung, nur daß die Yankees beinahe über den Mann im Mars gestolpert wären, daß wir in Angola gesiegt haben und daß Ulrike ‚Selbst'mord gemacht haben soll. Stimmt das? Ich habe vor ein paar Tagen mit dem Rechtsvertreter der Deutschen Botschaft gesprochen, allerdings nur für 10 Minuten und unvorbereitet. Ich hab Eurer Päckchen noch nicht gekriegt, habt Ihr's abgeschickt? ...

Grüßt alle schön von mir. All die, die ich nicht sehen kann, werde ich vermissen... Viele herzliche Grüße und Küsse Eure Brigitte."

Kontaktadresse:
Russel-Initiative, Adlerstraße 30,6200 Wiesbaden

DER KONFLIKT IN DEN SCHLUMPF-FABRIKEN WEITET SICH AUS

MALMERSPACH/ ROUBAIX 26. April

Die unerwartete Entscheidung des Verwaltungsrates der AGS (Assurances garantie des salaraires — staatliche Versicherung, die Löhne garantiert) vom 30. März, den drei Spinnereien der Schlumpf-Gruppe den Kredit von 12 Millionen Francs nicht zu gewähren (siehe ID 170), hat den Konflikt wieder stärker werden lassen. Das Ende der Schlumpf-Fabriken scheint damit besiegelt zu sein. Dabei hätten die Fabriken der Schlumpf-Gruppe weiter existieren können, wie es die COGEFI (eine halb staatliche, halb private Finanzgruppe, die die Geschäfte der Schlumpf-Gruppe nach der Flucht der Gebrüder Schlumpf verwaltet) bewies. Aber die wollverarbeitenden Konzerne in Nordfrankreich und die Kreditgeber der Schlumpfs kamen dem Schlumpf-Duo zu Hilfe und konnten ihren Einfluß zugunsten der Schlumpfs geltend machen. Man geht davon aus, daß die COGEFI aufgibt.

Die Gründe für die obige Entscheidung wurden nicht bekanntgegeben. Die Wut und Enttäuschung der Arbeiter von Malmerspach darüber entlud sich in einer Demo zur Unter-Präfektur in Mühlhausen, wo einige Fensterscheiben zu Bruch gingen. Ein paar hundert Demonstranten drangen außerdem in das Bürgermeisteramt von Mühlhausen ein. Eine der immerwiederkehrenden Parolen war: „Wir hätten von Anfang an härter sein sollen". Für viele Arbeiterinnen, die schon seit 20 oder 30 Jahren in den Schlumpf Fabriken beschäftigt sind, bedeuten diese mittlerweile im Arbeitskampf nicht mehr aussergewöhnlichen Aktionen doch eine ganze Menge.

Jean Kaspar von der CFDT:„*Die Gangster Schlumpf haben ihr Ziel erreicht. Die wollverarbeitenden Konzerne haben erreicht, was sie wollten. Die Regierung, die Behörden und die gewählten politischen Vertreter haben sich des Sterbens (der Fabriken) schuldig gemacht, indem sie die Strategie der wollverarbeitenden Konzerne im Departement Nord nicht zum Scheitern gebracht haben. Es ist das ganze Elsaß, die 80 000 Leute, die schon dieses „Museum des Schweißes" gesehen haben, die damit einen Schlag ins Gesicht erhielten. Jezt ist die Lage klar: man will das Ende der 1300 Arbeiter und Arbeiterinnen der Schlumpfgruppe und ihrer Familien."*

Am 31. März, am Ende einer Personalversammlung der Schlumpf-Belegschaft, kündigte die CFDT die Besetzung der drei Fabriken an.

Während die Arbeiter der drei Fabriken im Elsaß seit dem 29. März streiken und die Fabriken besetzt haben, befindet sich auch die vierte Fabrik der Schlumpf-Gruppe in Roubaix (Departement Nord) im Kampf: die Weberei Deffrenne. Auf den Mauern der Fabrik ist die Parole „COGEFI entläßt, entlassen wir die COGEFI" zu lesen, in Abwandlung an den CFDT-Slogan „Die Unternehmer entlassen, entlassen wir die Unternehmer".
Die COGEFI hatte schon damit begonnen, die vom Staat erhaltenen 12 Mill. Francs zur Wiederankurbelung der Fabriken zu investieren. Aber nach einer erfolgreichen Klage der Schlumpf-Kreditgeber werden die 12 Mill. nun zur Deckung der Schulden benutzt. Deshalb erhielten auch die hiesigen Schlumpf-Arbeiter ihr Entlassungsschreiben für den Monat Juni. Sie entschieden sich, vorläufig in der Fabrik weiterzuarbeiten, Bestellungen aufzunehmen, die Lagerbestände zu überwachen, die Geschäftsführung mit dem Treuhänder aufrechtzuerhalten und die Fabrik ganzzeitig zu besetzen, um einen heimlichen Umzug zu verhindern. Die Firma, die nach Aussagen der Kunden ausgezeichnet geht, setzt ihre Arbeit also unter der Verantwortlichkeit der Gewerkschaft CFDT wie bisher fort.

Am 23. April gaben Delegierte der CFDT während einer Pressekonferenz bekannt, daß sich die Arbeiter schon vor einigen Wochen eines „Kriegsschatzes" bemächtigt hätten: *„Die Textil-Gewerkschaft der CFDT von Roubaix-Tourcoing hat die Verantwortung fürdie Entfernung einer Anzahl von Textilstücken vor dem Zugriff der COGEFI oder irgendeiner anderen Verwaltungsstelle übernommen, um sicherzustellen, daß die Arbeiter finanziell abgesichert sind und daß sie nicht mehr bestraft werden, als sie es durch ihre Entlassung schon sind. Das Lager wird in seiner Gesamtheit wiederhergestellt werden, sobald die fundamentalen Rechte der Arbeiter von Defrenne wieder ganz hergestellt sein werden."*
Der Kriegsschatz beträgt 103 Textilstücke, die pro Stück einen Wert von 2000 Francs haben.
(aus: Liberation)

FRÄNZÖSISCHER KNASTALLTAG

PARIS 25. März

Die französiche Tageszeitung „Le Monde" erhielt folgenden Brief zugeschickt, der dann auch am 25.3. im redaktionellen Teil der Zeitung abgedruckt wurde:

„Ich bin die Genossin eines Untersuchungsgefangenen (seit fünf Jahren in Haft, demnächst soll die Gerichtsverhandlung gegen ihn laufen), der im Gefängnis „De la Santé" in Paris eingekerkert ist. Da er sich in U-Haft befindet, müßte er wie ein Unschuldiger behandelt werden und müßte in jeder Hinsicht als ein vollwertiger Staatsbürger betrachtet werden. Wenn ich den offiziellen Verlautbarungen Glauben schenken soll, dürfte er sich sogar an den Wahlen beteiligen, entsprechend dem Gesetz vom 31. Dezember 1975.

Da ich selbst Wählerin bin, und zwar in der Provinz, erhielt ich einige Tage vor den Gemeindewahlen einen Umschlag mit den Zielvorstellungen aller Kandidaten des Wahlkreises zugeschickt. Mein in U-Haft sitzender Genosse ist an der Regionalpolitik meiner Stadt interessiert, ich schickte ihm deshalb den Umschlag und fügte ein Flugblatt der „Kommunistischen Revolutionären Liga" hinzu, das die Haltung dieser Partei zum Strafvollzug deutlich machte. Dieses Flugblatt war den vorangegangenen Sonnabend während der Besuchszeit vor dem Gefängnis verteilt worden.

Heute erfahre ich durch einen Brief meines Mannes, daß diese Dokumente die Zensur des Gefängnisses nicht passiert haben. Dies sind, ich möchte es noch einmal betonen, offizielle Dokumente (mit Ausnahme des Flugblattes der L.C.R.), die jedem Wähler zugeschickt wurden. Ist ein solcher Eingriff in die geistige Freiheit eines Staatsbürgers erträglich in einem Staat, der sich als zivilisiert versteht?

Da ich schon einmal dabei bin, ihnen eine solche Form von Skandal zu erzählen, möchte ich die Gelegenheit ergreifen und noch zwei ähnliche Beispiele anfügen.

Wenn Sie die Gelegenheit haben sollten, die Liste der für den Verkauf im Gefängniss „erlaubten" Zeitschriften zu lesen, würden Sie sicher die Vielfalt an Sex- und Sportzeitschriften bemerken. Ich habe nichts gegen diese Art von Veröffentlichungen, sie sind in genau derselben Weise wichtig wie andere Zeitschriften auch. Nur andere als diese Zeitschriften gibt es im Gefängnis nicht zu kaufen. Bis jetzt schicke ich meinem Genossen jeden Monat „Le Peuple Breton" (Das Bretonische Volk), eine politische Zeitung, herausgegeben von der „Sozialistischen Autonomen Demokratischen Bretonischen Union". Außerdem schicke ich ihm die verschiedensten anderen Zeitungen von Liberation über Cosmopolitan, Tribune Socialiste bis hin zum Play Boy. Seit vierzehn Tagen erhält er keine einzige dieser Zeitschriften mehr ausgehändigt.

Bei seiner Bitte um Aufklärung wurde ihm erwidert, daß „diejenigen Zeitungen, für die er kein direktes Abo hätte und die ihm von Familienmitgliedern zugeschickt würden, nicht mehr ausgehändigt würden." (Seit wann, warum? Geheimnis...) „Für ein Abo von außerhalb der Haftanstalt durch die Familie bedarf es der Erlaubnis der Direktion." Anders herum ausgedrückt, es ist also möglich Zeitungen wie Lesbos und Erotika frei am Kantinenkiosk des Gefängnisses zu erstehen, aber es bedarf einer besonderen Erlaubnis, Zeitschriften zu abbonnieren, dafür springen dann die Familie oder Freunde ein.

Eine letzte Bemerkung: Jeder Inhaftierte kann die Zellenwände mit (aus eben oben erwähnten Zeitungen!!) herausgeschnittenen Bildern bekleben, aber die Bilder, die von außen geschickt werden, fallen unter die Zensur. Die Bilder der Ehefrau eines Inhaftierten werden dem Ehemann nicht ausgehändigt, für den sie ja bestimmt sind. Bei den Bildern, die ich meine, handelt es sich um keine am Strand aufgenommenen, so mit Sandburg im Hintergrund, a la Play Boy. Nein, bei den Fotos handelt es sich um ganz gewöhnliche Bilder einer gewöhnlichen Frau in einer gewöhnlichen Wohnung. Und das kann die Moral des Zensors nicht akzeptieren. Ein Inhaftierter kann vom Körper einer Frau „träumen", wenn es sich um ein Modell aus dem Play Boy handelt, aber nicht vom Körper seiner Frau.

Das Gefängnis, sagte einmal eine „hoch angesehene" Persönlichkeit, besteht aus der Unterdrückung der Freiheit und nichts weiter sonst. Er erwähnte nicht, daß es sich auch um die Unterdrückung der menschlichen Würde handelt. Ein Inhaftierter muß das Recht haben, sich politisch zu informieren und dementsprechend zu denken. Und dann wundert man sich, wenn nach manchmal langen Jahren außerhalb des Normalen ein Mensch beim Verlassen des Gefängnisses Schwierigkeiten hat, sich „wieder zu integrieren" in die Gesellschaft."

SUPER–PHENIX WIRD SCHWARZ GEBAUT

Die EDF (électricité de France) und die Ökologisten vor dem Gericht

MALVILLE 29. April — Der Bau von Super-Phenix (ID 168) hat ohne Genehmigung begonnen. Wird der Bau in Malville eingestellt werden?

Das Komitee zum Schutz der Landschaft in Bugey und Malville und der Verein Rhone-Alpes für Naturschutz haben am Mittwoch, dem 27.4.77, die EDF zum Anhörungstribunal vorgeladen. Sie fordern den Baustopp in Creys Malville unter Schadensersatz von 10 000 FF pro Tag.

Das Gesuch der obengenannten Komitees stützt sich auf das Dekret über Nuklearbasisanlagen, das bestimmte Auflagen für den Bau aufstellt. Es enthält im besonderen den Erlaubsnisantrag beim Wirtschaftsministerium, der eine lokale Untersuchung fordert. Diese Untersuchung ist nicht nötig für eine Nuklearbasisanlage, wenn die öffentliche Nutzbarkeit bereits vorhanden ist. Der Präfekt der Isère stützt sich auf dieses Dekret und hat am 30. September 1974 schon ein Gutachten für öffentliche Nutzbarkeit der Bauarbeiten des KKW in Creys Malville. Weder eine Erklärung für öffentliche Nutzbarkeit noch ein Genehmigungsbescheid wurden erteilt.

Trotzdem hat die EDF mit dem Bau begonnen. Obwohl die Aushebungs- und Erschließungsarbeiten schon begonnen hatten, hatte im April 75 das Komitee für Umweltschutz in Bugey und Malville beim Hohen Gericht von Bourgoin den Antrag gestellt, den Tatbestand festzuhalten und den Fortgang der Dinge zu stoppen. Das Gericht von Bourgoin erklärte sich für nicht zuständig. Zu der Zeit behauptete die EDF, daß sie nur mit einfachen Arbeiten begonnen habe, die auch zum Aufbau einer irgenwie gearteten Fabrik dienen könnten. Sie könnte jetzt schwer sich hinter solche Ausreden verstecken. Aus dem Informationsbulletin der NERSA–Lyon, erschienen im Januar 77, geht folgendes hervor: die Beton arbeiter sind schon am Werk und haben mehr als 20 Tonnen Stahlbeton pro Tag verarbeitet, die Pfeiler wachsen, das Personal an der Baustelle beträgt mehr als 100 Leute. Nach Aussagen der Ökologiegruppen stellen diese Bauarbeiten eine Verletzung des Grundrechts dar bzw. des Rechts auf Lebensqualität. Die Ökologiegruppe fordert vom Gericht die Aussetzung der Arbeiten.

(aus: Liberation)

WAHLBERICHT AUS BARAO

BARAO DE SAO JOAO Ostern 1977 — Zu Besuch bei Inge und Deo im Algarvedorf Barao in Südportugal. Zuerst begrüßt von ihrem kohlrabenschwarzen Köter mit Namen „Sponti".
In ihrem Haus oberhalb des Dorfes bekommen wir neben Brot, Käse und Wein eine üble Überraschung aufgetischt.
Deo, der nicht nur unter BRD-Spontis berühmte, sondern vor allem in den Dörfern der Algarve geschätzte Bürgermeister von Barao, ist bei den Gemeindewahlen im vergangenen Dezember

von seinem Gegenkandidaten (aufgestellt von der PS) knapp überrundet worden. Inge erzählt, wie es dazu kam, und sie beweist damit, welche Farce diese und andere Wahlen in Portugal waren. Nach fast 50 Jahren Faschismus waren dem Volk innerhalb nur eines Jahres drei parlamentarische Schaukämpfe mit abschließender Bekreuzigung verordnet worden.

Deo stand auf Platz 1 einer unabhängigen Liste. Auf Platz 2 stand die 19jährige Rosa, eine junge Frau aus dem Dorf. Man wird in Portugal vergeblich nach einer Wahlliste gesucht haben, auf der eine Frau auf dem 2. Platz kandidierte.
Für die Liste mußten zunächst 45 Unterschriften beigebracht werden. Diese für die Zulassung notwendige Bedingung ist den Hirnen bürgerlicher Bürokraten entquollen. Denn wer unterschreiben will, muß einen gültigen Ausweis haben, er/sie darf keine Schulden haben (Deo als Kandidat z.B. hat seine noch rechtzeitig vor der Zeremonie beglichen), er/sie muß schreiben können (auf dem Land gibts noch immer viele Analfabeten), und er/sie muß an den vorangegangenen Wahlen (für Präsident und Parlament) teilgenommen haben.

Schließlich mußten die 45 Unterschriften in alfabetischer Reihenfolge stehen, was nichts anderes heißt, als sie schon vorher zu kennen, eh man die möglichen Unterzeichner überhaupt gefragt und sie z.B. über ihre persönliche Finanzlage ausgequetscht hat.

Die Prozedur wurde mit vereinten Kräften rechtzeitig geschafft. Deo stellte sich als unabhängiger Kandidat zur Bürgermeisterwahl, auch und vor allem dann erst recht, nachdem die KP versucht hatte, ihn für sich zu gewinnen, und ihn, als er dankend ablehnte, nach alter stalinistischer Tradition zum „Volksfeind" stempelte.
Die in Lissabon regierende PS, also die sozialdemokratischen Sozialisten mit Soares an der Spitze, stellte einen Gegenkandidaten auf. Inge nennt ihn einen Faschisten.

Bis zum Wahltag im Dezember 1976 erlebte sie, was sich in den Köpfen und Herzen der Dörfler abspielte.
Einige sagen, sie würden garnicht wählen, denn Deo sei der beste Bürgermeister, den es gäbe, darüber brauche man nicht noch abzustimmen.
Andere haben Angst, nicht zu wählen, sie fürchten, von der Polizei registriert zu werden.
Wieder andere meinen, in Lissabon regiere die PS, und deshalb müsse man die auch in Barao wählen.
Viele Analfabeten — und es sind nicht wenige unter den Älteren im Dorf, die weder lesen noch schreiben können — kommen mit den 3 (in Worten: drei) Wahlzetteln für die Wahl des Gemeindevorstehers, des Rathauses und des Kreistages nicht zurecht. Sie haben einen weißen, einen gelben und einen grünen Schein zu bekreuzigen. Da sie nicht lesen können, sind sie von den Buchstaben und Kreisen verwirrt. Inge gibt in den Tagen vor der Wahl Tips, wo das Kreuzchen zu malen ist. Mit älteren Dorfbewohnern übt sie Kreuzchen malen und fertigt mit ihnen Spickzettel an, die dann am Wahltag auch verstohlen benutzt werden.

Die PS mit ihrer rechten Sammelliste benutzt ein in Portugal verbreitetes Mittel, den politischen Gegner zu diffamieren. Sie verstreut Gerüchte und Halbwahrheiten über Deos Ehe, bevor er mit Inge zusammen war; sie verbreitet Einschüchterung mit der Lüge, Inge und Deo seien Kommunisten; sie versucht, die moralische Verwerflichkeit von Inges und Deos Beziehung (sie sind nicht miteinander verheiratet) den Leuten einzureden. Und sie verteilt kurz vor den Wahlen ein Flugblatt, das die Form der Wahlzettel hat, mit der hochgereckten Faust, ihrem Parteisymbol.

Am Wahltag ist es für viele aus dem Dorf, als sei der sonst anonyme Staatsapparat persönlich in Barao anwesend und überwache sie beim rechten Kreuzchenmalen.

Eine alte Frau kriegt zuhause einen hysterischen Anfall, sie zittert so, daß sie unfähig ist, zur Wahlkabine zu gehen. Sie fleht, aus Angst vor der Poizei, ihre Enkelin an, für sie die Kreuzchen zu malen; die aber sagt, sie sei noch nicht 18 und überhaupt sei die stellvertretende Bekreuzigung verboten.
Ein Mann läßt sich von seiner Tochter ins Wahllokol ziehen. Als sie meint, unbeobachtet zu sein, springt sie zu ihrem Vater in die Kabine und zeigt ihm die Stelle, wo hinter Deos Name ein Kreis ist. Die Wahlbürokraten sind sauer, lassens aber durchgehen. Anderes auch.
Ein Dörfler malt seine Kreuze, ist aber mit ihrer Form — sie sollen das Kreisinnere möglichst geometrisch ausfüllen — nicht zufrieden. Er hat Sorgen, so seis ungültig. Also geht er mit seinen bekreuzigtem Wahlzetteln zum Vorstand und verlangt neue, kriegt sie auch. Und malt beim zweiten Versuch exakte Kreuzzeichen.
Ein anderer schreibt seinen Namen auf die Scheine, ohne sie zu bekreuzigen.
Es wird deutlich: die Dorfbewohner fühlen sich unter Druck gesetzt, sie fühlen sich überfordert, sie lehnen die Geheimniskrämerei in der Kabine ab. Sie verweigern sich.

Das Ergebnis der Wahl ist ein Ende mit Schrecken. Als bekannt wird, daß der populäre Deo mit 180 gegen 210 Stimmen verloren hat, gibt es Tränen. Dorfbewohner schließen sich tagelang in ihre Häuser ein. Dorftrauer breitet sich unter den Anhängern des alten Bürgermeisters aus.

Der neue zeigt bald, daß seine Wahl im Dorf Fronten klarmacht. Er versucht, die Theatergruppe aufzulösen, was ihm bisher nicht gelungen ist. Und er schickt Polizei nicht nur ins Haus von Inge und Deo, sondern auch zur Handarbeitskooperative. Die Frauen der Kooperative aber häkeln, stricken, schnitzen, diskutieren weiter. Die neue Gemeindeverwaltung bekämpft sämtliche Errungenschaften der Revolution im Dorf.
Der Lastwagen aus der BRD wird auf die Gemeinde überschrieben; zwar soll jeder ihn benutzen können — das ist schriftlich festgelegt; aber das Interesse der neuen Herren steht dagegen.
Das im Bau befindliche Kulturzentrum ist ein weiteres Kampfobjekt. Kurz vor der Vollendung — nur das Dach fehlt noch — versucht der neue Bürgermeister mit dem formalen Vorwand, der Baugrund gehöre der Gemeinde, das Zentrum unter seine Kontrolle zu bringen. Ein von Deo längst geplanter „eingetragener Kulturverein (e.V.)" ist noch nicht ratifiziert, um das Zentrum unabhängig zu halten. Als eine Kommission aus der Kreisstadt Lagos schlichten will, bereiten sich die Frauen der Kooperative auf ein Go-in vor. Die Kommission riecht wohl den Braten und bleibt weg.
Inge selbst wird als Ausländerin angegriffen. Ein Gespräch im deutschen Konsulat hat ihren Verdacht verstärkt, daß über sie in der BRD geschnüffelt wird. Wenns notwendig wäre, sagt sie, ist der Gang zum Standesamt nur ein formaler Akt.

DIE FEBRUARSTREIKS IN DEN NIEDERLANDEN

NIEDERLANDE
3.Mai

Der Nationale Streik Anfang des Jahres ist bei uns kaum registriert worden. Eher zufällig, nämlich über die Beteiligung der Soldatengewerkschaft VVPM an diesem Streik, ist unsere Aufmerksamkeit darauf gelenkt worden. So ist dieser Bericht mehr als Nachtrag zu verstehen, als Zusammenfassung und als Vorbereitung auf die zu erwartenden Tarifauseinandersetzungen im Herbst.
Zur Information: In den Niederlanden sind augenblicklich ca. 210 000 Menschen arbeitslos, die Inflationsrate ist im Laufe des Jahres in einigen Bereichen, so z.B. Mieten und Lebensmittel stark gestiegen.

„Die Streiks haben eine lange Vorgeschichte. Es begann vor 1 1/2 Jahren, als die sozialdemokratisch-konfessionelle Regierung Den Uyl einen Lohnstop verkündete, während die Preise stark stiegen. Dieser Lohnstop wurde im Oktober 76 noch einmal wiederholt und sorgte für zunehmende Unruhe in den Betrie ben. Gewerkschaftsmitglieder drängten die Gewerkschaften, Aktionen zu organisieren. Es herrschte eine enorme Kampfbereitschaft.

Die Gewerkschaftsspitze reagierte erst sehr reserviert auf die Forderungen der Arbeiter. Sie hatte vor zwei Dingen Angst: Zum einen vor dem Einfluß eventueller Streiks auf die Wirtschaft und zum anderen unterstützte sie trotz allem die Regierungspolitik. Nach dem zweiten Lohnstop entstand Uneinigkeit in der Gewerkschaftsführung (gemeint sind die Gewerkschaften des Metall- und Lebensmittelsektors). Sie wollten Aktionen organisieren. Der Rest zögerte. Die Tarifverhandlungen vom November 1976 waren schon von vorneherein mißlungen, weil aus dem hervorging, daß die Unternehmer auf keinerlei Weise den Forderungen der Gewerkschaften entgegenkommen wollten.

Am 7.Februar ging's dann los. Im Raume Rotterdam streikten 8000 Leute. Die Gewerkschaften hatten eine ‚Speerpunktstrategie' ausgetüftelt. Das bedeutete, daß wichtige Abteilungen der verschiedenen Betriebe stillgelegt werden sollten, wodurch die Produktion im Rest des Betriebes auch unmöglich wurde. Die Streiks in der Lebensmittelindustrie wurden vom Richter verboten. Diese Streikverbote radikalisierte die anderen Streiks. Nach einigen Tagen streikten 25 000. Die Arbeitgeber erschraken über die Streikerfolge und waren nach einer Woche bereit, zu verhandeln. Sie wollten jedoch unbedingt, daß auch die Regierung bei den Verhandlungen hinzugezogen werden sollten. Der Grund hierfür wurde bald deutlich. Die Arbeitgeber wollten nur Lohnerhöhungen bezahlen, wenn die Regierung die Prämien für die Sozialversicherungen herabsetzen würde. Nach zwei Tagen wurde ein Übereinkommen zwischen Gewerkschaften, Regierung und Arbeitgebern erreicht, nämlich das sogenannte ‚Hager Abkommen'. Der wichtigste Erfolg war die Beibehaltung des automatischen Teuerungsausgleichs, den die Arbeitgeber abschaffen wollten. Weiter wurde in dem Abkommen festgelegt, daß die Lohnerhöhung nicht 4 1/2% übersteigen dürfe.

Nach diesem Abkommen war jedoch der Kampf in den Betrieben nicht vorbei, denn nicht alle Ziele waren erreicht. Viele Betriebe waren nicht bereit, außer dem Teuerungsausgleich noch eine extra Lohnerhöhung zu zahlen. Die Streiks gingen weiter und b reiteten sich aus. Die Beamten, die offiziell nicht streiken dürfen, zeigten ihre Solidarität, indem sie in verschiedenen größeren Städten den Öffentlichen Verkehr während des Morgenberufverkehrs stillegten. Die Gewerkschaft organisierte große Demonstrationen in Amsterdam, Utrecht und Rotterdam. Inzwischen wurde in den Häfen, in der chemischen Industrie, in der Metallindustrie, in verschiedenen Betrieben der Lebensmittelindustrie und bei einigen regionalen Zeitungen gestreikt.

Nach zwölf Tagen mußte der erste Betrieb nachgeben, nämlich die Autofabrik Ford in Amsterdam. Nach ungefähr drei Wochen konnte die Arbeiterschaft in fast allen Betrieben Erfolge verbuchen. Die hartnäckigsten Betriebe waren Shell und Philipps. Aber auch dort hatten die Arbeiter Erfolg.

Was nun ist das Resultat dieser Streiks? Der automatische Lohnausgleich ist vorläufig erhalten geblieben und die Nettolöhne sind um zwei Prozent gestiegen. Der psychologische Erfolg der Gewerkschaft ist viel größer. Man hat keine Angst vor den Erpressungsversuchen der Arbeitgeber gezeigt. Das wichtigste ist die Radikalisierung der Arbeiter. Zum ersten Mal in der niederländischen Gewerkschaftsgeschichte haben sie mit den Betriebsgruppen die Streiks in den Betrieben organisiert. Man hat Erfahrungen gemacht mit Streikkomitees usw., in denen organisierte und nicht-organisierte Arbeiter waren. Weiter ist deutlich geworden, daß im kommenden Herbst bei den Tarifverhandlungen erneut Streiks zu erwarten sind.

SPECIAL BRANCH HÖHLT GRUNDRECHTE AUS

LEEDS/LANCASTER März/April

Gleich zweimal sind in den letzten Wochen Studenten den Aktivitäten des Special Branch (britischer Geheimpolizei) zum Opfer gefallen. Bei dem ersten Eingriff handelte es sich um drei nordirische Studenten, die nach Abschluß einer Sportkonferenz in Leeds bei der Abreise am Flughafen verhaftet wurden. Unter Berufung auf den *Prevention of Terrorism Act* nahmen die Special Branch-Beamten die Studenten mit aufs Revier, wo sie verhört, fotographiert und ihnen die Fingerabdrücke abgenommen wurden. Nach der Vernehmung, bei der es in erster Linie um die politischen Ansichten der Studenten ging, kamen alle drei in Untersuchungshaft und zwar unter abscheulichen Bedingungen. Alle drei kamen nämlich in Zellen, in denen der Boden und die Wände mit Kotze, Urin, Spucke und Essensresten beschmiert waren. Der eine von ihnen verbrachte die Nacht mit drei Betrunkenen zusammen, die die ganze Nacht sangen und kotzten. Erst gegen 16.30 am nächsten Tag wurden die Studenten wieder freigelassen, doch nicht mal bei der Freilassung wurde ihnen gesagt, was gegen sie vorlag. Mit den Familien der Studenten setzte sich auch keiner in Verbindung.

Gegen diese Vorfälle haben das *National Council for Civil Liberties*, der Präsident der *National Union of Students* und die *Student Union* an der Polytechnic Leeds protestiert. Vertreter der letzteren Organisation schrieben auch an den Innenminister Rees, doch ist auf ihre Forderung nach eingehender Untersuchung der Vorfälle noch keine Antwort erfolgt. So horrend die Vorfälle auch waren, wiegt am schwersten natürlich die Tatsache, daß die Studenten überhaupt erst verhaftet wurden. Aufgrund der ihm durch den Prevention of Terrorism Act gesicherten Vollmachten ist es dem Special Branch aber inzwischen möglich, Leute ohne dringenden Tatverdacht festzuhalten — und damit geltende Rechtsnormen auszuhöhlen.

Bei dem jüngsten Special Branch Überfall geht es allerdings nicht um die sogenannten Anti-Terrorismus-Gesetze, sondern um den ebenfalls fragwürdigen *Official Secrets Act.* Wegen angeblicher Gefährdung der nationalen Sicherheit wurde Anfang April der 25-jährige Doktorand Stepphen Wright von 6 Polizisten (darunter drei Special Branch Beamte) in seiner in einem Dorf bei Lancaster gelegenen Wohnung aufgesucht und vorübergehend in Haft genommen. Wright, der am politischen Seminar (Institut für Friedens- und Konfliktforschung) der Universität Lancaster eine Arbeit über die „gesellschaftlichen Implikationen der polizeilichen Überwachung und der technologischen Todeskontrolle (death technology)" schreibt, wird vorgeworfen, mit seinem Besuch bei dem sich inzwischen in Haft befindenden Journalisten Duncan Campbell möglicherweise gegen den Official Secrets Act verstossen zu haben. Campbell selber wartet auf einen Termin im Zusammenhang mit dem gleichen Official Secrets Act; als Beweismittel wird ein von ihm geschriebener Artikel über eine neue Art von Stacheldraht („barbed tape") angeführt, der in der Zeitschrift *New Scientist* erschien. Was Wright anbelangt, so muß noch hinzugefügt werden, daß ihm bei der Durchsuchung seiner privaten Wohnung, wie auch seines Arbeitszimmers an der Universität etliche Akten Briefe und Fotos, sowie wichtiges Forschungsmaterial abgenommen wurden. Zwar wurde Wright nach einer fünfstündigen Vernehmung gegen Kaution

wieder freigelassen, doch wurden ihm seine Papiere nicht ausgehändigt. Inzwischen will er offiziell Einspruch einlegen gegen die Beschlagnahmung der für seine Dissertation wichtigen Dokumente. Mittlerweile setzten sich auch drei Abgeordnete für Wright ein.

Die Razzia bei Wright steht in Zusammenhang mit der Inhaftierung von zwei Journalisten (John Berry und Crispin Aubrey), denen ebenfalls vorgeworfen wird, gegen den Official Secrets Act verstossen zu haben. Eine weitere Verbindung besteht natürlich zu der bevorstehenden Ausweisung von Philip Agee und Mark Hosenball. Genau in der Woche, in der Campbell, Berry und Aubrey verhaftet wurden, erschien übrigens die Taschenbuchausgabe von Tony Bunyans Buch *The Political Police in Britain* . Das Buch gibt wichtige Aufschlüsse über die Praktiken und die Organisation des Special Branch und anderer Geheimdienste in Großbritannien. Das Buch ist im Verlag *Quartet Books* erschienen und kostet 2-50 englische Pfund.

FARBIGE, LINKE UND SOZIALDEMOKRATEN GESCHLOSSEN GEGEN DIE NATIONALE FRONT

LONDON
22. April

Einem polizeilichen Verbot zum Trotz wollen zahlreiche farbige Selbsthilfegruppen, Linke und die Labour Party im Londoner Stadtteil Harringay als „Komitee 23. April" gemeinsam gegen die faschistische National Front (NF) demonstrieren. Nach ihrer Kandidatur in Stechford (ID 170), wo sie mit fast 3.000 Stimmen die Liberal Party um den dritten Platz bringen konnte (Stimmenanteil für die NF 8,2 %, Wahlausgang: Sieg für die Konservativen), kandidierte die NF im Mai bei den Londoner Gemeinderatswahlen. Auch in diesen Gegenden hat die stärkste faschistische Partei in letzter Zeit einen fast spektakulären Stimmenzuwachs zu verzeichnen: bei der letzten Parlamentswahl (Oktober 1974) gewannen sie durchschnittlich 8 % der Stimmen in den arbeiterstarken Wahlbezirken im Londoner East End.

Überraschend an der neuesten Gegendemonstration ist vor allen Dingen der Labour Party-Beschluß, neben farbigen Selbsthilfegruppen und trotzkistischen Gruppierungen mitzuarbeiten. Lehnte die Partei vor zwei Monaten in Birmingham eine solche Mitarbeit ab, so ist sie heute bereit, gemeinsam mit diesen Gruppen eine polizeilich verbotene Demonstration durchzuführen. Obwohl die Labour Party von Stadt zu Stadt natürlich eine jeweils verschiedene politische Identität hat, dürfte der Londoner Beschluß doch ein Indiz dafür sein, daß sich die Labour Party insgesamt der Gefahr eines faschistischen Stimmenzuwachses zunehmend bewußt wird. Nach dem für die Labour Party katastrophalen Ausgang der Stechforder Nachwahl wird es wenigstens den Basisarbeitern in der Labour Party klar, daß der Kampf gegen Faschisten wichtiger ist, als der Kampf gegen „ideologische Unterwanderung" der Labour Party durch trotzkistische Gruppen.

Interessant ist auch, wie oft Sprecher des „Komitees 23. April" auf die Ereignisse der 20er und 30er Jahre in Deutschland zurückverweisen. Der Labour-Kandidat im Londoner Stadtteil Hornsey erklärte am 21. April auf einer Pressekonferenz: „Wir haben nicht die geringste Absicht, die Fehler der deutschen Arbeiterbewegung der 30er Jahre zu wiederholen. Diejenigen, die damals das Recht der Faschisten auf Redefreiheit verteidigten, landeten in Gaskammern." Darüber, daß die NF zur Verbreitung ihres faschistischen Gedankengutes keine Plattform haben darf, sind sich die zwanzig verschiedenen antifaschistischen Organisationen auch einig. Die gemeinsame Front, die sich nach einem Treffen im Londoner Institute of Race Relations konstituierte, und zwar nicht ohne Hilfe der dort arbeitenden farbigen Radikalen, zielt darauf, dem horrenden Vormarsch der NF einen Riegel vorzuschieben.

Die NF ihrerseits appelliert an ihre Mitglieder, möglichst massenhaft an der am 23. April stattfindenden Demonstration teilzunehmen. Obwohl es ihr in erster Linie darum geht, die Wahlkampagne für die Gemeinderatswahlen richtig ins Rollen zu bringen, demonstriert die NF nicht von ungefähr am 23. April — Sankt Georgstag — da das Pochen auf Englands einstige Größe (die Sankt Georg verkörpert) in ihrer Politik keine unwichtige Rolle spielt. Daran, daß Großbritannien heute nicht mehr das ist, was es einmal war, sind der NF zufolge vornehmlich Farbige und Linke schuld. Wenn die jüngsten Entwicklungen in England nicht in jedem Punkt identisch sind mit denen der Weimarer Republik, so darf das Potential einer rassistischen Politik im England der 70er Jahre nicht unterschätzt werden. Es wäre in diesem Zusammenhang noch anzumerken, daß auch jüdische Organisationen bei dem Komitee 23. April mitmachen.

Bei dem Versuch, den Vormarsch der NF zu bremsen, will das Komitee auch verhindern, daß NF-Kandidaten ins Stadtparlament gewählt werden. Dort werden nämlich wichtige Entscheidungen auf dem Gebiet des Wohnungswesens, des Bildungssektors, der Verkehrspolitik usw. getroffen. Faßte die NF dort einmal Fuß, so gewönne sie rapide eine Respektabilität und hätte dann auch zunehmend die Möglichkeit, ihre faschistische Politik in die Praxis umzusetzen.

Inwieweit sich die Labour Party in anderen Städten bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen dafür einsetzt, die NF zurückzuschlagen, wird sich noch zu zeigen haben. Es kann nämlich nicht darüber hinweggesehen werden, daß sich die Labour Party auf nationaler Ebene in der Defensive befindet und schon deshalb darum bemüht sein muß, sich sowohl gegenüber der NF wie auch gegenüber den Konservativen zu behaupten. Außerdem sind die politischen Differenzen zwischen der Labour Party und den linken Gruppierungen so groß, daß die Aussichten für eine längerfristige und tiefer gestaffelte „Bündnispolitik" im Augenblick keineswegs rosig erscheinen. Wahrscheinlich wird es in anderen Städten zum größten Teil den Farbigen und Linken selber überlassen bleiben, den Kampf gegen die NF aufzunehmen und fortzuführen.

ABS VON DER DEUTSCHEN BANK BEI PINOCHET

SANTIAGO
3. Mai

„El Mercurio" in Santiago schrieb am 16. April 1977:

„Mit dem Präsidenten der Republik, General Augusto Pinochet, unterhielt sich gestern nachmittag der Ehrenpräsident der Deutschen Bank, Hermann Joseph Abs, der gegenwärtig unserem Land einen dreitägigen Besuch abstattet.

An dem Treffen nahmen außerdem der Außenminister Carvajal, der deutsche Botschafter Joseph Strätling, der chilenische Botschafter in Bonn, Lucia Gevert, der Finanzminister Sergio de Castro und der chilenische Konsul in Frankfurt, Bruno Schubert, teil.

Herr Abs, einer der einflußreichsten europäischen Bankiers, erklärte, er sei aufgrund der Zuneigung nach Chile gekommen, die er für unser Land verspüre, wo er zum erstenmal vor fünfzig Jahren als Student gewesen sei. Andererseits steht das Institut, dessen Ehrenpräsident er ist, an der Spitze eines Bankenkonsortiums, das sich anschickt, der Corporación del Cobre einen Kredit über hundert Millionen Dollar zu gewähren. Die

Deutsche Bank hatte kürzlich der chilenischen Zentralbank einen Kredit über 50 Millionen Mark für den Kauf von Kapitalgütern eingeräumt. ...

Wörtlich erklärte er, er und der Minister Carvajal stimmten „darin überein, daß wir in einer Welt leben, in der niemand unabhängig ist und wo eine gemeinsame und gegenseitige Abhängigkeit von der Unterstützung besteht, die einer vom anderen braucht."

Auf eine Frage hin sagte er, die wirtschaftlichen Perspektiven Lateinamerikas im nächsten Jahrzehnt „erscheinen allgemein von Europa aus und besonders von Deutschland aus gut."

Als Bankier, sagte er, vermute er „eine positive Perspektive in Südamerika", und auf die weitere Frage eines Journalisten hin gab er an, daß die deutschen Investitionen nicht das Ziel haben, Einfluß auszuüben und daß er schätzte, daß die Kredite von Staaten an andere auch nicht diese Motivation haben dürften. ...

Danach bemerkte der Präsident der Banco del Trabajo, José Said, daß er es als große Ehre für das chilenische Bankwesen betrachte, Abs als Gast zu begrüßen, wobei er hervorhob, daß Chile das einzige südamerikanische Land sei, das er bei dieser Gelegenheit besuche.

Anschließend fand ein Treffen hinter verschlossenen Türen statt, bei dem Ideen über die Entwicklung des Bankwesens ausgetauscht wurden und zahlreiche Fragen formuliert wurden. Herr Abs wies zum Beispiel darauf hin, daß in seinem Land eine Bank Kredite bis zum Zwanzigfachen des Eigenkapitals gewähren dürfe. Dieses Verhältnis ist beträchtlich höher als das, das in Chile gilt.

Neben anderen Persönlichkeiten waren der Vertreter der Deutschen Bank in Chile, Wilfried Kriklaus, der Direktor der Mercedes Benz AG, Klaus Cartal, und der persönliche Berater von Abs, Hans Georg von Ressing, anwesend. ...

Am Nachmittag begab sich Abs zum Gebäude Diego Portales, um mit dem Präsidenten der Republik zu sprechen, und abends gab der Botschafter Deutschlands in seiner Residenz einen Empfang für ihn. ...

Herr Abs wird als einer der wichtigsten europäischen Bankiers betrachtet und macht als solcher ständig Reisen um die Welt. Neben anderen Persönlichkeiten der heutigen Welt hat er zum Beispiel freundschaftliche finanzielle Kontakte zum Schah von Iran entwickelt."

(Der „El Mercurio" ist die FAZ von Chile; die Übersetzung stammt aus den CHILE–NACHRICHTEN)

HATZ AUF LINKE ANWÄLTE – JETZT AUCH IN DER SCHWEIZ

ZÜRICH 15. April

In der Schweizer Zeitung „Der Landbote" (Winterthur) erschien am 13. April unter dem Titel „DLZ-ANWALT IN SCHIEFEM LICHT, Beziehungen zu deutschen Terroristen" eine Meldung der Schweizer Nachrichtenagentur spk der folgende Artikel:

„Bern (spk) Rechtsanwalt Bernhard Rambert, Anwalt der in den Einbruch bei Cincera verwickelten Angehörigen des „Demokratischen Manifestes" sowie einiger wegen des Bombenanschlages in Winterthur verhafteten Exponenten des Winterthurer „Divine Light Zentrums", besuchte am 12. Juli 1976 den deutschen Terroristen Andreas Baader im Gefängnis von Stammheim bei Stuttgart und erbat sich von ihm „parteibezogene Orientierungshilfen". Dies meldete die deutsche Tageszeitung „Die Welt" in ihrer Ostersamstagausgabe unter Berufung auf Informationen der Bundesregierung und der deutschen Polizei.

Rambert habe bei seinem Besuch zunächst über die Situation der in Zürich inhaftierten Terroristin Petra Krause berichtet, deren Freilassung bekanntlich mit der Flugzeugentfühung nach Entebbe vom 27. Juni 1976 hätte erzwungen werden sollen. Nach dem Mißerfolg dieses Erpressungsanschlages am 4. Juli war Rambert in der Tagesschau des Schweizer Fernsehens ausführlich zu Petra Krause interviewt worden – was damals als einer der Ausrutscher des Fernsehens sehr peinlich wirkte. Schon früher hatte Rambert in Zürich an einer Pressekonferenz mit Baader-Meinhof-Anwälten teilgenommen.

Wie es in den von der „Welt" zitierten Polizeiprotokollen heissen soll, habe Baader auf das Ersuchen Ramberts um „parteibezogene Orientierungshilfen" erklärt, daß man sich am KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands) orientieren werde. Der KBW, der zum Beispiel auch die gewalttätigen Gruppen unter den Demonstranten gegen das norddeutsche Kernkraftwerk Brokdorf steuerte, wird nach Informationen der Bundesregierung fast ausschließlich von der DDR finanziert und hat nach eigenen Angaben rund 5.000 Mitglieder."

In seiner Gegendarstellung schreibt der betroffene Anwalt unter anderem:

„Ich bin weder DLZ-Anwalt, noch verteidige ich mehrere Exponenten des Divine Light Zentrums. Vielmehr veteidige ich einen, heute 17-jährigen deutschen Staatsangehörigen, der des Bombenanschlags in Wintherthur verdächtigt ist. Dieser ist im übrigen schon seit längerer Zeit aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Ich habe Herrn Andreas Baader am 12.7.1976 in Stammheim besucht. Dieser Besuch diente der Besprechung und der Klärung der Frage, ob ich namens von Herrn Baader gegen eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland Beschwerde an die Europäische Menschenrechtskommission einlegen sollte. Es handelte sich somit um einen Verteidigerbesuch. Es kann keine Rede davon sein, daß ich Herrn Baader um „parteibezogene Orientierungshilfen" gebeten hätte. Dies ist eine Erfindung.

„Die Welt" beruft sich in ihrer Ostersamtagsausgabe nicht auf Informationen der Bundesregierung und der deutschen Polizei. Sie hat diese oben zitierte Meldung ohne Angabe ihrer Informationsquelle gedruckt. Ich habe in Zürich nie an einer Pressekonferenz mit „Baader-Meinhof-Anwälten" teilgenommen.

Ich gehe auf den weiteren Inhalt der spk-Meldung nicht ein. Er steht in keinem Zusammenhang zu dem Besuch meines Mandanten. Er ist irreführend und falsch. Im übrigen liegt er auf der Ebene der seit Jahren andauernden Hetzkampagne in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland gegen Verteidiger von politischen Gefangenen. Rechtsanwalt Bernhard Rambert, Zürich"

Die Sektion Schweiz des „Internationalen Kommittees Zur Verteidigung Politischer Gefangener in Westeuropa" (IVK) schreibt dazu in einer Presseerklärung unter anderem:

„(...) Rechtsanwalt Bernhard Rambert ist Mitglied des Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa (IVK) – einer Vereinigung von Rechtsanwälten und Demokraten, die mit Sektionen in insgesamt 6 Ländern die rechtsstaatliche Verteidigung politischer Gefangener zu gewährleisten versucht. Dieses Verteidigerkomitee ist 1974 ge-

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Frankfurter Informationsdienst e.V
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abonnements | Bezahlt bis ID Nr. | Exemplare

Post—Einlieferung des letzten ID: Freitag.

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

gründet worden aus der Notwendigkeit heraus, gegen die Eliminierung rechtsstaatlicher Grundsätze bei der Behandlung politischer Gefangener, wie sie zuerst in der Bundesrepublik betrieben wurde, anzukämpfen. Unter deutscher Hegemonie wird diese Politik für ganz Europa mit der kürzlich unterschriebenen Anti-Terror-Konvention zur verbindlichen Handlungsanweisung erklärt. Der Besuch von Rechtsanwalt Rambert bei Andreas Baader ist in diesem Rahmen zu sehen. Es ging um die Besprechung und Klärung der international bedeutsamen Frage, ob eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts betr. §231a (Gesetz, das die Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten möglich macht; verabschiedet im Zusammenhang mit dem Stammheimer RAF-Prozeß. d.Red.) STPO der BRD an die Menschenrechtskommission weitergezogen werden sollte.(...) Das IVK Schweiz wird sich mit allen Kräften gegen diesen von der spk und verwandten Kreisen auch für die Schweiz angestrebten „bundesrepublikanischen Weg" wehren. Heute wie vor dreißig Jahren gilt es, eine Entwicklung zu verhindern, welche Europa bereits einmal an den Rand des Abgrunds geführt hat."

* * *

Hamburger KKW Gegner begleiten Bernd Löwe,Mitglied der BUU Hamburg auf seinem wöchentlichen Gang zur Polizeiwache.Löwe war in Grohnde aus den Demonstranten herausgegriffen worden.Ihm wird vorgeworfen,'versuchter Totschlag',schwerer Land friedensbruch,und Widerstand gegen die Staatsgewalt.Der Haftbefehl wurde ausgesetzt. Jetzt muß er sich einmal die Woche melden.Er kommt nicht alleine.